D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 116
November '79 DM 2,–
11. Jahrgang

Lehrerarbeit als Politisierung

Tagung des Arbeitsfeld Schule vom 30.11. bis 2.12.79 in Frankfurt

Das Thema dieser Tagung soll nicht, wie auf der AG-Tagung des Sozialistischen Büros drei Wochen vorher, die Beschäftigung mit unserer eigenen Sozialisation sein, sondern vielmehr die Spezifika unserer Lehrerrolle und unserer Arbeit mit Schülern. Eine vorherige Teilnahme an der AG-Tagung ist nicht notwendig, wäre jedoch wünschenswert.

Tagungsablauf:

Freitag, ab 19 Uhr: Anreise, Vorgespräche über unseren Schulalltag und den Ablauf der Tagung, Filme über Jugend- und Lehrerarbeitslosigkeit.

Samstag, ab 9 Uhr: Arbeitsgruppen, die so klein wie möglich sein sollen. Wir schlagen zwei Problemstellungen als Einstieg vor:

a) Alltagserfahrungen von Lehrern
- Ziele meiner pädagogischen Arbeit
- wie versuche ich Einfluß auf die Schüler zu nehmen (Inhalte, Verkehrsformen)
- welche Strategien zur Aneignung von Realität vermittele ich wie?
- welchen Einflüssen (Kollegium, Eltern, Lehrplan ...) bin ich ausgesetzt und wie reagiere ich darauf?
- Interdependenz Schule – Elternhaus, Schule – andere Sozialisationsinstanzen

b) Lebensentwürfe von Schülern/Jugendlichen
- haben die Jugendlichen Lebensentwürfe entwikkelt respektive entwickeln können (Stichworte: Resignation, Innerlichkeit, Alternativbewegung)?
- historische Vergewisserung: Lebensentwürfe früher – heute und deren gesellschaftliche Bedingungen
- wie geschieht die Aneignung von Realität und die Entwicklung von Perspektiven, wie können wir Einfluß auf Lebensentwürfe nehmen
- wie geschieht die Realisierung von Lebensplänen oder von Leben (dazu Bedeutung von Personen/"Führern", Gewerkschaftsjugend, Falken, faschistoide Tendenzen, narzißtische Tendenzen, neuer Sozialisationstyp u.a.m.)

Die Arbeitsgruppen werden (und sollen) sich von den vorgegebenen Stichworten weg unterschiedlich entwickeln. Um dabei Anregungen zu geben, werden Materialien zu folgenden Themenbereichen vorbereitet: Resignation bei Jugendlichen, Alternativbewegung, faschistische Tendenzen, Narzißmus, Lehrerflucht, Lebensentwürfe unter verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen. Es wäre gut, wenn alle die, die zu den obigen Stichworten Materialien haben, diese mitbringen oder uns vorher zuschicken. In diesem Zusammenhang sei auf das Info Arbeitsfeld Schule hingewiesen, das sich in den Nummern 35 und 38 mit den Themen "Umgang mit Faschismus" und "Alltägliche Schulflucht" beschäftigt (gegen Voreinzahlung von DM 7,–/5,– beim SB zu beziehen).

Wir hoffen, daß in den Arbeitsgruppen auch Handlungsschritte diskutiert werden. Handlungsschritte, die sich auf unsere Arbeit in der Schule, z.B. den Umgang mit Hakenkreuzschmierereien oder Leistungsdruck beziehen, die sich aber nicht nur auf den Schulalltag beschränken müssen, sondern auch im außerschulischen Bereich angesiedelt sein können (Zeltlager, Falken, Pfadfinder ...).

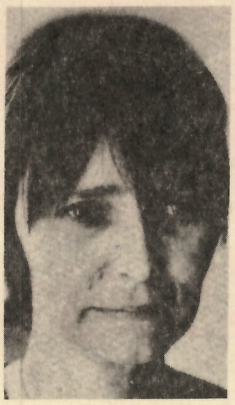
Sonntag, ab 9 Uhr: Plenumsdiskussion. Hier sollen die in den Arbeitsgruppen erwogenen Handlungsperspektiven zusammengetragen, gewichtet und möglichst ein Stück weit konkretisiert werden.

Am **Samstagabend** gibt's ein Fest.

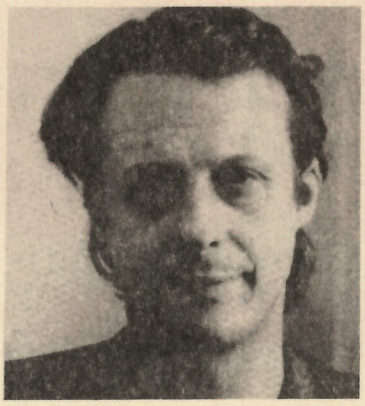
Meldet Euch bitte möglichst bald an bei **AF Schule im SB, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.** Natürlich ist die Tagung auch für Nicht-SBler offen. Sagt auch Bescheid, wenn Ihr Kinder mitbringen wollt. Wir lassen uns dann etwas einfallen. Ungefähr eine Woche vorher schicken wir Euch dann einen genauen Plan des Tagungsortes zu.

ARBEITSFELD SCHULE

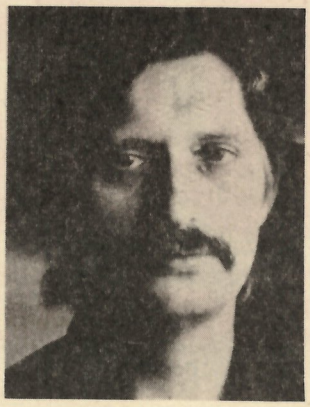
1979: Charta '77 verurteilt!



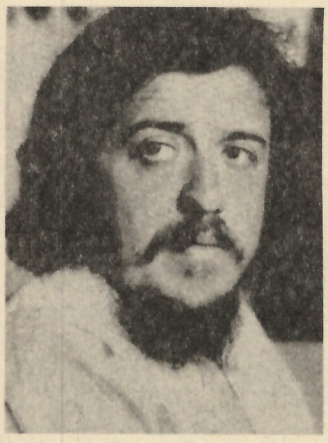
Dana Nemcová



Uhl

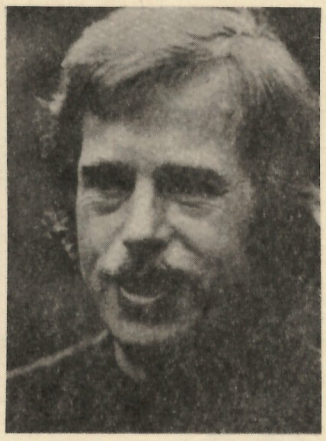


Dienstbier



Benda

Otta Bednárová



Havel

Das Regime in der CSSR hat mit den Brachialurteilen gegen Mitglieder der "Charta '77" seine cholerische Anfälligkeit gegen demokratischen Protest unter Beweis gestellt. Die eurokommunistischen Parteien, das Schlußlich KPF eingeschlossen, haben jenen Prager Richterspruch als "Schandurteile" gebrandmarkt. Die Urteile sind nicht nur als ein Markstein unter vielen in der Unterdrückung der Opposition zu bewerten. Die soziale Unruhe in der CSSR wächst infolge der jüngst enorm angehobenen Preise für Energie, Nahrungsmittel und Konsumgüter.

Bahro amnestiert!

links
Sozialistische Zeitung
D 20930 E
Offenbach/Main Nr. 112/113
Juli/August '79 DM 3,–
11. Jahrgang

Strauß und die Folgen
Tagung der "links"-Redaktion

Schwerpunkt dieser Nummer ist die "links"-Tagung über Strauß und die Folgen, die am 20. Oktober in Buchschlag stattfand. Auf ihr wurde zu bestimmen versucht, was die Kandidatur Strauß' bedeuten könnte und über Handlungsmöglichkeiten der Linken diskutiert: wir drucken zwei Meinungspapiere und ein Meinungsbeitrag über die stattgefundene Diskussion ab. Seite 8

Italien

Italien ist ohne stabile Regierung; die Krise der Institutionen und des institutionellen Politikmachens hält an. Heinrich Grün zeigt in seinem Beitrag wie sehr diese Krise zugleich eine der traditionellen und Neuen Linken ist.

Seite 19

Krise des Fortschritts

"Zur konkreten Utopie der gesellschaftlichen Arbeit" ist das Thema einer Arbeitstagung des SB am 24./25.11. in Tübingen. In Fortsetzung der Ernst-Bloch-Tage 1978 soll die Frage nach einem befreiten Verhältnis zur Natur insofern zugespitzt werden, als neuere technische Entwicklungen, aber auch im betrieblichen Kampf erzwungene neue Arbeitsformen zur Debatte stehen. Seite 24

Nicaragua

Seite 14

In Nicaragua herrscht heute die Not. Es beteht die Gefahr, daß in dieser Notlage Weichen für die Rückkehr zu einem Somozismus ohne Somoza gestellt werden und die Struktur der Unterentwicklung perpetuiert werden könnte.

10 Jahre "plakat"

Seite 28

links

Inhaltsverzeichnis

Kurzberichte/
Kommentare 4-7
u.a. Gerhard Armanski:
Ölboom in Mexiko

Bernhard Meier:
Prozeß "de Schnüss"

"Strauß und die Folgen"
Eine Tagung der "links":

Dany Diner:
Thesen 8

Egbert Jahn:
Kommentar zur Tagung 10

Andreas Buro/Joachim Hirsch/
Roland Roth:
Thesen 12

Jens Huhn:
Nicaragua 14

Willi Weis:
Thesen zur
Vietnamdiskussion 15

Rüdiger Pusch:
Vom Ostermarsch
zum Trauermarsch –
Zum Antimilitarismus 17

Heinrich Grün:
Italien 19

Gespräch
mit Theo Pinkus 22

SZ Tübingen:
Krise des Fortschritts 24

10 Jahre "plakat" 28

Leserbriefe/
Kleinanzeigen 30

Zur konkreten Utopie
gesellschaftlicher Arbeit –
Tagung am 23./24. November
in Tübingen 32

Bilder auf Seite 7: Jochen Werner

Der Tod von Genossen

Wenn Menschen, bewußte Genossen ihrem Leben ein Ende setzen, vermögen wir die inneren Gründe, die sie zu dieser Verzweiflungstat getrieben haben, nicht endlich zu ermessen. So haben wir uns mit einer Ahnung zu bescheiden, was es wohl für Umstände waren, die ihre innere, individuelle Realität mit der äußeren kollidieren ließ.

Ich schreibe hier in Trauer von meinem Freund, Genossen und Lehrer Eli Löbel, der am selben Tag wie Nicos Poulantzas in Paris freiwillig aus dem Leben schied. Seine Lebensgeschichte war von sozialistischer Beispielhaftigkeit, getragen von hoher Moral ungeteilter Menschlichkeit. In seiner Person und seinem Leben sind Hoffnung und Verzweiflung einer Generation zusammengeprallt. Und auch daran ist er zerschellt.

Vor dreiundfünfzig Jahren, als Kind einer streng religiösen polnisch-jüdischen Familie in Berlin geboren, erlebte er eine angsterfüllte Kindheit in Nazideutschland. 1938 nach Polen abgeschoben, gelangte er von dort mit Eltern und Geschwistern nach Palästina. Im Kibbutz aufgewachsen und einer linkszionistischen Partei zugehörig, erfuhr er die Unvereinbarkeit von zionistischen Zielsetzungen und den Prinzipien von Menschlichkeit und Sozialismus. Als er als französischer Journalist in den frühen Fünfzigern vom ägyptischen Gazastreifen aus jenseits der blutigen Grenze seinen Kibbutz erkannte, schockierte er die israelische Öffentlichkeit mit einem Beitrag aus der Perspektive der von ihrem Land vertriebenen palästinensischen Araber über "Mein Haus, jenseits der Grenze". Sensibilität für Unterdrückung, Einfühlsamkeit in die Opfer trieben ihn während seines Aufenthalts in Frankreich während des Algerienkrieges in den Untergrund. Verfolgt für seine Unterstützung des antikolonialen bewaffneten Kampfes, wich der an der Sorbonne ausgezeichnete Ökonom Löbel nach Schwarzafrika aus und stellte sich der Regierung Malis als Berater und faktischer Finanzminister zur Verfügung. Nach dem Sieg der Revolutionäre auf Kuba wurde er ihr ökonomischer Planer und Berater. Nachdem er seine Vorstellungen von sozialistischer Wirtschaftsplanung mit jenen Fidel Castros und Che Guevaras nicht mehr vereinbaren konnte, verließ er die Insel.

Konsequent war er nicht nur im Bereich seiner politischen Vorstellungen von Sozialismus. Auch persönlich verweigerte er sich allen Karriereangeboten als bürgerlicher Ökonom bis zur Existenzgefährdung. Unversöhnlich war er ehemaligen Freunden gegenüber, die das Prinzip kollektiver Gleichheit, den Internationalismus, verrieten, wie sein früherer Gefährte Samir Amin, der die Druckfahnen von Elis Text in einer gemeinsamen Publikation über den Konflikt im Vorderen Orient ohne Elis Wissen und Einverständnis dort veränderte, wo solidarische Kritik am palästinensischen Widerstand geübt worden war.

Der deutschen Linken war Eli Löbel von "Mazpen" als Kritiker und aktiver Gegner des Zionismus bekanntgeworden. Nicht nur über ein bei "Trikont" erschienenes Buch über Palästina, sondern durch einen auf ihn und andere jüdischen und arabischen Genossen durch zionistische Gruppen 1969 in der Frankfurter Universität verübten physischen Überfall. Für mich bedeutete die damalige Erfahrung von Gewalt einen emotionalen Einschnitt und den Beginn meiner Ablösung vom Linkszionismus. Auf Eli sollten in Paris noch weitere Anschläge verübt werden; einem entging er nur schwerverwundet.

Bis an sein von ihm selbst gesetztes Lebensende war er um eine gemeinsame Perspektive für die israelischen Juden und palästinensischen Araber unter Wahrung ihrer kollektiven und individuellen Rechte theoretisch wie praktisch bemüht. Es entsprach seiner Geschichte, daß an seinem Grab auf dem atheistischen Friedhof von Paris, nach dem Aufsagen des jüdischen Totengebets, der Vertreter der PLO Worte des Dankes an den Revolutionär Eli Löbel richtete.

★

Jeder Tod, der Eli Löbels und jener Nicos Poulantzas, hat seine eigene Geschichte. Aber daneben steht noch eine äußere Realität, die den Einzelnen auf seine Individualgeschichte und vergangenes Leid zurückwirft. Es war eine gesellschaftliche, eine politische Depression, die ich in jenen Oktobertagen in Paris vorgefunden habe. Nach dem Mord an Pierre Goldman, einer Symbolfigur der neuen französischen Linken, auf offener Straße, ist für viele fühlbar geworden, daß Linke nicht nur in einer verzweifelten Defensive stehen, sondern auch mit ihrem Leben bedroht sind. Die französische extreme Rechte, intellektuell verstärkt durch die "Neue Rechte" in Medien und Staatsapparat, gewinnt jenes Terrain zurück, das sie durch Kollaboration, Kolonialkrieg, Algerienputsch und Mai 1968 historisch verloren hatte. Nachdem im März 1978 die letzte, die reformistische Schranke durch die Wahlniederlage der Volksfront gefallen war, nahmen die terroristischen Mordanschläge der extremen Rechten zu. Opfer sind algerische Arbeiter und zunehmend prominente Linke jüdischer Herkunft wie im Vorjahr Henri Curiel und zuletzt Pierre Goldman. Die Zunahme eines offenen Rassismus und einer antisemitistischen Atmosphäre offenbart die völlige Lähmung der Linken.

Die radikale Linke ist zerfallen, weil sie keine eigene Identität hat verwirklichen können. Im Unterschied zur deutschen war sie unfähig, eine Gegenkultur und Gegenstruktur zu errichten, die weniger von leichtlebigen politisch-intellektuellen Konjunkturen, als von alternativen Perspektiven bestimmt ist, die auch Leben im Überleben ermöglichen.

Von der KP ist Widerstand gegen diese schleichende Entwicklung in Frankreich kaum zu erwarten. Eher begünstigt die konservative, ja nationalistische ("Antigermanismus") Politik der KPF eine solche Tendenz. Dies ähnelt jener beschämenden Haltung, die von dieser Partei im Algerienkrieg und in der Kolonialfrage eingenommen wurde.

Daß es überhaupt möglich ist, daß rassistische und nationalistische Elemente der französischen Vergangenheit wieder ihr Haupt erheben und Algerier, wie Genossen jüdischer Herkunft Opfer terroristischer Anschläge werden können, ist mit ein Ergebnis unbewältigter Kolonialgeschichte, linken Traditionalismus und leichtlebigen Euphorismus.

Ohne ein real umgesetztes linkes Leben, ohne linke Gegenkultur und Lebensstruktur verliert sich der Einzelne in Einsamkeit und Resignation. Auch sie mordet Genossen.

DANY DINER

Eine Geschichte oder Geschichte? Bokassas Diamanten

Die Diamanten-Affäre fügte der brillanten Karriere des Valery Giscard d'Estaing kaum noch weiteren Glanz hinzu, wären sie nicht vom ehemaligen Kaiser Bokassa geschenkt worden.

Dieser aus allen durch die undichten Stellen der durchschnittlich-nationalistischen französischen Charaktermaske gesickerten Triebschweißperlen zusammengebraute Homunkulus gibt den Diamanten erst den richtigen Schliff. Bokassa ist sowas wie ein Durchlauferhitzer kalter kolonialistischer Verachtung, eine Klitterung westlicher Verbiesterungen. In Indochina lernte er als Sergeant der Kolonialarmee töten. Präsident geworden, fegte er wie ein Wirbelwind durch den Boulevardblätterwald, als er an der Stelle, wo er töten gelernt hatte, die vermeintliche Frucht seiner Soldatenliebe entdeckt haben wollte. Schließlich karikierte er den Bonaparteschen Werdegang von Sergeant bis zum Kaiser. Der Schüler wurde immer gelehriger. Irgendwann hat er auch festgestellt, daß Geltung in seinem Lieblingsland auch was mit Geld zu tun hatte, und nicht nur mit tötendem Tatendrang oder leidenschaftlicher Liebelei allein. Er investierte in Fabriken, für deren Erzeugnisse er durch kaiserliches Dekret einen nationalistischen Absatzjahrmarkt schuf. Als sich Schüler weigerten, die in Bokassaeigenen Textilbetrieben hergestellten Uniformen anzuziehen, ließ er sie niedermetzeln.

Das Blut der Opfer spritzte bis auf die Mauern des Elyseepalastes. Denn Bokassa repräsentierte den geeigneten charakterlichen Zuschnitt für die französische Politik in den ehemaligen Kolonien: Ein mit lauter Bewunderung für die Grande Nation, ihre Kultur und ihre Geschichte vollgepumptes Michelinmännchen, das durch anerkennendes Betätscheln wie die Wangenküsse von und das Frühstück mit Giscard in jede beliebige französische Interessenlage bugsiert werden konnte.

Dort liegt die Bedeutung Bokassas, die den Diamanten ihre Brisanz verleiht. Daß er nicht Unfall der französischen Kolonialisierungsgeschichte, sondern deren Prototyp, nicht Ergebnis afromythischer Unberechenbarkeit, sondern optimaler Berechenbarkeit französischer Afrikapolitik ist. Daß diese Ausgeburt und Karikatur französischer Gloria eigentlich zu Recht seinen Platz in der Galerie historischer Gemälde erheischt.

Nur – und dies wurde nach seinem Sturz heikel – hatte der Retortenmensch auch französisch reden, schreiben und lesen gelernt. Verfügte somit, die Macht vorausgesetzt, über das notwendige Instrumentarium zur musealen Selbsterhaltung für die Nachwelt. Er hatte im Bewußtsein seiner geschichtlichen Größe Tonbänder der Gespräche anfertigen lassen, mit denjenigen, die er für Seinesgleichen hielt, und die, weil er sie dafür hielt, auch wohl Seinesgleichen waren. Er hatte das alles archivieren lassen. Und vielleicht würde er auch noch versuchen, dem französischen Volk seine Liebe-trotz-alledem für sein Erzeugerland kundzutun.

Ein Fallschirmjägerkommando stürmte den verwaisten Kaiserpalast und eroberte das Archiv. Nach amtlicher Darstellung sollten die Fallschirmjäger Unruhen in dem Zentralafrikanischen Kaiserreich vorbeugen. In Wirklichkeit galt es wohl zu verhindern, daß die Presse Ungemütliches aus den Archiven an die Öffentlichkeit brächte und dadurch womöglich Giscards nächste Großstaats-Einmannschau im Fernsehen verdürbe.

So groß hielt die französische Regierung das Vertrauen des Volkes in sie, daß sie sich kaum mühte, den Sturm des Palastes und den Archivklau durch die Fallschirmjägertruppe einzunebeln, kaum mühte, die Liebesgabe des dementialen Kaisers zu dementieren. Sie konnte dafür – und darin liegt die innenpolitische Brisanz der Diamanten-Affäre – auf die Folgsamkeit der Medien rechnen. Im französischen Fernsehen ist mittlerweile ein Zustand eingetreten, dessen nächste Steigerung nur noch das persönliche Verlesen durch die Minister, der von ihnen verbreiteten Nachrichten sein kann (bis-

Allons diamants de la patri-i-e

her wird's beim Soufflieren belassen). Der Pressemagnat, Hersant, der französische Springer, reitet – Attacken – für Giscard. Hersant kontrolliert den größten Teil der französischen Zeitungen. Letztere übernehmen die Verteidigung der Regierung. Nicht die an Fakten sich zündenden Fragen von "Le Monde" nach der Vertretbarkeit und Lebensfähigkeit der arroganten französischen Afrikapolitik oder das genüßlich-aggressive Herumstochern der satirischen Zeitschrift "le Canard Enchaîné" in die tatsächliche vorhandene Pestbeule ist das moralisch Verwerfliche, das politisch Schädliche.
Nationale Aufgabe ist es nicht, die politische Scheiße, die gebaut worden ist, wegzukehren, sondern jeden Kritiker, der ihr zu nahe tritt, als Schmeißfliege zu beschimpfen, die verscheucht werden muß.
In dieser Hinsicht wirbelt die Diamanten-Affäre womöglich nicht einmal vergangenen Staub auf, sondern kündet von künftigen rechten Horden.

ROBERT DETOBEL

Mexico – Ölboom für wen?

"Una gallina hambriente llena a su maîz", sagt ein spanisches Sprichwort (Ein hungriges Huhn findet seinen Mais). So scheint es auch Mexiko zu gehen, wo der Mais in überreichlicher Fülle seit einigen Jahren aus den flachen Küstengewässern von Campeche sprudelt – in Gestalt des "schwarzen Goldes". Das unverhoffte Ölpotential wird auf 200 Mrd. Faß geschätzt und übertrifft damit das Saudiarabiens. In großer Hast wurde seit 1973 die Ölproduktion des Landes verdreifacht. Seit dem Unglück auf der Bohrstation "Iztoc I" mit der nachfolgenden Ölpest, die bereits die weißen Strände von Texas erreicht hat, weiß nun auch alle Welt darum. Was sie weniger weiß, sind die Umstände und möglichen Früchte dieses Ölbooms.

Bonanza und ...

Auf den ersten Blick scheint hier kein Problem zu liegen. Immerhin werden die mexikanischen Einnahmen aus Ölverkäufen bis 1982 auf 20 Mrd. Dollars geschätzt. Und damit könnten, sollte man denken, Industrie und Landwirtschaft entwickelt, das Bildungs- und Gesundheitswesen ausgebaut werden. In der Tat sind anfangs schwärmerische Stimmen in Mexiko und anderswo laut geworden, die das Öl als Allheilmittel priesen. Bitter nötig wäre es allerdings: Über die Hälfte der mexikanischen Bevölkerung ist jünger als 20 Jahre; Jahr für Jahr wächst die Bevölkerung um mehr als 3%; ca. 60% der männlichen Erwerbspersonen sind arbeitslos oder unterbeschäftigt; Unterernährung und Kindersterblichkeit sind sehr hoch.

... die Fangarme der USA

Ob der neue Öl- bzw. Geldstrom das Glück bringt, muß allerdings bezweifelt werden. Denn Mexiko gehört zwar zu den am meisten entwickelten Ländern Lateinamerikas, trägt aber dennoch die Züge einer abhängigen kapitalistischen Gesellschaft. Die zentralen Wirtschaftsbereiche werden durch das ausländische, insbesondere US-Kapital beherrscht. Der Außenhandel beruht im wesentlichen auf dem Austausch von Rohstoffen gegen importierte Fertigwaren, vor allem Produktionsmittel, ist zudem defizitär. 2/3 davon vollzieht sich mit den USA. Die hohe Arbeitslosigkeit ist stagnierend und strukturell. Wenn nicht jährlich ca. 800.000 "braceros" meist illegal über die Grenze in die USA zum Arbeiten gingen, sähe sie noch katastrophaler aus. Die Auslandsschulden haben 1977 die ungeheure Summe von 20 Mrd. Dollar erreicht; 1/3 des Staatshaushalts verschlingt der Schuldendienst.
Die Schlüsselrolle in dieser nicht sehr erfolgversprechenden Szene spielen die USA. Seit Beginn der mexikanischen Unabhängigkeit vor anderthalb Jahrhunderten betrachteten sie das Land ökonomisch und politisch als Vorhof ihrer Interessen. Nach einem von ihnen vom Zaun gebrochenen Krieg nahmen sie 1848 den Mexikanern die Hälfte ihres Territoriums ab und hielten bald die Schlüsselstellungen in der Industrie. Die mexikanische Revolution von 1910 bis 1917 vermochte daran nichts zu ändern. Die populistisch orientierte Bourgeoisie, die sie an die Macht brachte, hat von Cárdenas (der das Erdöl 1938 verstaatlichte) bis Echevarría (der die neuen Ölfunde stärker für Mexiko nutzen wollte), immer wieder halbherzige und vergebliche Versuche unternommen, sich aus der Umklammerung durch den nördlichen Nachbarn zu lösen. Auch aus inneren Gründen konnte sie nicht wie sie wollte. Die unruhige Bauernschaft, um die Früchte der Revolution – "Tierra y Libertad" – betrogen, saß und sitzt ihr im Nacken.
Mexiko ist also angewiesen auf die USA, die ihrerseits kräftig auf den neuen Ölreichtum spekulierten. "In den USA – wichtigste Gläubigernation Mexikos – bereitet man sich vor, von dessen Erdölreichtum in nächster Nähe zu profitieren" (FR, 13.4.1977). Und nach einigem Aufbäumen der staatskapitalistisch-nationalistischen Fraktion der mexikanischen Bourgeoisie, die eine Anlehnung an die OPEC suchte, läuft das Geschäft mittlerweile. Wohl lehnt die mexikanische Regierung eine übermäßig schnelle Ausbeutung der Ölfunde ab, um die Ressourcen zugunsten der Entwicklung des Landes zu strecken; aber ca. 90% des exportierten Öls gehen in die USA. Wohl unternimmt der staatliche Erdölkonzern Pemex Bohrung, Förderung und Raffinierung des Öls selbst, aber 90% der Ausrüstungen und viele Techniker kommen von dort. Um die Ölproduktion und -verarbeitung überhaupt durchführen zu können, hat der Staat diesem Sektor zunehmende Finanzmittel zur Verfügung gestellt und neulich 2,5 Mrd. Dollar, den höchsten Kredit der mexikanischen Geschichte, bei einem internationalen Bankenkonsortium aufgenommen.

Das neue ökonomische Modell ...

Eine derartige Unterstützung ist natürlich nicht uneigennützig. Das Öl läßt nicht nur das internationale Finanzkapital verdienen, es verringert auch das Handelsbilanzdefizit. Die Inanspruchnahme imperialistischer Finanzmittel verlängert nur die strukturelle Abhängigkeit Mexikos. Auf Druck des Internationalen Währungsfonds, der 1976 Mexiko einen 1,1 Mrd. Dollar-Kredit einräumte, wurde der Peso zweimal massiv abgewertet, wurden die Lohnsteigerungen begrenzt und das Sozialbudget gekürzt. Das Entwicklungsmodell, das hier vorsteht, ist das einer produktiven kapitalistischen Ökonomie, das sich auf die Ölproduktion und einige Zweige der großen Industrie (Stahl) und Landwirtschaft (Gemüse für den Export) stützt.
Auf genau diese Linie setzt nun auch der neue Präsident Portillo, der gegenüber seinem Vorgänger die privatkapitalistische Initiative fördert. In einer Mischung aus Austerity, Repression und Populismus versuchen der Präsident und die hinter ihm stehende Staats- und Großbourgeoisie die Ölfunde zur kapitalistischen Sanierung Mexikos zu verwenden ("Allianz für die Produktion"). In der Tat haben sich in den letzten beiden Jahren die tiefen Krisenerscheinungen der Zeit davor verlangsamt. Mexiko scheint wieder in seine goldenen Jahrzehnte – von Kriegsende bis in die 60er Jahre – einzuschwenken, wo das jährliche Wachstum des Sozialprodukts im Schnitt 5,8% betrug.

... und seine Leidtragenden

Die Rechnung hierfür bezahlt aber weniger das Öl, das vorwiegend den Kreditgebern sowie den in- und ausländischen Großabnehmern zugute kommt, sondern die Arbeiter und Bauern. Ohnehin ist die Einkommensverteilung extrem ungleich. 1970 verdienten 72% des Volkes weniger als 80 Dollar pro Monat und die Hälfte der Bevölkerung nur 15% des Nationaleinkommens. Die Agrarreform stagniert. Seit Jahrzehnten geht die Vertreibung des Landvolks von Grund und Boden zugunsten der kapitalistischen Landwirtschaft vor allem im Nordwesten vor sich. Die sinkende Produktionsleistung des Agrarsektors zwingt zum Nahrungsmittelimport – der sich 1982 ca. auf die Hälfte des Ölexports belaufen wird – und läßt im Verein mit der Abwertung des Peso die Lebenshaltungskosten außerordentlich steigen. In den letzten drei Jahren sank der Reallohn unaufhörlich. Die Ausrichtung der Ökonomie auf das skizzierte Reproduktionsmodell zuungunsten des Lohnfonds und des inneren Marktes wird diese Tendenz befestigen. Hinter den Kulissen des Ölbooms hält sich das mexikanische Volk vermittels der illegalen Fremdarbeit in den USA, des nordamerikanischen Tourismus, der bäuerlich/kleinhandwerklichen Subsistenzwirtschaft und der Aufblähung des städtischen Dienstleistungssektors am Leben.
Selbst dort, wo es direkt mit dem Ölboom konfrontiert ist, in Campeche, Tabasco, Chiapas vor allem, sind seine Segnungen zweifelhaft. Eine Art Ölrausch mit all seinen Begleiterscheinungen – steigende Preise und Einwohnerzahlen, Engpässe in der Unterkunft und der Versorgung, Naturzerstörung, Prostitution, Auflösung der traditionellen Erwerbsweise – überzieht die meist rückständigen Gebiete. Wohl werden die Ölarbeiter gut bezahlt, sie sind aber zusammengewürfelt und vielerorts dem Management der häufig verhaßten Gringos unterworfen.

Zunehmende soziale Kämpfe

Es stehen viele Zeichen dafür, daß die Segnungen des mexikanischen Ölbooms unter den Bedingungen eines abhängigen kapitalistischen Landes in ihr Gegenteil umschlagen. Jedoch gibt es auch Hinweise, daß die Entwickwicklung die Polarisierung der Klassen vorantreibt. Zum ersten Mal seit der Revolution ist die dauernd regierende PRI (Partido Revolucionario Institucional) gezwungen, nunmehr wirkliche oppositionelle Parteien zuzulassen, darunter vor allem die KP Mexikos. Deren Spielraum hat sich dadurch erhöht. Die Revolten, Landbesetzungen, Märsche, regionalen Volksfronten und Organisationsversuche der Bauern und Landarbeiter reißen nicht ab. Selbst innerhalb des charristischen (von charro = korrupter Führer) mexikanischen Gewerkschaftsbundes nimmt die innergewerkschaftliche Tendéncia Democrática, auch unter den Ölarbeitern, zu. Die Zahl und Heftigkeit der Streiks u.a. im Bergbau, im Automobil- und öffentlichen Sektor ist gestiegen. Auf der anderen Seite wappnet sich die reaktionäre Industrie- und Agrarbourgeoisie des Nordens. Das jahrzehntelang eher dahindämmernde Militär wird neuerdings erheblich aufgerüstet, auch und gerade für Sozialkämpfe im Inneren.

GERHARD ARMANSKI

Wie wär's, wenn wir jedem illegalen Einwanderer ein Faß Öl hineinrollen ließen?

Prozeß gegen "de Schnüss" 12.10. in Bonn

Am 16. März wurde vor dem Bonner Amtsgericht nach acht Verhandlungstagen, an denen über 60 Zeugen gehört worden waren, der presserechtlich Verantwortliche für "De Schnüss"-Stattzeitung in Bonn", Manfred Krämer, wegen Beleidugung (§ 185, 194 StGB) verurteilt. Die Strafe, 600 DM, fiel relativ milde aus. Der zweite Teil des Urteils, die Übernahme der Prozeßkosten von etwa 15.000 DM ist für die eineinhalb Jahre alte Bonner Alternativzeitung existenzbedrohend.

Die Beleidigten: 13 Bonner Polizeibeamte und ihr Präsident; sie hatten Strafanzeige nicht nur wegen Beleidigung, sondern auch wegen Verleumdung gestellt.

Die Tat: "De Schnüss" hatte in ihrer Juni-Ausgabe 1978 über eine Polizeiaktion am 1. Mai vor der Bonner Beethovenhalle, in der die DGB-Mai-Kundgebung stattfinden sollte, berichtet.

Dort hatte es die Polizei für nötig befunden, einen KBW-Bücherstand, der niemanden störte und der auch von niemandem beachtet wurde, zu räumen und drei Leute zu verhaften. Dieser Einsatz ging nicht ohne Brutalität vonstatten. Der Büchertisch gelangte nur in Einzelteilen in das Polizeifahrzeug, die Festgenommenen wurden zum Teil getreten, an den Haaren gezerrt und mit dem Kopf gegen das Autoblech gestoßen. Die Schnüss hatte all das detailliert beschrieben und mit zwei Fotos dokumentiert.

Vor Gericht wurden die Behauptungen in dem Artikel durch Zeugenaussagen belegt. Die drei am 1. Mai Festgenommenen, deren Verfahren wegen Widerstands, Gefangenenbefreiung, Verstoß gegen das Landesstraßengesetz, Hausfriedensbruch und die Straßenordnung der Stadt Bonn aus prozeßökonomischen Gründen mit dem Verfahren gegen "De Schnüss" verbunden worden war, wurden freigesprochen. Die Verleumdungsklage (falsche Tatsachenbehauptung) gegen "De Schnüss" wurde fallengelassen.

"Nach dem Beweisergebnis ist davon auszugehen, daß der besagte Vorfall sich objektiv zugetragen hat, daß aber keinerlei Beweis für die Verletzungsabsicht des mit M.-C. beschäftigt gewesenen Polizeibeamten erwiesen ist."

"Der Bericht der Zeitschrift 'De Schnüss" stellt sich nach der vom Schöffengericht vorgenommenen Würdigung als ein Gemenge von wahren, halb- (und weniger) wahren und unwahren Behauptungen dar, die im Tatsächlich-Gegenständlichen liegen. Die Art ihrer Aneinanderreihung, der Gebrauch des Stilmittels der verkürzenden Weglassung einerseits und des Aufbauschens andererseits legen den akzentuierenden Schwerpunkt insgesamt auf ein geringschätziges, ehrabschneidendes Werturteil. (...) Hier wird der Gesamteindruck vermittelt, daß nicht schlecht und recht ihren meist belastenden Dienst verrichtende Polizeibeamte eines demokratisch und rechtsstaatlich verfaßten Gemeinwesens tätig geworden sind, sondern eben – wie ein häufiges Schmähwort lautet – 'Bullen' ..."

"Das Schöffengericht hat nicht verkannt, daß ihm eine über den konkreten Fall weit hinausgehende Entscheidung von prinzipieller Bedeutung abverlangt ist. Es ist nach ungewöhnlich langem Ringen um Erkenntnis zu der Überzeugung gelangt, daß Ausmaß und Intensität der Ehrverletzung der beteiligten Polizeibeamten durch die Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht gerechtfertigt sind."

Nicht die Ehre der von den Polizisten brutal Behandelten ist verletzt, sondern die der Polizisten, weil ihr Verhalten öffentlich gemacht wurde. Und wer es veröffentlicht, macht sich strafbar.

Der DGB-Kreisvorstand Bonn erklärte am 20.2.79 zum Schnüss-Prozeß: "Es darf nicht Schule machen, daß Journalisten mit denen auf eine Anklagebank gesetzt werden, über die sie berichtet haben. Ein solches Verfahren leistet der Kriminalisierung kritischer Berichterstattung Vorschub. (...) Er (der DGB-Kreisvorstand Bonn, d.V.) befürchtet aber, daß durch Prozesse wie diesen Freiräume eingeengt werden, die nicht eingeengt werden dürfen. Die 'Schnüss' ist nur eine kleine Zeitung. Sie hat nicht nur die Pflicht, wahrheitsgemäß zu berichten, sondern auch das Recht, ihre Meinung frei zu äußern. Diese Meinung mag einseitig und unbequem, sie muß aber auch in Zukunft erlaubt sein. Der Prozeß gegen den Journalisten Krämer darf nicht zum Tribunal gegen die Pressefreiheit werden."

Für die am 12.10. beginnende Berufungsverhandlung braucht die Schnüss die Unterstützung aller, die sich für die Erhaltung der Pressefreiheit einsetzen wollen.

BERNHARD MEIER

Ein Steckbrief für jeden

Der Entwurf eines neuen Ausweisgesetzes hat in der Öffentlichkeit einige Aufregung verursacht: Geplant ist die Ausgabe computergerechter Personalausweise für cirka 48 Millionen Bundesbürger.

Es handelt sich dabei um einen Plastikpaß im Scheckkartenformat. Die als "absolut fälschungssicher" geltenden Karten sollen maschinell lesbar sein. Sie können mit Hilfe von "Lesepistolen" abgetastet und über Funk bzw. Kabel in die entsprechenden Datenbanken eingegeben werden. Die Konsequenzen liegen auf der Hand: Solche Ausweise wären universelle Identifizierungsschlüssel. Inhalt eines Personalausweises dieser Machart wären nicht allein die Daten, die auf ihm zu lesen sind, sondern grundsätzlich alle Informationen, die irgendwo über Personen gespeichert sind und mit Hilfe der Ausweisnummer beispielsweise abgerufen werden können.

Hier scheint die schwärzeste Phantasie hinter der Wirklichkeit herzuhinken, und es steht zu befürchten, daß diese Einführung des Personalkennzeichens in anderem Gewande nicht mehr zu verhindern ist. Auf jeden Fall sollten liberale Skrupel des Ministers Baum sowie zu erwartende "Datenschutz"-Bestimmungen im Ausweisgesetz als das begriffen werden, was sie sind: Desorientierungen. Mit dem Begriff "Datenschutz" verhält es sich ja wie einst mit dem Maschinenschutzgesetz: Bisher waren eher die Daten vor dem Bürger geschützt als umgekehrt (vgl. Kasten).

Hier soll uns aber ein weiterer Zusammenhang, der bisher in der öffentlichen Diskussion zu kurz kommt, interessieren: Computerlesbare Ausweise sind universell nutzbar. Diese Personalausweise selbst oder auch ähnliche Karten können als zentraler Bestandteil von Sicherungs- und Überwachungssystemen auch dort angewendet werden, wo Vater Staat weniger zu sagen hat: in den Betrieben. Ein Beispiel: das ISA bei Daimler Benz. Ein weiteres Beispiel: Die Einführung neuer Werksausweise im Hauptwerk der Farbwerke Hoechst.

Ab 1980 soll dort mit der Einführung des Ausweissystems begonnen werden. Der scheckkartengroße Ausweis enthält in Folie eingeschweißt Foto und Namen des Ausweisinhabers, außerdem einen der Arbeitszeit entsprechenden farbigen Querbalken. Die Farbwerke hatten vor nicht allzu langer Zeit mit großem ideologischen Aufwand die Stechkarten für die Arbeiter abgeschafft (und gleichzeitig ein Monatslohnsystem sowie die Möglichkeit, ebenso wie die Angestellten bis zu drei Tagen auch ohne Attest krankzumachen). Mittlerweile hat sich erwiesen, daß die Pförtner in diesem Riesenwerk nicht mehr überprüfen können, wer seine Arbeitszeit pünktlich einhält oder nicht. Mit den vier verschiedenen Farben der Querbalken im neuen Ausweis können sie auf einen Blick erkennen, welche Arbeitszeit der Betreffende hat und of er den Betrieb schon verlassen darf.

Diese Wirkung der Ausweise ist gegenüber ihren weiteren Möglichkeiten jedoch vergleichsweise bescheiden: Im Innern des Ausweises können unsichtbar weitere Daten des "lieben Mitarbeiters" gespeichert werden, z.B. Eintrittsdatum, Abrechnungsgruppe und Personalnummer. Geplant ist auf jeden Fall eine durchgehende Numerierung der Belegschaft. Solch ein Ausweis eignet sich "natürlich" auch hervorragend zur Kombination mit einer computerisierten Personalplanung à la ISA (Daimler-Benz).

Vergleichsweise harmlos ist noch der anvisierte bargeldlose Zahlungsverkehr in der Kantine. Die Essenskosten werden am Monatsende direkt mit dem Gehalt verrechnet. Mit den neuen Ausweisen wird das Tor zu 1984 weit geöffnet: Sie können als Stechkarte verwendet werden, oder als elektronischer Türöffner (bestimmte Gebäude oder Betriebe wären dann nur noch für ganz bestimmte Personen zu betreten). Sie erlauben, wie gesagt, eine Verknüpfung der Personaldaten mit Arbeitsbewertungssystemen, und ihre Verwendung als Grundlage für Umsetzungen und Abgruppierungen. Traurig genug, daß Betriebsrat und Gewerkschaft bei Hoechst den neuen Ausweisen vorbehaltlos zustimmen, daß es ihnen noch nicht einmal um "Schutz vor Mißbrauch" geht. Indessen: Solche Systeme selbst sind der "Mißbrauch", und wo die "schöne neue Welt" sich etabliert.

HORST-DIETER ZAHN

Ersatz für Personenkennzeichen

Der neue Ausweis soll zentral in der Bundesdruckerei hergestellt werden. Bei einer vorgesehenen maximalen Gültigkeitsdauer von zehn Jahren, bei bekanntlich nahezu 60 Millionen Bundesbürgern und bei etwa 250 Arbeitstagen im Jahr errechnet man, daß arbeitstäglich etwa 20.000 bis 50.000 Ausweise herzustellen sind. Diese einfache, aber massenhafte Arbeit erfordert zu ihrer fehlerfreien und rationellen Abwicklung den Einsatz des Computers: Technisch zwangsläufig werden für jeden Ausweisantrag die vergebene fortlaufende Nummer sowie der Ausweisinhaber im Computer registriert werden.

Mit dieser Nummer ist jeder Bundesbürger identifizierbar. Die Nummer ermöglicht den Aufbau weiterer Daten und den einfachen Zugriff auf die Daten des jeweiligen Bürgers. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Dateien zentral bei einem Computer oder dezentral in einzelnen Bundesländern oder sogar noch weiter verteilt in Kommunen und Behörden oder bei Körperschaften plaziert sind. Wesentlich ist, daß geortet werden kann, wo das zu der Nummer gehörige Datum gespeichert sein könnte. So etwas läßt sich beispielsweise leicht dadurch realisieren, daß man für bestimmte Regionen oder Bundesländer von vorneherein bestimmte Nummernkreise vorsieht.

Der neue Ausweis soll computerlesbar sein. Diese Eigenschaft wäre zwecklos, wenn nicht die Daten des Ausweises und andere in Computerdateien stünden und über die Ausweisnummer abgerufen werden könnten, wenn dieser irgendwo durch ein technisches Gerät gelesen wird. Niemand wird behaupten wollen, der Ausweis solle computerlesbar sein, ohne damit auch den Zugang zu bestimmten Computerdateien zu öffnen und ohne diese zuvor auch aufzubauen.

Ist erst einmal die neue computerlesbare Kennkarte eingeführt, so können schrittweise immer weitergehende Kontrollen und Überwachungsmöglichkeiten eingebaut werden, die es ermöglichen, den Bürger beinahe auf Schritt und Tritt von Staats wegen zu beobachten. Anfängliche rechtliche Schranken sind keine Garantie gegen diese Ausuferungen. Durch einfache Gesetzesnovellen können diese Schranken, wenn es die "Sicherheitslage" angeblich erfordert, jederzeit aufgehoben werden.

(Leserbrief aus: Frankfurter Rundschau vom 13.10.1979)

Gorleben soll leben

150.000 am 14. Oktober in Bonn

Neuerscheinungen im Verlag 2000

Info Schule, Heft 38

Über die Flucht von Lehrern ist viel die Rede. Aber das eigentliche Phänomen ist vielmehr das Reden über ein Aussteigen aus dem Beruf als das Aussteigen selber. Träumen von einer befriedigerenden Existenz, außerhalb der Schule und gleichzeitig mit oder neben der heutigen Schulrealität leben. Dazu helfen eine Reihe von Kompensationsmechanismen, Verdrängungsmechanismen und Gegenstrategien. Davon und von den ihnen zugrunde liegenden Ursachen ist in dem Info Schule, Heft 38 die Rede.
Beschrieben werden, wie linke Lehrer in der Schule überleben, mit welchen Mitteln sie versuchen, unbefriedigende Bedürfnisse zu kompensieren bzw. zu verdrängen und welche Perspektiven sie trotzdem für sich als Lehrer noch sehen.
80 Seiten, DM 5,--

Info Sozialarbeit, Heft 24
Psycho-Methoden in der Fortbildung
Auch politisch engagierte Sozialarbeiter nehmen immer häufiger an Fortbildungsveranstaltungen teil, die sich mit Psycho-Methoden beschäftigen. Ist der Psycho-Boom in der Sozialarbeit Ausdruck für einen allgemeinen Entpolitisierungsprozeß? Dies ist nur eine von vielen Fragen in diesem Zusammenhang. Die Autoren dieses Heftes verzichten darauf auf die Kontroversen innerhalb der Psycho-Szene einzugehen. Stattdessen soll versucht werden, Orientierungshilfen zu geben, Materialien, anschauliche Erfahrungsberichte über einzelne Therapieformen und gruppendynamische Verfahren zu geben, die heute in der Sozialarbeit Anwendung finden. Außerdem enthält der Info Beiträge aus dem Gewerkschaftsbereich und über den Sozialarbeiterstreik in England und seine Folgen.
96 Seiten, broschiert DM 6,--

Dieses Buch entdeckt BB als eingreifenden Pädagogen und Didaktiker. Der Autor hat Brechts theoretische Schriften darauf durchforscht, inwieweit sie pädagogisch nützlich sind für Lehrende in Schulen, Erwachsenenbildung, Sozialpädagogik und Hochschule. Er stellt Haltungen, methodische Maximen und didaktische Leitbegriffe zusammen. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß Brecht mit seiner Theorie und Praxis beitrug und beitragen kann zur Entwicklung von politischer befreiender Kultur.
Dieses Buch wird – nach Auflösung des Verlags Association Hamburg – im Verlag 2000 vertrieben.
315 Seiten, DM 15,--

Wer sich für sämtliche zur Zeit erhältliche Broschüren, Zeitschriften, Plakate, Ausstellungen und die Wühlkiste (Broschüren zu Sonderpreisen) des Verlag 2000 GmbH interessiert, findet dies in dem 32seitigen Verlagskatalog, der auf Anforderung zugesandt wird.
Alle Broschüren sind im linken Buchhandel erhältlich, können jedoch auch gegen Vorauszahlung bezogen werden: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

"links"-Tagung

am 20. Oktober in Buchschlag

"Strauß und die Folgen"

Die "links"-Redaktion hat am 20. Oktober zu einer Tagung über Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten der Linken angesichts "Strauß und die Folgen" eingeladen. Wir drucken die – stark gekürzt – Fassungen von zwei unterschiedlichen Einleitungspapieren ab.
Außerdem faßt Egbert Jahn in seinem Beitrag die Diskussion zusammen und kommentiert sie im Sinne eines Meinungsbeitrags.

Thesen I

Die vorverlegte politische Krise und das Ende der Nachkriegszeit

Wir haben uns daraufhin auszurichten, daß politische, ideologische und Bewußtseinskrisen im Zeitalter totaler kapitalistischer Vergesellschaftung der ökonomischen Krise vorausgehen und ihr nicht – wie früher – folgen. Dies wird weitgehend durch die Form spätkapitalistischer Planung hervorgerufen. Die verwissenschaftliche Vorausschau ermöglicht die krisenförmige Zuspitzung vorauszusehen, und bereits in ihrem Vorfeld Maßnahmen einzuleiten, die sie abfedern sollen, bzw. ihr den tendenziellen Zusammenbruchcharakter in der Zuspitzung insofern nehmen sollen, als ihre Folgen zeitlich und räumlich gestreckt werden. So werden Gesellschaft und Krise mehr und mehr identische Begriffe. Ergebnisse sind: zunehmendes psychisches Elend und Resignation, kollektive und individuelle Verzweiflung, sowie politischer Destruktivität bis hin zu ultrareaktionären gesellschaftlichen Utopien elitären und rassistischen Zuschnitts, wie sie in Europa wieder nach vorne drängen. Zwar kann die ökonomische Zusammenbruchsgefahr gebannt werden, ihre politische, ideologische und psychischen Auswirkungen können sich aber nicht in einer qualitativen Veränderung bewirkende soziale Umwälzung entladen, sondern werden leidend mitgeschleppt. Mit dem Ende des dreißigjährigen Friedens der Nachkriegszeit scheint die Phase politischer Veränderungen nach Rechts gekommen zu sein. Die Durchsetzung Strauß' zum Kandidaten der Unionsparteien, der Wandlung des inneren Kräfteverhältnisses in der Union im Sinne einer Verschiebung von CDU/CSU zur CSU/CDU leidet eine neue Epoche ein. Die berechtigte, aber defensive Schutzargumentation der Linken, die autoritäre Rechte sei vom Faschismus so weit entfernt, wie die Präsidialkabinette von Hitler, hat ihre bisherige Wirkung eingebüßt. Es kommt sogar so weit, daß die CSU offensiv die Linke mit den Nazis in einen Zusammenhang zu stellen sich erdreistet. Die Rechte, die ohnehin nur sehr widerwillig die aufoktroyierte formaldemokratische "reeducation" hingenommen hatte, zieht auf der Ebene der Rechtsfertigung nunmehr auch praktisch den Strich zur Vergangenheit hin, den zu ziehen sie schon immer gefordert hatte.

Energiekrise, Ökologie- und Arbeiterbewegung

Die Kandidatur von Strauß fällt aber auch in eine Zeit zunehmender internationaler Krisen, die mit dem Abschluß der Entkolonialisierung und der Erringung der nationalen Souveränität durch und ihrer Verfügungungsgewalt über die Völker Asiens einhergehen. Die ungehemmte Akkumulation im Anschluß an die Zerstörung des Zweiten Weltkrieges, vergleichsweise kaum durch zyklische Krisen beeinträchtigt, geht ihrem Ende entgegen. Der imperialistische Zugriff, besonders auf den damals billigen Energieträger Erdöl, hat nach dem Kriege in Westeuropa zu einer atemberaubenden ökonomischen Wachstumsentwicklung beigetragen, die nicht mehr ausdehnbar und kaum zu erhalten ist. Die von der Entwicklung auf dem Weltmarkt gesetzte Naturschranke in der fossilen Energieversorgung drückt auf die exportorientierte bundesdeutsche Ökonomie. Zusätzliche Belastungen gehen von tiefgreifenden Rationalisierungsmaßnahmen und davon ausgehender Marginalisierung bedeutender Teile der Bevölkerung aus. Die verstärkte Abwälzung der Krisenlast auf die arbeitende Bevölkerung soll nicht allein über Lohnpolitik, sondern vor allem über den Staatshaushalt, insbesondere durch den Abbau der Sozialleistungen geleistet werden. Solche Maßnahmen einer nach innen gerichteten Krisenbewältigung einer Unionsregierung Strauß braucht nicht unbedingt mit ihrer Abwahl in der übernächsten Legislaturperiode bezahlt werden. Vielmehr ist über die Senkung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung eine zweite Phase krisenhafter Zuspitzung möglich, die militärische Form annehmen kann. Hier wäre eine zunehmende technokratische Militarisierung der Gesellschaft und eine veränderte Rolle der Bundeswehr in einem westeuropäischen Zusammenhang (Kern: BRD-Frankreich) im Sinne von Verteidigungskämpfen globalen Ausmaßes nicht völlig von der Hand zu weisen. Die Gefahr globaler Verteilungskämpfe, Militarisierung und Protektionismus sind die eine Seite zunehmender Rohstoffverknappung auf der Grundlage eines quantitativen, kapitalistischen Wachstums. Die dem System von Wachstum, Großindustrie, Zentralismus und damit verbundenem Rückgriff auf die Atomenergie entsprechenden menschenfeindlichen Naturzerstörung, hat dem Widerstand der Ökologiebewegung hervorgebracht.
Diese Bewegung ist noch in der Entwicklung begriffen. Als Defensivbewegung gegen eine offensichtlich irreversible Naturzerstörung angetreten, drängt ihre ökonomische Absicht nach Produktionsformen, die der Tendenz nach eine Überwindung des Kapitalismus in sich tragen. Damit soll die Ökologiebewegung nicht etwa qualitativ über die Arbeiterbewegung gestellt werden. Aber gegenwärtig ist fühlbar, daß der Widerspruch zum ungehemmten kapitalistischen Wachstum vorläufig stärker über die Natur als über die soziale Enteignung in der Produktion, d.h. vermittels der Unterwerfung unter die kapitalistischen Eigentums- und Kommandogewalt über die Produktionsmittel erfahren wird. Dies ist kein Gegensatz, sondern eine Konstellation, die mit der Integration und Depolitisierung der Gewerkschaften im Rahmen einer gesamtgesellschaftlich herrschenden Allianz, auf der Grundlage des Goldenen Kalbs des Spätkapitalismus, des Wachstums. Eine systemsprengende Perspektive wäre ein anzustrebendes Bündnis von Ökologie- und Arbeiterbewegung in der Synthese von anderen Produktionsformen, anderer Arbeit und anderen Produkten.

Frontalopposition und Ökologie

In der gegenwärtigen Phase politischer Entwicklung in der Bundesrepublik hat die Linke gerade wegen der Zuspitzung, wie sie durch die Kandidatur Strauß' personalisiert wird, auch reale Eingriffsmöglichkeiten. Zwar hat die Vergangenheit der Linken wesentlich Zersplitterung und Gegensatz hervorgebracht. Aber ihre Geschichte in der Bundesrepublik, ihre Kämpfe und Aktivitäten haben auch neue Strukturen erwachsen lassen, die ein nicht zu unterschätzendes Potential entstehen ließ. Insbesondere die partikularen Bewegungen haben sich weit ausgedehnt und eine Beharrlichkeit entwickelt, die in Europa ihresgleichen sucht.
Die Eingriffsmöglichkeiten, von denen hier die Rede sein soll, beziehen sich auf politische Institutionen. Politisch institutionell wirksam sein bedeutet nicht etwa, sich den Regulierungs- und Funktionsmechanismen der bürgerlichen Demokratie im Sinne einer Funktionsträgerschaft zu unterwerfen, sondern sich der institutionellen Wirkung der eigenen politischen Ausdrucks- und Einwirkungsfähigkeit bewußt zu werden. Dies ist keine prinzipielle, sondern eine durchaus aktuell-praktische, ja, wenn man will, taktische Aussage. Sie fällt auf einen Hintergrund von politischen Konstellation, die in fast allen westeuropäischen Ländern gültig ist: die parteipolitische Blockbildung fünfzig zu fünfzig. Das bedeutet, daß eine elektoralistisch unmerkliche Zahl von Wählern von entscheidender Bedeutung sein kann. Die Integrationsfunktion der sogenannten "Volksparteien" zur arithmetischen "Mitte" eines vermeintlichen Gesamtinteresses läßt nach. Damit aber auch die Einbindungsfähigkeit der Sozialdemokratie nach links hin. Ihre Integrationsfähigkeit hat anhand der Ökologiefrage und insbesondere ihre Spielerei mit einer unentschieden drapierten Entschiedenheit für die Atomenergie qualitativ nachgelassen. Während für die Interessen der Lohnabhängigen eine relative Schlechterstellung von einem Regierungswechsel zu erwarten wäre, haben die Grünen und Bunten Bedürfnisse im Sinne einer Frontalopposition, die mit quantitativen Argumenten von "mehr" oder "weniger" – wie bei Lohnverhandlun-

gen – nicht zu integrieren sind. Ihre prinzipielle Ablehnung der Atomenergie läßt keinen Verhandlungsspielraum, keinen Kompromiß zu. Diese qualitative Opposition ist also nicht integierbar und somit von ihrer Substanz her auch mit dem parlamentarischen System nicht vereinbar. Mit einer solchen Forderung (gegen Atomenergie) sich in das politische System zu begeben, bedeutet bewußt oder nicht, sich in systemverändernder Weise auf Institutionen politisch zu beziehen.

Politik als Bewegung *über*, nicht in Institutionen

Der Nachweis der Mobilisierungsmöglichkeiten ist gegenwärtig der Hauptangelpunkt linker Strategie. Und Mobilisierung ist nur dann ernst zu nehmen, wenn sie mit Forderungen verbunden wird, die umsetzbar, hier und heute auch realisiert werden können. Dies hat nichts mit einem traditionell reformistischen Konzept gemein, sondern ist ein Moment strategischer Vorbereitung für Politikfähigkeit überhaupt. Die erfüllbaren Forderungen an die Wirklichkeit sollen also qualitative Veränderungen im Gesamtsystem auslösen helfen. Darunter fällt, ohne einen Forderungskatalog

aufzustellen, die Einstellung der Kernenergie. An ein solches programmatisches Konzept würden sich wiederum Folgekonzepte anschließen, die in Richtung eines gesamtgesellschaftlichen Wandels zielen würden. Konkret: Allein schon eine breit angelegte, auf die gesamte Linke zielende Diskussion in der Bundesrepublik, die eine ernsthafte Erwägung einer Wahlbeteiligung einschließt, würde z.B. Folgen in der Sozialdemokratie nach sich ziehen. Diejenigen in der SPD, die durch die diktatorische Politik des "Kanzlerclubs" gegen die Parteibasis an den linken Rand ins Abseits gedrängt wurden, könnten verstärkt aufkommen und ihr Gewicht mit dem Hinweis auf einen außerparlamentarischen Linksblocks verstärken.

Dies kann zwar nicht Ziel unserer Politik sein, wäre aber ein Effekt einer auf institutionelle Wirkung ausgerichteten Handlung. Insbesondere der Hinweis auf eine mögliche aktive Wahlteilnahme im Sinne der Stärkung von Grünen und Bunten wäre eine solche wirksame institutionelle Bezugnahme. Dabei wäre zu bedenken, daß die Grünen und Bunten einen in Wahlen mobilisierbaren Sockel von 2-3% erreichen können, der nicht mehr von der Sozialdemokratie integrierbar ist. Durch eine zusätzliche linke Mobilisierung, z.B. mit der Aussage, eine sozialdemokratische Regierung im Falle der Überwindung der 5%-Klausel zu unterstützen, wenn die für uns prinzipiellen Bedingungen (Punktekatalog) erfüllt werden können (Atomkraft, Freiheitsrechte etc.), wäre ein verantwortlicher Einsatz des linken gesellschaftlichen Gewichts auch institutionell zu erreichen, ohne sich selbst in die parlamentarische Logik zu begeben.

Ob ein solcher Schritt machbar, sinnvoll und verantwortlich ist, kann nicht vorab entschieden werden, sondern ist selbst Teil der zu initiierenden Diskussions- und Mobilisierungsstrategie angesichts Strauß, aber auch über die Wahl hinaus. Nur wenn es gelingt deutlich zu machen, daß wir eine qualitative Alternative anstreben und dabei auch die Spannung von Bewegung und Institution politisch auszuhalten bereit sind, kann der erhoffte alternative Mobilisierungseffekt ausgelöst werden, der über bloße Wahl, so wichtig sie selbst auch ist, hinausreicht.

Dabei gilt es eben auch Ziele zu benennen, wie die mögliche Wahlbeteiligung der Linken unter gesicherten Bedingungen der Überwindung der 5%-Klausel. Eine solche Entscheidung kann nicht am Anfang der Debatte stehen, sondern wäre vielmehr ein mögliches Ergebnis des mobilisierenden, linken Selbstverständigungsprozesses, den es einzuleiten gilt. Eine mögliche Wahlbeteiligung könnte auch bei einer späteren Unterstützung eines sozialdemokratischen Kabinetts unter den oben genannten Bedingungen das verhindern, was viele zu recht befürchten: Daß gerade eine Linke und/oder Grüne Wahlbeteiligung Strauß zur Macht bringen könnte. Bedenkt man, wie oben erwähnt, daß in Westeuropa Regierungen mit einer hauchdünnen Mehrheit zustanden kommen, dann wäre gerade eine Aufstockung der grünen Frontalopposition von ca. 2-3% durch die Linke im Sinne einer Überwindung der 5% durchaus auch ein Beitrag zur Verhinderung Strauß'. Die grüne Frontalopposition hat prinzipielle Ziele und ist somit durch Strauß nicht zu schrecken, wie sie auch durch den Atomkanzler Schmidt nicht integrierbar ist.

Nochmals: Die Gefahr, durch eine eigene Wahlbeteiligung die Sozialdemokratie insofern zu schwächen,. daß eine Regierungsübernahme Strauß' dadurch herbeigeführt wird, ist ein ernst zu nehmendes Argument. Dabei bewegen wir uns nicht mehr in der Logik des kleineren oder größeren Übels. Hier handelt es sich unter Umständen um eine "negative Systemveränderung". Es ist nicht die Person Strauß'; das wäre eine naive Personalisierung. Aber das Zusammentreffen von tiefgreifenden gesellschaftlichen Erschütterungen mit einer Person, die Herrschaft durchaus wieder zu personalisieren imstände wäre, ist eine durchaus ernstzunehmende Gefahr. Strauß ist nicht nur imstande, das dünne Defensivpotential der Sozialdemokratie zu brechen, vielmehr ist er durchaus in der Lage, ein populistische Züge annehmendes Herrschaftssystem trotz und neben der formalisierten Herrschaftsstrukturen bürgerlicher Demokratie zu etablieren. Dies zu verhindern bedeutet aber nicht, sich brav auf den Staatsbürger reduzieren zu lassen und es beim Wahlakt für die Sozialdemokratie bewenden zu lassen, sondern unsere Manövrierfähigkeit in der Polarisierung auszuweiten, uns dabei neu zu konstituieren und den gangbarsten Weg auch der Verhinderung von Strauß zu suchen. Kurz: Wir müssen die Situation auch als Chance für die Linke sehen.

Keine Bewegung ohne Ziel

Unsere Mobilisierungsstrategie müßte zwei Elemente in sich vereinen: Einmal das weitergehende, entscheidende zum politischen System, d.h. den herrschenden Parteien alternativ gegenüberstehende, emanzipatorische Moment, das nicht allein vom Wahltag abhängt, sondern über ihn hinausweist. Diese Mobilisierung hätte eine neue Qualität politischen Selbstbewußtseins und Selbstverständnisses der Linken zu entwickeln, zentral die Vermittlung der entscheidenden Neuerung unserer Epoche, der Ökologie, mit der Arbeiterbewegung. Die Vermittlung der Traditionen vergangener Kämpfe mit dem aktuellen Stand neuer Bedürfnisse und Formen. Zum anderen aber auch die unmittelbare mögliche "negative Systemveränderung" als möglich zu realisieren, die mit der Person Strauß verbunden ist.

Die Bezugnahme auf Institutionen ist nicht gleichbedeutend mit einer Strategie reformistischen Zuschnitts, die eine graduelle Entwicklung zum "Besseren" betreiben will. Sich heute politisch auf Institutionen beziehen, hieße in den bisher gänzlich abgeschotteten Legitimationsapparat dort einzugreifen, wo er nicht mehr integrationsfähig wirkt. Dort, wo der Türspalt sich aufgrund von nicht mehr harmonisierbaren Konflikten öffnet, gilt es den Fuß politisch zu stellen, um in Zukunft überhaupt politikfähig zu werden.

Einschätzung und handlungsorientierte Analyse ist wichtig. Sie sind überhaupt Grundlage von Verständigung über politisches Handeln. Aber erst die Handlung entscheidet mit über die "Richtigkeit" der Einschätzung. Wenn wir in einer breiten und mobilisierenden Diskussion angeben können, was das realisierbare Ziel – eine Wahlbeteiligung – sein kann, dann erst kann die Diskussion selbst mobilisierend wirken. Dann wird diese Mobilisierung freilich durch sich selbst in einem politischen Zusammenhang institutionell gesellschaftsverändernd wirken können. Um bewegen zu können, müssen wir also Ziele angeben. Unsere Teilhabe mit Zielangabe wäre unser Beitrag, Strauß nicht nur zu verhindern, sondern qualitativ neue linke Politik einzuleiten.

DANY DINER

"links"-Tagung

Zum Verlauf der Tagung – Ein Kommentar

Daß die uns doch trotz alles ständig beschworenen Rechtstrends überraschende Kanzlerkandidatur Franz J. Strauß' politische Folgen hat, nicht nur für die Linke, sondern auch in der Linken, wurde schlagend durch den Verlauf der von der "links"-Redaktion einberufenen Tagung am 20. Oktober demonstriert. Etwa 80 Genossinnen und Genossen, darunter auch einige Nichtmitglieder des SB, kamen aus der ganzen Bundesrepublik zusammen, um über "Strauß und die Folgen" zu diskutieren. Auch wenn man berücksichtigt, daß die Zusammensetzung der Tagungsteilnehmer eine ganz andere war als jene des "Hessenplenums" vor einem Jahr, kurz vor den Hessenwahlen, das von etwa einer gleichen Zahl "nicht repräsentativer" und nicht durch Wahlen "autorisierter" Teilnehmer besucht war, so ist der Stimmungsumschwung in der Linken in und um das SB doch unübersehbar. Die Strauß-Kandidatur scheint auch ältere SB-Genossen wieder zu mobilisieren, die voriges Jahr noch den jungen Grünen das Feld überließen.

Bilanz der Diskussion:

Vor einem Jahr herrschte eindeutig die Pepsi-Coca-Theorie und die grüne Euphorie vor: ob Börner- oder Dregger-Regierung, so hieß es damals, das ist uns so gleichgültig wie der Unterschied zwischen Pepsi und Coca. Die Mehrheit knüpfte riesige, später gründlich enttäuschte Hoffnungen an die Grüne Liste Hessen (GLH), eine starke Minderheit stritt für Wahlenthaltung und für eine pure aparlamentarische Politik. Lediglich einige Altgenossen, denen sich dann auch der Arbeitsausschuß gegen das grüne Wahlaufruf-Votum des "Hessenplenums" anschloß, brachten realpolitische Argumente wie die Differenzen zwischen der SPD/FDP-Politik und der CDU-Politik sowie das "arithmetische" Argument der Fünfprozent-Klausel in die Debatte ein; wichtiger als grüne Zählerfolge unter der Fünfprozentmarke sei für die Linke die unterschiedliche Entfaltungsmöglichkeit außerparlamentarischer Politik unter einer Börner- oder einer Dregger-Politik, von den nicht unbeträchtlichen Unterschieden in der Regierungspolitik (vor allem im Bildungswesen) einmal ganz abgesehen.

Gewitzt durch die wenig fruchtbaren Wahldiskussionen in und außerhalb der "links", die bisher regelmäßig wenige Monate vor den Bundestags- und einigen wichtigen Landtagswahlen ausbrachen und häufig vom (später uneingelösten) Versprechen begleitet waren, nach den Wahlen eine grundsätzlichere Parlamentarismus- und Parteiendiskussion zu führen, ergriff diesmal die "links"-Redaktion frühzeitig die Initiative, um eine kurzatmige Nur-Wahlverhaltens-Debatte zu verhindern. Denn nicht, wie die einzelnen Linken sich beim Kreuzchen-Malen am Wahltag verhalten, ist wichtig, sondern, welche Politik die Linke als mehr oder weniger sich vereinheitlichender "Machtfaktor" in den kommenden Monaten betreibt, in Form von außerparlamentarischen Aktionen, von politischer Aufklärung und Diskussion und dann auch – ein wichtiges, wenn auch kein zentrales Element dieser Politik – in Form von Wahlaufrufen und Wahlverhalten.

Überraschend bei der "Strauß und die Folgen"-Tagung war manches. Erstens galt als unbestrittene Selbstverständlichkeit, daß die Linke sich 1980 wahlpolitisch verhalten sollte, die Wahl keine reine Privatangelegenheit der einzelnen sei, wenn auch selbstverständlich letztlich jeder selbst entscheiden wird, ob und wie er wählen wird. Lediglich eine einzige Stimme des Aparlamentarismus plädierte am 20.10. noch dafür, die Linke solle ihre Energien ausschließlich auf außerparlamentarische Aktivitäten konzentrieren.

Zweitens herrschte breiter Konsens, daß die Linke in den nächsten Monaten eine breite außerparlamentarische Aktivität gegen den Rechtstrend in der Bundesrepublik und speziell auch in der SPD und in den Gewerkschaften entfalten müsse, um einerseits nicht Enttäuschung über die SPD-Regierung bei unpolitischen Arbeitern und Angestellten in Hoffnungen auf die CDU-Politik des "starken Mannes", des "Antibürokratismus", der Ausländerfeindlichkeit usw. umschlagen zu lassen und um andererseits der Resignation und Kapitulation vieler Genossen vor dem unaufhaltsam scheinenden Rechtstrend und vor entsprechenden linken "Überwinterungsideologien" zu begegnen.

Drittens war wie selbstverständlich, daß die linke außerparlamentarische Politik in den nächsten Monaten eine wahlpolitische Implikation zugunsten einer alternativen Liste (links-grün-bunt) oder der SPD haben müsse. Die Wahlentscheidung ist nicht das Ziel der außerparlamentarischen Aktivitäten, sondern die Wahlen wurden als wichtiges Element der Entfaltung außerparlamentarischer linker Politik begriffen. Wichtig unter dem Gesichtspunkt der Mobilisierungsstimulation durch Wahlerfolge bzw. unter dem Aspekt der parlamentarischen Sicherung republikanischer Freiräume für alternative Bewegungen.

Viertens blieb überraschend die polarisierende Wahlpolemik gegen die Anhänger des "kleineren Übels" einerseits und die "Strauß-Bügelhalter" andererseits aus. Nur sporadisch wurden diejenigen als "U-Boote der SPD" und als noch nicht von SPD-Illusionen Emanzipierte beschimpft, die die Verhinderung einer Strauß-Regierung durch das SPD-Wählen für die Entfaltung der linken und alternativen Bewegung für notwendiger halten als minimale Stimmenzählerfolge unterhalb der 5%-Klausel. (Vom taktischen FDP-Wählen wie noch 1978 war keine Rede mehr, sei es weil das parlamentarische Überleben der FDP durch die Strauß-Kandidatur (Überlaufen von CDU-Wählern) gesichert scheint, sei es, weil heute die grün-bunt-linke Alternativliste eine ernsthafte parlamentarische Alternative ist.) Auf Seiten der beträchtlichen Mehrheit für einen Wahlaufruf zugunsten einer Alternativen Liste wiederum wurden die Gefahren durch eine CDU/CSU-Regierung infolge der Strauß-Kandidatur viel ernster genommen als noch vor einem Jahr während der Hochzeit der Pepsi-Coca-Stimmung und der Wurschtigkeit gegenüber den parteipolitischen Unterschieden. Umstritten war lediglich das Ausmaß der Unterschiede zwischen einer Schmidt- und einer Strauß-Regierung und die Frage, ob diese Unterschiede es noch rechtfertigen, das "kleinere Übel" zu wählen.

Linke Identität und Formen von Politik

Die Analyse der politischen Bedeutung der Strauß-Kandidatur blieb in Ansätzen stecken. Die völlige Kapitulation der CDU-Mitte und des linken CDU-Flügels vor der CSU und ihren CDU-Anhängern wurde nicht einmal als Problem thematisiert, vielleicht weil immer noch zu viele Linke die Unterschiede zwischen einer Kohl- und Strauß-Politik allein auf eine persönliche Stilfrage reduzieren. Die verheerende Tendenz auch in der Linken zur politischen Personalisierung und Strauß-Mystifizierung durch Parolen wie "Stoppt Strauß" oder "Freiheit statt Strauß", die möglicherweise verhängnisvolle Strategie der Ausschlachtung der heute noch nach Demoskopen-Meinung vorherrschenden Antipathie gegen die Persönlichkeit von Strauß (noch gilt Schmidt als der bessere "starke Mann"), die bestenfalls vordergründigen SPD- und FDP-Wahlstrategien nützt, aber langfristig die Autoritätsfixiertheit der Wähler unterstützt und auch in der Linken abenteuerliche Konzepte fördert, muß von uns bekämpft werden. (Dem dient z.B. nicht der Tagungstitel "Strauß und die Folgen".)

Die nun bald zehnjährige Weigerung der Linken, die konkrete Politik der CDU/CSU und die in ihr herrschenden Widersprüche und Strömungen sowie die Aktivitäten der außerparlamentarischen Rechten überhaupt differenziert zur Kenntnis zu nehmen (die "links"-Redaktion hat das häufig beklagt und als Problem angemahnt, war aber nicht in der Lage, dies zu ändern), beginnt sich nun auszuwirken. Da die deutsche Linke infolge des Faschismus und des Kalten Krieges in den sechziger Jahren fast von Null anfangen mußte und oft auch noch großspurig die wenigen Reste der alten Linken ignorierte, also jedes lebendige linke Traditionsbewußtsein und daraus entspringende Selbstsicherheit fehlte, war in den letzten zehn/zwanzig Jahren die negative Fixierung auf die SPD, die eigene, häufig als unvollständig empfundene Emanzipation vom "Reformismus" das zentrale Problem der Linken. Mangelnde eigene Tradition wurde durch häufig wechselnde Bindungen an ausländische, erfolgreich scheinende revolutionäre Bewegungen ersetzt. Nach der Enttäuschung aus verschiedensten Gründen über die Entwicklung in Jugoslawien, Kuba, China, Chile, Portugal, Vietnam, Kampuchea als Alternativen zum bürokratischen Sozialismus der DDR und UdSSR ist nun die Neue Linke auf sich selbst zurückgeworfen. Das hat seine demobilisierenden, wie auch seine guten Seiten. Unübersehbar war auch am 20.10. auf der "Folgen"-Tagung die Differenz zwischen der inzwischen alten Neuen Linken der 60er Jahre und der neuen Neuen Linken der 70er Jahre. Die alt-Neue Linke hatte noch die letzten Züge der Repression und Aussichtslosigkeit des Kalten Krieges erlebt und ihre wichtigsten politischen Erfahrungen im Aufwind der Studentenbewegung, der Reformperiode, der ökonomischen Konjunktur, der weltpolitischen Durchbrüche des Entspannungsprozesses, in der Zeit der Wiederentdeckung des Marxismus im Westen und der hoffnungsvollen Signale sozialrevolutionärer Bewegungen in vielen Teilen der Welt gemacht. Die neu-Neue Linke wurde politisch in die Periode der sich immer mehr korrumpierenden SPD-Politik nach der Ablösung der Brandt-Heinemann-Ära durch die Schmidt-Scheel-Phase hineingeboren. Die Erfolglosigkeit der Studentenbewegung, aller "revolutionären" wie gleicherweise realpolitischen "doppelstrategischen" sozialistischen Zielsetzungen, das Fallenlassen der Reformpolitik durch die SPD, die verschärfte innere Repression, die massenhafte und noch mehr die drohende Arbeitslosigkeit, die schleichende kapitalistische Weltwirtschaftskrise, die endgültige Ernüchterung über alle "realen Sozialismen", die nunmehr steril erscheinende Hilflosigkeit des Marxismus angesichts der neuen Probleme wie Umweltzerstörung, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen durch neue Technologien, Aufrüstung, Bürokratisierung aller Lebensbereiche und selbst der fortschrittlichsten Organisationen, gleichzeitig aber beschränkte Erfolgserlebnisse beim Organisieren der eigenen Interessen im persönlichen Aktivitätsbereich, all diese hat die neu-Neue Linke geprägt. Die beschränkte Repression bei gleichzeitig vollkommener erscheinender staatlicher Kontrolle aller Lebensbereiche in der sozialliberalen Ära läßt der neu-Neuen Linken eine konservativ-reaktionäre im Unterschied zur sozialliberalen Ära viel weniger bedrohlicher erscheinen als denjenigen älteren Genossen, die noch den Kalten Krieg oder gar den Faschismus in den Knochen haben. Die "Sozialfaschismus"-Tendenzen, die in der jugendlichen Linken bis nach dem Bonner Herbst im September 1977 recht stark waren, waren Ausdruck des politischen Erfahrungsbruches zwischen der älteren und der jüngeren Linken, der durch den erwähnten Mangel an linker Tradition in Deutschland und durch die spezifischen Sozialisationsbedingungen studentischer Politik

(rascher Generationswechsel der Aktivisten) bedingt ist.

Außerparlamentarische Politik und Außerparlamentarismus

Die neu-Neue Linke nimmt das erreichte Maß an gesellschaftlichem Wohlstand und an politischen Freiheiten trotz der Erfahrung des Rechtstrends der letzten sieben Jahre und trotz der ständigen Faschismus-Beschwörungen als viel zu selbstverständlich, um die konservativ-reaktionäre Gefahr, die sich in einer Strauß-Regierung ausdrücken könnte, ernst zu nehmen. Der Abbau des Sozialetats, die unternehmerfreundliche Rationalisierungspolitik, die verschärfte Verfassungsschutzpolitik, die elitäre Bildungspolitik, die entliberalisierende Strafrechtspolitik, die Reprivatisierungspolitik, die "ausgewogene" Medienpolitik, die Politik der harten Verhandlungen gegenüber Osteuropa und der weltpolitischen Einkreisung der Sowjetunion (China-Politik, Südatlantikpolitik, Führungsanspruch in Westeuropa, zum Teil auch schon gegenüber den USA); all das, was die SPD in den letzten Jahren eingeleitet hat, verspricht die CSU weitaus konsequenter durchzuführen. Selbst wenn die CDU/CSU 1980 die Wahlen verliert, wird die Kanzler-Kandidatur von Franz J. Strauß bis dahin die SPD in der Jagd nach dem wahlentscheidenden Wähler rechts von der Mitte noch weiter nach rechts gerückt haben.

Heute ist klar, daß der ständige Rechtstrend der Gesellschaft und der SPD nur aufgehalten werden kann, wenn sich die Linke aus einem grün-bunten, gleichzeitig anarchoidem und vielfach dogmatisiertem Haufen zu einem politischen Faktor zusammenrauft. Dies kann nicht durch dieses oder jenes Wahlverhalten geschehen, sondern nur durch außerparlamentarische Aktionen und Diskussionen. Die Reduzierung auf linke Wahlpolitik muß die Linke zerreißen in zwei auseinanderdriftende Fraktionen der "abenteuerlichen Strauß-Bügelhalter" (heute wohl schon ein fester Kern von 2 bis 3 Prozent Grünwählern des Jahres 1980, die sich nicht mehr durch das Schreckgespenst Strauß zur SPD-Wahl motivieren lassen) und der "opportunistischen Unterstützer des kleineren Übels". Diese Kräfte, vielleicht vier oder fünf oder auch mehr Prozent, die die SPD nur noch mangels linker Alternative (nicht nur organisatorischer, sondern vor allem politischer Art) sind wahrscheinlich zum Teil ebenso wild entschlossen wie die Grünwähler, die Strauß-Kanzlerschaft durch die SPD-Wahl zu verhindern.

Nur ein kleinerer Teil der Linken – vielleicht die entscheidenden zwei bis drei Prozent – ist noch für die politische Überlegung offen, eine Strauß-Regierung entweder durch die SPD-Wahl zu verhindern oder dadurch, daß der grüne Stamm von 3 Prozent Alternativwählern um weitere linke 2 Prozent "aufgestockt" wird, damit jene 3 Prozent nicht in der Wahlendrechnung der CDU/CSU zugute kommen. Die deutsche Linke hat fast keine Macht, aber sie hat seltsamerweise die Macht, die Entscheidung zwischen einer Schmidt- und einer Strauß-Regierung zu treffen, was weltpolitische Auswirkungen haben kann, die sich heute nur ahnen lassen. Will die Linke nicht nur ihre Chance, sondern vielmehr ihre ungeheure politische Verantwortung wahrnehmen, also die erwähnte Entscheidung nicht blind, zufällig, chaotisch, unorganisiert treffen – wobei nach dem Strauß-Siegesfest die Grünen mit demselben Recht sagen können, die Zauderer hätten den Sprung über die 5 Prozent an die SPD und damit an die CDU/CSU verschenkt wie umgekehrt die SPD-Wähler sagen werden, die grünen Stimmen fehlten dem Sieg der Koalition über die CDU/CSU –, so muß in den nächsten Monaten eine intensive, verbindliche politische Diskussion in der Linken geführt werden, die klärt, ob die Verhinderung einer Strauß-Regierung entweder nur über die "Aufstokkung" des wildentschlossenen grünen Dreiprozentblockes oder nur über eine Wahlunterstützung der SPD (selbstverständlich bei gleichzeitiger Bekämpfung der SPD-Politik) durch die Linke möglich ist. Das SB ist nun sicher weder eine disziplinierte politische Organisation, die eine verbindliche Wahlempfehlung für alle ihre Mitglieder zu diskutieren und ihnen letztlich nahezulegen hätte. Und selbst wenn man berücksichtigt, daß die SB-Politik in einen weiteren Sympathisantenkreis hineinwirkt, verfügt das winzige SB auch nicht über die entscheidenden 2-3 Prozent, die in die Waagschale der SPD oder der Alternativen gelegt werden könnten. Aber das SB hat immerhin die Möglichkeit, die Diskussion zwischen den linken SPD- und Gewerkschaftskreisen und den Alternativen organisatorisch zu fördern. Auch für die SPD ist es nunmehr ein ernsthaftes taktisches Problem geworden, ob sie ein Interesse an einem Sprung der Grünen über die fünf Prozent haben muß oder ob sie die schwankenden Linken durch Zuckerbrot (z.B. unverbindliche Versprechen in der Energie- und Repressionspolitik) und Peitsche in die SPD-Wahlpflicht nehmen soll. Für die SPD-Linke ist es darüber hinaus auch ein ernsthaftes politisches Problem, daß sie eine außerparteiliche Linke braucht – die sich je nach Bedarf prügeln läßt oder mit der man kooperieren kann –, soll nicht die restliche und eingeschüchterte Linke selbst in den Abgrund des halbwegs illegalisierten, jedenfalls nicht mehr progressiv wirkenden, politisch relevanten linken Extremismus abstürzen.

Was sind stichwortartig die wichtigsten Bedingungen einer grün-bunt-linken politischen Koalition, die in der Lage ist, 5 bis 6 Prozent Stimmen bei den Bundestagswahlen zu erhalten und – was noch wichtiger ist – die auch fähig ist, das Jubelfest eines Wahlsieges politisch dauerhaft zu überleben? Denn eine grün-bunt-linke Alternative wird es nur geben, wenn die sich vereinigenden unterschiedlichen Kräfte in der Lage sind, sich auf Kompromisse zu einigen. Die bisherigen Verkehrsformen und noch weniger die bisherigen Entscheidungsmechanismen des potentiellen politischen Bündnisses reichen mit Sicherheit noch nicht aus, um den großen linken Katzenjammer nach – oder auch schon vor – den Wahlen zu vermeiden oder auszuhalten.

Zentrales Thema der linken Koalitionsbewegung müßte die Verhinderung einer CDU/CSU-Regierung sein, was nur durch die Tolerierung (notfalls auch Unterstützung) einer SPD/FDP-Regierung, bei gleichzeitiger Kritik der SPD-Politik möglich ist. Da die grüne Bewegung auch konservative Kräfte mobilisiert, ist die grüne Einheit nur durch ein gemeinsames Antiatomkraft- und Umweltschutz-Konzept aufrecht zu erhalten. Es läßt sich heute noch nicht absehen, ob ein grünes Minimalprogramm (z.B. Stopp des Reaktorbaus für vier Jahre) als Bedingung für die Unterstützung einer Helmut Schmidt-Regierung weder die grüne Bewegung auseinanderreißt (zwischen kompromißbereiten und kompromißlosen Maximalisten)) noch die SPD zur neuerlichen Großen Koalition bzw. die FDP zur Bürgerlichen Koalition treibt. Entsprechend dem Charakter der grün-linken Koalitionsbewegung wird es wahrscheinlich im Bundestag in nichtgrünen Fragen keine Fraktionsdisziplin geben können; konservative Grüne würden mit der CDU/CSU in manchen Fragen stimmen. Dies läßt sich aber nur bei einer vorhergehenden Klärung der Kräfteverteilung in der Koalitionsbewegung, damit auch der Mandatsverteilung zwischen den Koalitionspartnern, verwirklichen.

Strategien, die Strauß verhindern sollen

Die verschiedenen Parteigründungsabsichten (USPD, eurokommunistisch orientierte UKPD, linksgrüne Partei, rechtsgrüne Partei usw.) müßten zugunsten des lockeren Charakters der Alternativliste zumindest suspendiert werden. Zahlreiche Sozialdemokraten sind bereit, durch die Wahl einer alternativen Liste Druck auf den innerparteilichen und innergewerkschaftlichen Meinungsbildungsprozeß auszuüben, um dem jahrelangen Rechtstrend zu stoppen; sie sind eindeutig nicht bereit, eine Konkurrenzpartei zur SPD zu unterstützen.

Trotz aller unvermeidlicher Gegensätze in der grün-linken Koalitionsbewegung muß die Spaltung in zwei ernsthafte Alternativ-Listen vermieden werden. Kandidieren zwei links-grüne Listen mit jeweils mehr als 1-2 Prozent Anhängerschaft, so bleibt für diejenigen, die in erster Linie eine Strauß-Kanzlerschaft verhindern wollen, nur die Wahl von SPD bzw. FDP. In diesem Falle sollte auch das SB ganz entschieden zur Wahlunterstützung der SPD aufrufen unter Fortsetzung der Bekämpfung der SPD-Politik im einzelnen.

Die Priorität der Verhinderung einer CDU/CSU-Regierung muß für die Linke schon deshalb klar werden, weil ein CDU/CSU-Wahlsieg ("wegen der verrückten grünen Experimente") unweigerlich die geballte Aggression der SPD und vor allem der Arbeiter gegen die "spinnerte" linke Intelligenz freisetzen wird. Deshalb muß die Orientierung der linken Koalition in etwa den Parolen folgen: "Auf keinen Fall eine CDU/CSU-Regierung; "Wider die Rechtstendenzen der SPD"; "Stopp im Kernkraftwerksbau, massiver Ausbau alternativer Energien". Diese zentralen Orientierungen sollten durch den Pluralismus der politischen Zielvorstellungen der Koalitionspartner ergänzt werden.

Das Parlament ist in der bürgerlichen Republik (im eminent wichtigen Unterschied zum Wilhelminischen Reich) weit mehr als eine bloße "Tribüne". Parlamentswahlen sind auch weit mehr als bloße Heerschauen, willkommene Zählaktionen "revolutionärer Truppen", wie noch im 19. Jahrhundert geglaubt werden konnte. Wenn auch die Politik großenteils außerhalb der Parlamente gemacht, vor allem auch die linke Politik, so haben Wahlentscheidungen und parlamentarische Entscheidungen eine weit größere Relevanz, als die Linke zur Zeit ihres Aparlamentarismus und ihres Antiparlamentarismus – zum Teil doch auch deshalb, weil die parlamentarischen Trauben viel zu hoch hingen, so daß sie als zu sauer bezeichnet werden konnten – wahrhaben wollte. Auch die Angst der Linken vor dem parlamentarischen Kretinismus, vor den Mechanismen des Kompromisseln und Korrumpierens im Wahlkampf und im Parlament, vor der Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten bzw. zwischen Basis und den bald notwendig entstehenden grünen und linken Bürokraten, vor Wahlschlappen und Parlamentsniederlagen, darf die Linke nicht vor der Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten mittels parlamentarischer Methoden abschrecken. Oft ist die Angst vor dem Parlamentarismus nichts anderes als die Angst vor der Politik und der eigenen Macht. Antiparlamentarismus der Linken war im letzten Jahrzehnt nur allzu oft eine Rationalisierung linker Ohnmacht, Berührungsangst mit der eigenen wie auch immer bescheidenen Macht. Die bundesdeutsche Linke besitzt parlamentarische und politische Macht, ob sie es will oder nicht will, ob sie es wissen will oder ob sie es leugnet. Im Augenblick sieht noch alles danach aus, daß diese bundesdeutsche Linke – halbblind und halblahm – in ihre eigene Misere stolpert und eine konservativ-reaktionäre CDU/CSU-Regierung 1980 an die Macht bringt; halblahm, weil sie zur Hälfte zur SPD hinkt und zur anderen zur Alternativen Liste, halbblind, weil sie großenteils noch immer großmäulig die Pepsi-Coca-Ideologie schlürft ohne Auge für das, was auf sie zukommt im Falle der CDU/CSU-Regierung.

Die einzige Chance der bundesdeutschen Linken, aus der teils selbstverschuldeten Misere herauszukommen, besteht darin, gemeinsam den außerparlamentarischen Kampf als das Rückgrat linker Politik gegen die konservativ-reaktionäre Politik und gegen die sozialdemokratische Anpassung und Vorwegnahme dieser Politik vorzugehen und dann auch zwischendurch einmal für dreißig Minuten zur Wahlurne zu gehen, um an der richtigen Stelle ein Kreuz machen, um gleich danach den außerparlamentarischen Kampf fortzusetzen. Wo dieses richtige Kreuz auf dem Wahlzettel ist, bei der SPD oder bei der Alternativen Liste, das entscheidet wiederum die Entwicklung des außerparlamentarischen Kampfes im Rahmen und auch gegen die Spielregeln des Wahlkampfes der etablierten Parteien. Kein Linker wird dabei auf die Idee kommen, den Wahlkampf für das Alpha und den Wahltag für das Omega linker Politik zu halten.

EGBERT JAHN

"links"-Tagung

Thesen II

1. Nur eine langfristige Perspektive, die unser Verhältnis zu Wahlen einschließt, kann uns Orientierung schaffen.

Alle Wahlen wieder kam und kommt in der Linken die Diskussion über ihr Verhalten zu diesem Akt bürgerlich-parlamentarischer Demokratie ins Rampenlicht. Dies hat Ursachen: an diesem Punkt wird der Teil der Linken, der noch Realitätskontakte hat, um Auskunft von außerhalb gebeten. Er kann sich nicht der Antwort entziehen, wenn er nicht das politische Vertrauen verlieren will.
Eine Antwort von Wahlkampf- zu Wahlkampfzeit hat jedoch nur taktischen, häufig auch opportunistischen Charakter. Dies wäre hinzunehmen, wenn die Wahl in der Tat nur zwischen Pepsi- und Coca-Cola getroffen werden müßte. Aber schon, wenn die Wahl als eine zwischen größeren und kleineren Übeln angesehen wird, erzeugt dies Ohnmachtsgefühle und Perspektivlosigkeit, wenn gleichzeitig Wahlen ein erheblicher Stellenwert im politischen Denken zukommt ... und dies trifft auch für einen großen Teil der Linken selbst zu. Durch eine vorwiegend taktische Behandlung des Wahlproblems kann die Linke nicht die politischen Energien und Phantasien für emanzipative Ziele freisetzen helfen, die auf die Wahlen und ihre Ergebnisse gerichtet sind.
Die erste These: Die Linke muß ihr Verhältnis zu den Wahlen in der Bundesrepublik auf allen Ebenen aus einer langfristigen politischen Perspektive heraus entwickeln. In einer solchen Perspektive kann das Verhältnis zu der bundesrepublikanisxchen Wirklichkeit mit ihren parlamentarisch-repräsentativen Wahlen nicht ausgeklammert werden, und zwar auch dann, wenn Parlamentarismuskritik die Aushöhlung der demokratischen Substanz dieser Form politischer Repräsentation unübersehbar aufzeigt.

2. SPD/FDP und CDU/CSU stehen für signifikant unterschiedliche Herrschaftsformen

Mit der stärker werdenden Ausprägung der ökonomischen und zum Teil politischen Krise in den spätkapitalistischen Gesellschaften als einer langfristigen Tendenz, die zusätzlich durch die "Grenzen des Wachstums", durch Ökologie-Rückwirkungen und Rohstoffprobleme erschwert wird, wächst das Potential für eine autoritär-repressive Umwandlung der ganzen Gesellschaft. Dieser Prozeß, der heute deutlich durch die Person Strauß kenntlich gemacht wird, aber nicht auf ihr beruht, zielt auf eine Ausgrenzung (Marginalisierung) der Bevölkerungsteile, die im spätkapitalistischen Reproduktionsprozeß überflüssig geworden sind und werden: Arbeitslose, physisch und psychisch Kranke und solche, die sich den herrschenden Anpassungszwängen entziehen, aus dem destruktiven Zirkel dieser Gesellschaft ausbrechen. Die Angst vor Ausgrenzung wird den Konkurrenzkampf innerhalb der Leistungsgesellschaft verschärfen, und der Unterdrückung ein Maß an Irrationalität verleihen, die humane gesamtgesellschaftliche Problemlösungen und ihre demokratische Diskussion ausschließen wird. Der dabei erzeugte Chauvinismus wird sich wahrscheinlich nicht nur nach innen, sondern aufgrund der Rohstoff- und Exportabhängigkeit auch nach außen wenden.
Die Politik der sozialliberalen Koalition war von Anfang an dadurch geprägt, daß sie diese in den objektiven gesellschaftlichen Entwicklungen wurzelnden Marginalisierungs- und Ausgrenzungsmechanismen mittrug. Der sozialdemokratische Weg der Herrschaftssicherung zeichnete sich allerdings dadurch aus, daß bis heute versucht wird, Belastungen zu verteilen, Ausgrenzungsprozesse sich nicht verallgemeinern und verfestigen zu lassen, kompensatorisch zu befrieden und nicht politisch zu polarisieren, kurz: gesellschaftliche Konfliktzonen klein und partiell zu halten, in eingeschränkter Form Interessen zu berücksichtigen und gewisse "sozialpolitische" Standards trotz aller Demontage aufrechtzuerhalten. Daß diese Form der Herrschaftssicherung dem Kapital immer noch vergleichsweise hohe Kosten und Anpassungshemmnisse beschert, macht zu einem wesentlichen Teil die Aktualität der "Alternative Strauß" aus.
Die CSU-Strategie läuft darauf hinaus, die gesellschaftlichen Marginalisierungs- und Ausgrenzungstendenzen mit aller Brutalität und ideologischen Mobilisierung durchzusetzen, was zugleich bedeutet: eine offene Konfrontationsstrategie gegenüber den Gewerkschaften – sicher nicht um sie zu zerschlagen, sondern um sie endgültig zu einem gefügigen Bestandteil eines funktionierenden "korporativistischen Blocks" zu machen. Zu erwarten ist eine bisher noch nicht gekannte Kombination von polizei- und überwachungsstaatlicher Repression und ideologischer Mobilisierung gegenüber dem "inneren und äußeren Feind". Das Ergebnis wäre eine repressive und ideologisch abgesicherte und zementierte Spaltung der Gesellschaft quer zu den Klassenlinien, ideologische Gleichschaltung, gewaltsame Befriedung von Konfliktbereichen.
Weil die sozialdemokratische Krisenmanagementpolitik mit dem bestehenden gewerkschaftlichen Apparat "leben" muß, gesellschaftliche Konfliktherde zwar eingrenzt und manipuliert, aber nicht austrocknet, Abweichung und Protest nicht einfach nur zusammenschlagen kann, läßt sie für die politische Arbeit linker Gruppen noch einen größeren Spielraum.
Deshalb die **zweite These:** Bei den Bundestagswahlen, auf anderen Ebenen, stehen sich deutlich unterscheidbare Herrschaftsformen und -wege gegenüber. Der Linken kann es schon um ihrer eigenen Arbeitsmöglichkeiten willen nicht gleichgültig sein, welcher dieser Wege festgetreten wird. Zugleich aber ist zu bedenken, daß die bevorstehenden Bundestagswahlen nicht alles entscheiden werden.

3. Die sozial-liberale Politik kann langfristig nicht durchgehalten werden

Unter der Prämisse der Verstärkung spätkapitalistischer Krisen wird die jetzt schon brüchige Massenintegration als Grundlage der sozialliberalen Politik langfristig nicht tragfähig sein. Die vom Weltmarkt ausgehenden Zwänge und die Resignation und Abwendung vieler Bürger, insbesondere der jüngeren, denen diese Gesellschaft keine sinnfällige Orientierung mehr zu geben vermag, sowie die für die Liberalen notwendige Sicherung ihrer Wählerbasis werden diese Koalition schrittweise zu weiterer Anpassung nach rechts drängen. Diese system-festgelegte und durch Selbstzensur nach links in ihrem Handlungsspielraum zusätzlich eingeschränkte Koalition kann durch scheinbare Sachzwänge getrieben keine Krisen-Alternative im Sinne grundsätzlicher Problemlösungen anvisieren. Deshalb kann sie auch keine politische Basis für sich in den Hoffnungen der Sichabwendenden mobilisieren, sondern muß immer mehr den Stimmen auf der rechten Seite nachjagen, damit wiederum die rechte Stimmung weiter stärkend. Deshalb kann ihre Unterstützung in Wahlen als kleineres Übel höchstens eine kurzfristige Bedeutung beigemessen werden. Langfristig muß eine linke Unterstützung schleichender Rechtsentwicklung sinnlos und gefährlich sein.
Die **dritte These:** Die Orientierungsperspektive für linke Politik in der BRD auf weitere Sicht liegt nicht in der Wahl zwischen CDU/CSU und SPD/FDP. Vielmehr geht es vorrangig um die Entwicklung einer konkreten gesellschaftsverändernden Praxis.

4. Statt Krisenmanagement Entwicklung von konkreten gegengesellschaftlichen Strukturen

Strukturell verhärtete, auf kompensatorische Konsumbefriedigung gerichtete Interessen

sind in der BRD so stark, daß sozialrevolutionärer Wandel weder schnell, noch von isolierten Randgruppen ausgehend denkbar ist. Es ist nur möglich, wenn ein überwiegender Teil der Bevölkerung in die praktischen Lern- und Veränderungsprozesse einbezogen ist. D.h. es geht nicht um die politische Taktik von Avantgarden, sondern um die Entwicklung einer Politik, die von allgemeinen gesellschaftlichen Interessen, Bewußtseinslagen und Erfahrungen ausgeht und sich nicht auf ein isoliertes "linkes Spektrum" bezieht. Und "Politik" heißt hier: Ansetzen an den vielfältigen sozialen Konflikten und Bewegungen, systematisch partikularisierten Krisenbereichen und Interessenstrukturen, konkrete Veränderung von Produktions- und Reproduktionsweisen, von Lebens- und Beziehungsformen, von Kommunikations- und Erfahrungsmöglichkeiten. Und das heißt auch: seine Interessen selbst in die Hand zu nehmen, sein Leben selber zu organisieren, zu lernen, daß das Vertrauen auf stellvertretende Interessenwahrnehmung, auf Staat und Institutionen immer schon illusionär ist.

Nur das (Weiter-)Entwickeln solcher Ansätze und Zusammenhänge, nur solche Politik kann für diejenigen glaubhaft und ermutigend sein, die sich im Stich gelassen fühlen. Zugleich ist radikale unmittelbare und autonome Interessenwahrnehmung der einzige Weg, innerhalb der bestehenden Institutionen und der Sozialdemokratie "reformistische" Tendenzen zu aktivieren und wie die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre gelehrt hat, ist institutioneller Reformismus eine Frage des praktischen Drucks "von oben".

Zuallererst geht es um die Bündelung und Verstärkung gesellschaftlichen Protests und Widerstands gegen die beiden Varianten des "Modell Deutschland" und gleichzeitig um die Arbeit an praktischen gesellschaftlichen Veränderungen, und nicht zuletzt darum, diese Praxis materiell und politisch zu sichern.

Eine solche, erst zu entwickelnde Politik, läßt sich in ihren Prämissen beschreiben:

- Sie muß unabhängig und undogmatisch sein, d.h. in ihr muß kreativ gelernt werden können aus eigenen Erfahrungen. Diese sicherlich widersprüchlichen Lernprozesse müssen miteinander vermittelt werden können.
- Sie muß deshalb nicht nur im formalen Sinne demokratisch sein. D.h., sie muß den unterschiedlichen Interessen, sozialen Bewegungen und Konflikten, reiche Artikulationsmöglichkeiten bieten. Dies bedeutet u.a., daß das radikaldemokratische Eintreten für die Menschen- und politischen Freiheitsrechte ein Lebensprinzip dieser neuen Politik ist.
- Sie muß eindeutig nicht-bürokratisch sein, und zwar sowohl in der Kritik der "realsozialistischen" Gesellschaften, wie auch jeder administrativ bevormundenden Verwaltung der Individuen.
- Sie muß ein Bewußtsein davon haben, daß die Wege zur Veränderung der Gesellschaft zwar lange und mühsam sind, aber daß es niemals darum gehen kann, Bedürfnisse und Interessen auf eine ferne Zukunft ("den Sozialismus") zu verschieben, und daß die längerfristigen Ziele sich erst aus dieser praktischen Arbeit heraus entwickeln werden.
- Sie muß sich selbst klar machen, daß ihre Basis nicht in Wahlstimmen liegt, sondern in der praktischen Unterstützung und Stabilisierung alternativer gesellschaftlicher Strukturen, daß erst von da aus "Wahldiskussion" sinnvoll werden.
- Und sie darf sich zum anderen nicht im subkulturellen Milieu einer linken Szene isolieren, muß auf das herrschende gesellschaftliche Institutionsgefüge verändernd einwirken.

Vierte These: Unmittelbare Aufgabe wäre es, die Grundsätze, Möglichkeiten und Probleme einer derartigen praktischen Politik von unten her zu präzisieren, die Bedingungen für Erfahrungs- und Lernprozesse zu erkennen, Ansätze miteinander zu konfrontieren, gegenseitige Hilfe zu leisten, die Gemeinsamkeit von Interessen zu erkennen und Interessenkonflikte offen auszutragen.

5. Stand- und Spielbeine einer 'neuen Politik' oder die institutionelle Ebene kann nicht immer ausgeklammert bleiben.

Gesellschaftliche Veränderung nach links im Sinne einer emanzipatorischen Alternative zu CSU/CDU-Herrschaftspfaden und SPD/FDP-Sackgassen ruht mit beiden Beinen auf der geforderten gegengesellschaftlichen, politischen Praxis. Ihre kräftige Entwicklung bietet die Grundlage auch in der politisch-institutionellen Ebene wirksam zu werden. Alle traditionell reformistischen Versuche, von den politischen Institutionen her eine solche Veränderung zu bewirken und die Basis den Bedürfnissen der Institutionen unterzuordnen, müssen – so die historische Erfahrung – scheitern.

Auf Dauer die politisch-institutionelle Ebene Ebene nicht ausgeklammert werden.

Dies aus folgenden Gründen:

- Die administrative und parlamentarische Ebene übt erheblichen Einfluß auf die Gestaltung des Lebens und die Durchsetzung von Veränderungen aus. Die Bedeutung von Protest- und Veränderungspotential in diesem Bereich darf deshalb nicht unterschätzt werden.
- Die Linke fällt nur allzu leicht in ihrem Engagement, wie auch Bürgerinitiativen und Einpunktansätze auf partikularen Gesichtspunkte zurück und erleidet durch Selbstausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben Realitätsverluste. Arbeit auf der institutionellen Ebene kann – bei aller Gefahr der systemimmanenten Einbindung – dem entgegenwirken.
- Die Fixierung auf die Wahl zwischen CSU/CDU und SPD/FDP beruht darauf, daß eine emanzipatorische Alternative hierzu für viele nicht als sinnvoll anstrebbare Möglichkeit vorstellbar ist. Die Wahl zwischen den Übeln führt vielfach zu Resignation. Dem Aufzeigen eines schwierigen, aber prinzipiell möglichen Weges, der auch bis auf die institutionelle Ebene reicht, kann deshalb ermutigend und mobilisierend wirken.

Eine solche Alternative auf der politisch-institutionellen Ebene setzt voraus, die an der Sozialdemokratie Orientierten für eine Umorientierung zugunsten einer Politik, die grundsätzliche Veränderungen anstrebt, zu gewinnen. D.h. unabdingbar, in kritisch-konstruktiver Absicht sozialdemokratischer Politik immer wieder mit alternativen politischen Problemlösungsvorschlägen öffentlich zu konfrontieren. Diese müssen gleichzeitig zwei Elemente enthalten: Gebrauchswertorientierung, die ein zentrales Element in der Politik der neuen sozialen Bewegungen (Ökologie- und Frauenbewegung, Bürgerinitiativen) geworden ist, wie auch die Bereitschaft, zu ihrer Durchsetzung mit Sozialdemokratie und sozialdemokratisch besetzten politischen Institutionen zusammenzuarbeiten. Dies wird freilich bei der SPD meist nicht auf Gegenliebe stoßen. Gelingt es jedoch diese gebrauchswert-orientierten Problemlösungen durch Basisarbeit und -verankerung breit als sinnvoll verständlich zu machen, kann die Sozialdemokratie vor die Wahl gestellt werden, zu kooperieren oder ihre Legitimation zu verlieren. Kann eine solche Politik entfaltet werden, so wird damit gleichzeitig langfristig eine Umorientierung von der sozial-liberalen Sackgassen-Koalition, auf eine politische Alternative anvisiert, die durch 'konfrontative' Kooperation zwischen dem weiten Spektrum der Linken, der Protestbewegungen und den Bürgerinitiativen einerseits und der Sozialdemokratie andererseits gekennzeichnet sein könnte. Da gebrauchsorientierte Lösungen tendenziell systemtranszendierenden Charakter haben, kann man – sicher mit vielen berechtigten Vorbehalten – eine solche Alternative als eine sozialdemokratisch-sozialistische bezeichnen. Fraglos beschreibt diese Perspektive keinen Königsweg, keinen Weg der Reinheit, sondern ein Sich-Einlassen auf bestehendes Massenbewußtsein und auf gesellschaftliche Realition mit allen Gefahren der eigenen Korrumpierung und Deformation im anvisierten Änderungsprozeß.

Diese strategische Orientierung hat jedoch eine weitere Hürde zu berücksichtigen, die in der Verstaatlichung der Sozialdemokratie selbst liegt. Wenn sie als "Kanzler-Wahlverein" die Schotten gegenüber sozialen Bewegungen und Konflikten dicht macht, stellt sich die Frage der Form von Einflußnahme auf das politisch-institutionelle Gefüge neu.

Ein Bestandteil der 'konfrontativen' Kooperation kann, soweit die Basis dafür entwickelt ist, auch die Beteiligung in der einen oder der anderen Form an Wahlen und an politischen Institutionen sein. Da Basis sich häufig zunächst aufgrund von Protest und Alternativen im Überschaubaren entwickelt, kann die politisch-institutionelle Arbeit in solchen Bereichen u.U. hier ihren Ausgang haben. Dies muß aber nicht unbedingt so sein: so, wenn, wie in der Ökologie, übergreifende Fragen Mobilisierung und Politisierung bestimmen.

Die **fünfte These:** Wenn auch das Schwergewicht politischer Arbeit bei der Basispraxis liegt, darf mit ihrer Entfaltung der politisch-institutionelle Bereich nicht ausgespart bleiben. Eine auf Gesellschaftsveränderung gerichtete Alternative zum CSU/CDU-Herrschaftsweg, die auf sozialdemokratisch-sozialistischer konfrontativer Kooperation beruft, kann möglicherweise als Zielbild dienen. Auch diese Alternative erfordert von der Linken

nicht monolithische Strukturen, sondern gerade das Gegenteil: eine bewegliche kommunikative und kooperative Verflechtung, die dem emanzipativen Ziel einer solchen politischen Alternative nicht entgegensteht, sondern sie fördert. Diese Zielsetzung ist unabdingbar, selbst wenn Zweifel an der Realisierbarkeit einer Strategie der konfrontativen Kooperation bestehen mögen und die strategische Orientierung als offenes Problem betrachtet wird.

6. Beteiligung an der Bundestagswahl?

Eine Beteiligung unter der hier angegebenen Perspektive (s. These 5) an den Bundestagswahlen 1980 ist nicht möglich. Dies nicht aus organisatorisch-technischen Gründen, sondern weil eine solche Orientierung einer ausführlichen Diskussion und Klärung bedarf und weil im Bundesmaßstab eine entsprechende Politik- und Praxis nicht entfaltet ist. Deshalb müßte eine Wahlbeteiligung 1980 unter dieser Perspektive den formalen Wahlakt derart in den Vordergrund rücken, daß alle 'Stellvertreter-Mechanismen' und alle Gefahren des Abgehobenseins voll zum Greifen kommen würden.
Möglich scheint dagegen, die Perspektive einer, wie oben gekennzeichnet, "Politik von unten" mit ihren Bedingungen und Implikationen in den aufbrechenden "Wahldiskussionen" zu thematisieren, deutlich zu machen, daß die Alternative zu Strauß, CSU und dem, was sie politisch repräsentieren, nicht wahltaktischer Art ist, sondern in der Entwicklung und Festigung eines radikal anderen politischen Terrains und in der Konsolidierung einer "gegengesellschaftlichen Praxis" liegt.
Die **sechste These:** Auch wenn eine Beteiligung an den Bundestagswahlen 1980 nicht sinnvoll ist, dürfen wir uns nicht aus den Auseinandersetzungen heraushalten. Wichtig ist es die Frage, was heute sozialistische Politik ist und sein kann, in diese Diskussionen einzubringen.
Eine solche Diskussion darf nicht als innerlinke geführt werden, sondern ist in den gewerkschaftlichen, sozial-demokratischen, kirchlichen und radikaldemokratischen Bereich hineinzutragen.
Dabei gilt es nicht, für eine bestimmte Wahlentscheidung zu plädieren, sondern sowohl auf die Notwendigkeit der Wahlbeteiligung, so wie auf eine Entscheidung unter der hier angedeuteten langfristigen Perspektive und einer Verhinderung der Strauß-Kanzlerschaft zu drängen.

7. Konsequenzen für das Sozialistische Büro

Das angedeutete Projekt beruht auf Prinzipien, die die SB-Arbeit bisher, zumindest dem Anspruch nach, bestimmt haben: Basisbezug, Selbsttätigkeit, Ablehnung von Stellvertreterpolitik, offene Lernprozesse und ihre diskursive Verarbeitung. Freilich hat das SB seine eigenen Ansprüche nur rudimentär in die Praxis umsetzen können. Deshalb wäre es illusorisch, das SB als 'die' alternative Organisation zu propagieren.
Das SB kann jedoch seine Möglichkeiten und Stärken in vier Bereichen einbringen:
- Gerade aufgrund seiner sozialen Zusammensetzung wäre das SB als Ort einer theoretischen, auf gesellschaftsverändernde Praxis gerichteten Diskussion neu zu beleben. Nicht nur den Sozialisten ist zunehmend unklar, was unter "sozialistischer Perspektive" unter gegenwärtigen Bedingungen sinnvoll gemeint sein kann (Stichwort: "Krise des Marxismus"). In verschiedenen sozialen Bewegungen (z.B. Ökologie und Frauenbewegung) haben sich theoretische Diskussionen entwikkelt, die voneinander isoliert sowohl die Vermittlung praktischer Erfahrungen wie auch gesamtgesellschaftlicher Veränderungsperspektiven nahezu verunmöglichen.
- Kampagnen und Aktionszusammenhänge (Pfingstkongteß, Russell, Alter-Öko etc.) haben nicht nur für das SB wichtige Anstöße gegeben, sie sind unerläßliche Motoren für eine politische Diskussion zwischen den unterschiedlichen politischen Strömungen und sozialen Protestbewegungen. Sie wären von Seiten des SB neu zu beleben.
- Gerade weil viele SBler in "normalen" Berufen stehen, vor allem in Sozial- und Bildungsinstitutionen arbeiten, bietet sich ihnen in ihrer Berufspraxis Möglichkeiten, Impulse aus verschiedenen sozialen Bewegungen, Alternativen etc. in die Institutionen einzubringen. Diese institutionelle Praxis ist als wichtiges Mittel gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung weiter zu entfalten.
- Schließlich könnten sich zumindest an einigen Orten, die regionalen und lokalen Gruppen als ein Fokus in einem Netzwerk von politischen Initiativen und Konflikten auf lokaler Ebene beim Aufbau von Gegenstrukturen wirksam werden.

Die **siebente These:** Die vorgeschlagene Politik, die dem konkreten Engagement gegen eine Politik, für die Strauß steht, Perspektive geben kann, gründet auf Prinzipien, die vom SB bisher vertreten wurden. Es kann deshalb bei ihrer Initiierung eine wichtige Rolle spielen, nicht zuletzt auch weil das SB am ehesten von den linken Gruppierungen in der BRD im gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen, kirchlichen, ökologischen und im radikaldemokratischen Bereich ernsthaft angehört wird.

ANDREAS BURO/
JOACHIM HIRSCH/
ROLAND ROTH

Das Erbe Somozas

In Nicaragua herrscht die Not. Nach dem Sieg über Somoza waren 60.000 Tote und Verwundete zu beklagen; Verkehrswege und Städte sind zerstört, Maschinen im Wert von ca. 200 Mio. Dollar wurden vernichtet. In einigen Sektoren der Landwirtschaft – etwa bei der Baumwolle – sind erhebliche Ernterückgänge zu erwarten, da die Aussaat unterblieb. Es fehlt an Lebensmitteln, Kleidung, Wohnungen und Medikamenten.

In Nicaragua geht es darum, die Folgen des Kriegs zugleich mit den Ursachen für jahrhundertelange Abhängigkeit und Unterentwicklung zu beseitigen, und das heißt, beim Ende des Somozismus nicht stehen zu bleiben. Die verelendete Bevölkerung des Landes jedenfalls hat um mehr gekämpft als um die Ablösung eines Diktators.
Die Koalition der Sieger allerdings ist in ihrer sozialen Zusammensetzung und damit ihren Zielen äußerst heterogen. Heute ist nicht absehbar, wann die Gegensätze zwischen exportorientierter Großgrundbesitzerklasse, kleiner Industriebourgeoisie, städtischen und ländlichen Kleinstbesitzern, sowie Land- und Industriearbeitern und gettoisierten "marginados" aufbrechen werden. Doch ein stiller Kampf um das, was "nationale Unabhängigkeit" ihrem materiellen Inhalt nach künftig bedeuten soll, vollzieht sich mitten im Wiederaufbau. Es ist zu befürchten, daß die Not die Weichen stellt.
Heute bleibt die Perpetuierung der alten Abhängigkeiten auch ohne die Somoza-Gang durchaus reale Möglichkeit. Vielleicht kann nie entschieden werden, ob "nationale Unabhängigkeit" lediglich die der einheimischen Bourgeoisie sein wird, oder die Beseitigung von Ausbeutung langfristig bedeutet.

Die ökonomische Struktur der Abhängigkeit

Die ökonomische Struktur der Abhängigkeit ist heute in Nicaragua kaum angetastet.
Deren Merkmale waren ein hypertroph entwickelter Agrarexportsektor, der Kaffee, Baumwolle und Zucker produziert, eine mit den vorhandenen Rohstoffen nicht verbundene Industrie, die den entstandenen zentralamerikanischen Markt belieferte und vor allem in der Hand der Multis war und immer noch ist. Die gesamte Infrastruktur des Landes war darauf ausgerichtet. Verkümmert ist die agrarische und industrielle Binnenproduktion. Dem konzentrierten Großgrundbesitz der Plantagenwirtschaft steht ein erbärmlicher Kleinstbesitz für die Eigenproduktion gegenüber. Eine schwache importsubstituierende Industrie findet einen nur engen Binnenmarkt. Alle neu erschlossenen Ressourcen (etwa die Fischgründe vor der Küste oder der Walt des Ostens) sind bisher wiederum nur für den Export verwertet worden.
Die neue Regierung hat mit der Enteignung der Somoza-Gang und ihres Anhangs und der Übernahme der Banken einen großen staatlichen Sektor geschaffen. Die Firma Somoza umfaßte Viehhaziendas, Baumwoll-Kaffee- und Zuckerplantagen (ca. 1/3 des bebaubaren Landes) und ca. 40% des Industriepotentials (Brauereien, Textilfabriken), dazu Bau- und Transportunternehmen, beträchtlichen städtischen Grundbesitz (der nach dem Erdbeben berüchtigt wurde, als Managua auf Somoza-Grund wiederaufgebaut wurde) und kontrollierte zumindest indirekt die gesamte Kreditvergabe im Land, Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen. Auf den ersten Blick ist dies ein stattliches Potential. Doch ein erheblicher Teil davon ist extrem weltmarktabhängig, ein anderer auf Zollschutz und ausländische Rohstoffbasis angewiesen. Der neue staatliche Sektor erscheint extrem labil und von außen verwundbar. Zudem ist klar, daß sich eine Ernährung der Bevölkerung aus dem Land (bisher mußten Lebensmittel importiert werden) und Beibehaltung monokultureller Produktion langfristig nicht vertragen.
Es scheint in der Regierung Einigkeit darüber zu bestehen, daß der neue staatliche Sektor, die Ressourcen für eine planvolle Entwicklung

einer neuen, den vornandenen Möglichkeiten entsprechenden ökonomischen Struktur bereitstellen sollte, wobei zunächst ungeklärt bleibt, ob eine vorsichtige Industrialisierung oder die Nahrungsmittelproduktion für den Binnenmarkt im Vordergrund stehen sollte. Nicht entschieden ist auch die Frage, ob mit einem derartigen Programm mehr gemeint ist als die Ausbildung eines inneren Marktes durch Mindestlöhne, Kredite, Subventionen, ob, mit anderen Worten, eine industrielle Bourgeoisie oder ein Bauerntum aus der ehemaligen Exportstruktur finanziert wird oder staatliches Eigentum, wenn nicht andere Formen kollektiven Besitzes ausgedehnt werden. Diese Frage ist nur durch Klassenauseinandersetzungen zu beantworten.

Die Not und die Kredite

Aktuell ist allerdings an Entwicklungsstrategien so oder so kaum zu denken. Die Stärkung des Exportsektors ist zur Zeit notwendig, weil nur er die nötigen Devisen bringt (außerdem sind in ihm rasch Arbeitsplätze geschaffen worden). Und diese sind dringend erforderlich, denn es fehlt fast an allem. Durch die Hintertür schleicht sich der alte Somozismus, nur ohne Somoza. Er bekommt kräftige Hilfe von außen. Internationale Kredite etwa die Venezuelas oder des Mittelamerikanischen

Währungsfonds sind "projektgebunden", d.h. im Klartext, sie zielen auf die "Wiedereingliederung Nicaraguas in die mittelamerikanische Wirtschaftsintegration". Sie zielen auf Begünstigung der zumeist im Besitz der Multis befindlichen Industrie, die Nicaragua lediglich als Billiglohnland für den mittelamerikanischen Markt benutzt.
Andere Kreditzusagen wurden bisher offenbar noch nicht erfüllt. Innenminister Borge hat jüngst noch einmal appelliert und darauf verwiesen, daß das Land bedeutend weniger Kredit bekam als bei dem Erdbeben 1972 (als die Hilfsgelder bekanntlich Somoza in die Tasche flossen), sie aber noch dringender als damals brauche.
Der Druck von außen wird sich weiter verstärken, denn die Ereignisse in Nicaragua haben erhebliche Folgen für die Nachbarländer. Der Zentralamerikanische Markt liegt in Agonie. Das Ausscheiden Nicaraguas als Produzent, Exporteur und Importeur hat in Nachbarländern zu Absatzschwierigkeiten und Versorgungsengpässen geführt. Eine weitere Abwertung der nicaraguanischen Währung (bereits im April des Jahres wurde sie auf Drängen des Weltwährungsfonds um 42,8% abgewertet) würde eine Kettenreaktion in den Nachbarländern auslösen; insbesondere wären die Exportwirtschaften Costa Ricas und Salvadors betroffen. Der Sieg über Somoza hat zudem besonders in Guaremala und El Salvador zu einer erheblichen Kapitalflucht geführt. Hinzu kommt, daß die zentralamerikanischen Länder insgesamt durch Erdölverteuerung und sinkende Agrarexportpreise in einer schwierigen Situation sind und mit beträchtlichen Handels- und Zahlungsbilanzdefiziten zu kämpfen haben. In der Region steht eine Destabilisierung überkommener Herrschafts- und Ausbeutungsformen bevor, die die herrschenden Klassen und der Imperialismus nicht hinnehmen werden.
Ein weiteres schwerwiegendes Problem hat sich die Regierung selbst geschaffen, indem sie einen Teil der Auslandschulden der Diktatur anerkannte. So auch den skandalösen Kredit des Weltwährungsfonds an Somoza vom Juni, von dem im Juli 11 Millionen Dollar noch ausbezahlt wurden (!). Insgesamt betragen die anerkannten Auslandschulden über eine Milliarde Dollar, was dem Bruttoinlandprodukt eines Jahres entspricht.

Die "Pragmatiker" und die Sandinistas

Die Bedingungen für die Entwicklung eines unabhängigen Nicaragua sind heute nicht günstig. Das Handelsblatt beruhigte bereits seine Leser mit dem zynischen Hinweis, daß in Nicaragua die "Pragmatiker in der Wirtschaftspolitik das Sagen" hätten. Noch freilich ist nichts endgültig entschieden.
Die Maßnahmen der Regierung sind für Bourgeoisie und Grundbesitz vorläufig akzeptabel. Nur Somoza wurde enteignet, Agrarreform auf Somoza-Land, Aufbau eines Gesundheitswesens und Schulsystems, staatliche Lohngarantie sind auch Maßnahmen, die den inneren Markt stärken.
Dies bedeutet Zeitgewinn für die Sandinistas, die mit großer Energie um rasche Verbesserung der Situation auf dem Land und in der Stadt kämpfen und Alphabetisierungskampagne, Aufbau von Krankenhäusern, Wohnraumbeschaffung mit der Bildung selbstverwalteter Basiskomitees zu verbinden versuchen, daneben den Ausbau von Gewerkschaften betreiben. Die Geduld der verelendeten Schichten ist groß, obwohl sich die Lage unmittelbar nur geringfügig verbessert hat. Sie stehen zu den Sandinistas. Konflikte jedoch deuten sich an. Die Probleme der Agrarreform sind unermeßlich groß. Es fehlt den neugebildeten Kooperativen an Geld für Löhne, Saatgut und technischem Gerät. Hier und da wird von Streik auf den Staatsgütern gemunkelt. Unzufriedenheit herrscht auch unter den Landarbeitern, die noch auf Privatbesitz leben. Sie fordern die Freiheit der Staatsgüter auch für sich und meinen damit Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Hoffnung kann leicht in Enttäuschung umschlagen. Es ist ungewiß, ob sie sich noch einmal zum Stoß gegen Ausbeutung und Herrschaft versammeln läßt, ob die Ausgebeuteten etwa gegen einen demagogischen Populismus immun sind. Die Macht der Waffen, die heute zweifellos in Händen der Sandinistas ist, wird nichts ausrichten, wenn ihr einmal die soziale und politische Basis fehlt.

JENS HUHN

Vietnam

Drei Thesen zur Diskussion

I.

Vietnam wurde Ende der sechziger Jahre zum Schlüsselerlebnis der Neuen Linken in der Bundesrepublik. Die Politisierung einer ganzen Studentengeneration sowie zahlreicher Schüler und Lehrlinge wurde wesentlich durch das Ereignis und die Erfahrung des Vietnamkrieges in Gang gesetzt. Die massive militärische Intervention der USA und ihre zunehmend brutalere Kriegsführung auf der einen Seite, der unbeugsame Widerstand der nationalen Befreiungsbewegung des Vietcong und weiter Teile der vietnamesischen Bevölkerung gegen die amerikanischen Invasoren und das von ihnen gestützte korrupte und ausbeuterische Saigoner Regime andererseits, wurde für die Außerparlamentarische Opposition hierzulande zum Anlaß, die Floskel von der "Freien Welt", um deren Verteidigung es in Vietnam angeblich ging, kritisch zu hinterfragen. Dabei entdeckte man die politischen und ökonomischen Machtinteressen der USA und ihrer westeuropäischen Verbündeten in Vietnam und anderswo in der Dritten Welt. Der nächste Schritt war die Entdeckung und Auseinandersetzung mit den Herrschaftsverhältnissen im eigenen Lande, der Kluft zwischen demokratischem Anspruch und autoritärer, repressiver Wirklichkeit. So war Vietnam letztlich zum Ausgangspunkt eines politischen Bewußtwerdungsprozesses geworden, der es erlaubte, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Zustände in der Bundesrepublik deutlicher wahrzunehmen und mit praktisch-politischen Alternativen darauf zu reagieren.

II.

So sehr der Vietnamkrieg also dazu beigetragen hat, die bundesrepublikanische Realität besser zu verstehen, so hat doch auf der anderen Seite die Solidarität mit dem Unabhängigkeitskampf des vietnamesischen Volkes und die Bewunderung seiner Widerstandskraft gegen einen scheinbar übermächtigen Gegner zur Verklärung der sozialen Möglichkeiten und der voraussichtlichen politischen Zukunftsperspektiven für ein Nachkriegsvietnam geführt. Offensichtlich sind viele Anhänger der Neuen Linken bis heute der Auffassung, in Nordvietnam und seit 1975 in ganz Vietnam handele es sich um den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Der nationale Unabhängigkeitskampf Vietnams zuerst gegen

Frankreich und anschließend die USA, der Kampf gegen koloniale Abhängigkeit wie gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung, ist in der linken Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg immer wieder gleichgesetzt worden mit einem Kampf für den Sozialismus in Vietnam. Der unbeirrbare Widerstand der nordvietnamesischen Kommunisten und des Vietcong gegen die ausländischen Eindringlinge und die einheimische Marionettenregierung im Süden und die Unterstützung dieses Widerstands durch einen beachtlichen Teil der vietnamesischen Bevölkerung verband sich für die Neue Linke mit Vorstellungen von freiwilliger Masseninitiative, demokratischer Massenbeteiligung etc., die den tatsächlichen Bedingungen eines in einen mörderischen Krieg verwickelten Landes wohl kaum entsprechen dürften. Vietnam war nicht nur – und das zurecht – "Symbol erfolgreichen Engagements gegen den Aggressionskrieg", die Solidarität der Protestbewegung galt ihm auch "im Namen einer Gesellschaftsorganisation mit breiter Massenbeteiligung", wie Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack schreiben (FR vom 29.8.79). Ein solcher Mythos mag verständlich sein, weil Politik eben nicht nur mit dem Verstand, sondern auch mit dem Herzen gemacht wird, aber er darf uns heute nicht länger den Blick auf die soziale und politische Realität Vietnams verstellen. Es war die erklärte Absicht der Pentagonstrategen, Vietnam, wenn nötig, "in die Steinzeit zurückzubomben" (General Westmoreland); das ist ihnen zumindest teilweise gelungen: große Landstriche Vietnams sind heute eine ökonomische und ökologische Wüste. Hunger, Entbehrungen aller Art und unsäglich harte Arbeit werden für lange Zeit das Leben der Menschen in diesen Gegenden bestimmen. Unter diesen Voraussetzungen mit einer Entwicklung zu rechnen, die sich auch nur annähernd mit dem Attribut "sozialistisch" charakterisieren ließe, erscheint schlichtweg absurd. Langfristig gesehen dürfte die wahrscheinliche Entwicklungsrichtung Vietnams die des "nichtkapitalistischen Weges zur Industriegesellschaft" (Bahro) sein, wobei die Hinterlassenschaft des Krieges, die Zerstörungen und Verwüstungen an natürlichen Ressourcen wie an menschlichen Fähigkeiten und Energien, als besonders schwerwiegende Hypothek hinzutritt. Wie die geschichtliche Erfahrung anderer Länder zeigt, ist der nichtkapitalistische Weg der Industrialisierung politisch mit einem mehr oder minder autoritären oder diktatorischen Herrschaftssystem verbunden. Es erscheint unwahrscheinlich, daß Vietnam in dieser Hinsicht eine Ausnahme darstellt: Die Politik der Regierung des wiedervereinigten Vietnam trägt alle Anzeichen einer Erziehungsdiktatur, die unter der Parole des "Marxismus-Leninismus" den Massen äußerste Anstrengungen und härteste Opfer abverlangt. Daß die Mehrheit der Bevölkerung bis jetzt die Anordnungen der politischen Führung befolgt, darf nicht mit demokratischer Zustimmung verwechselt werden, die verzweifelte Lage des Landes läßt den Menschen kaum eine andere Wahl.

III.

Die Einsicht, daß der nationale Befreiungskampf der Vietnamesen keine wirklich sozialistische Perspektive hatte und daß Vietnam heute kein sozialistisches Land (auch kein sozialistisches Entwicklungsland) ist, annulliert in keiner Weise im nachhinein die politische Richtigkeit und die moralische Legitimation der weltweiten Solidaritäts- und Protestbewegung gegen die imperialistische und barbarische Aggressionspolitik der USA. Die nationale Unabhängigkeit und die selbständige Verfügung über die eigenen Ressourcen und das eigene Potential humaner Kräfte bedeutet die einzige Alternative, die den Ländern der Dritten Welt überhaupt eine Entwicklungschance einräumt. Die Einsicht, daß es im heutigen Vietnam also nicht um die Verwirklichung des Sozialismus geht, sollte allerdings für unsere zukünftige politische Haltung gegenüber Vietnam sowie das Selbstverständnis unserer Solidarität Konsequenzen haben.

Foto: Rose

Das heißt z.B. konkret: Wir müssen aufhören, von den "vietnamesischen Genossen" zu reden, die wir unter Hinweis auf "ihren Sozialismus" vor den schädlichen Folgen ihres Verhaltens gegenüber der chinesischen Minorität warnen, wie es Dany Diner in "links" (Nr. 114) tut. Es wirkt naiv und peinlich zugleich, wenn er der vietnamesischen Führung statt "Landesverweis der chinesischen Minderheit" (weil ihr Händlertum die politischen Kader korrumpiert) die "Bestrafung der Kader im Sinne revolutionärer Moral" empfiehlt. Mit derartigen Phrasen wird nur wiederum die Fiktion vom sozialistischen Aufbau in Vietnam aufrechterhalten, die uns gerade eine realistische Sicht der wirklichen Verhältnisse verschließt. Die offizielle Ideologie des "Marxismus-Leninismus" darf in Vietnam sowenig mit Sozialismus verwechselt werden wie etwa in Osteuropa. Vam Van Dong, Le Duan und die anderen politischen Führer Vietnams können streng genommen genausowenig "unsere Genossen" sein wie Erich Honnecker, Leonid Breschnew oder Pol Pot "unsere Genossen" sind (letzterer galt vielen wohl auch solange als Genosse, bis nicht mehr zu übersehen war, daß es sich um einen Massenmörder handelt). So wird man – um ein anderes Beispiel zu nehmen – die Beseitigung des Pol Pot-Regimes in Kambodscha, das Völkermord an der eigenen Bevölkerung beging, durch die vietnamesische Intervention unter menschlichen Gesichtspunkten nur mit Erleichterung als Tatsache zur Kenntnis nehmen, allerdings ohne der vietnamesischen Militäraktion die höhere Weihe eines "sozialistischen Internationalismus" oder "uneigennütziger Bruderhilfe" zu verleihen.

Es kann für die Neue Linke mithin keine **besondere politische** Solidarität mit den **Regierenden** in Vietnam oder Kambodscha geben, sondern nur politische und moralische Unterstützung **der Menschen** in beiden Ländern, soweit sie gegen imperialistische Aggression von außen und feudal-kapitalistische parasitäre Machthaber im Innern gekämpft haben und noch lange an dem ihnen zugefügten Leid zu tragen haben werden. Unsere nach wie vor gültige und nötige Solidarität mit diesem Kampf um nationale Unabhängigkeit und das Recht auf eine eigenständige Entwicklung basiert jedoch auf der Anerkennung eines allgemeinen Völker- und Menschenrechts und weniger auf einem vermeintlichen sozialistischen Zielinhalt. Erst wenn sich zu einem späteren Zeitpunkt in diesen Ländern eine wirklich sozialistische Opposition entwickeln sollte, wird diese mit unserer besonderen politischen Solidarität rechnen dürfen, ebenso wie gegenwärtig die demokratische und sozialistische Opposition in Osteuropa.

Im Hinblick auf die aktuelle Berichterstattung in den Medien und die dort betriebene politische Instrumentalisierung des Flüchtlingselends sollte die Linke nach Kräften für eine den historischen Wahrheiten und den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Gegeninformation sorgen. Dazu gehört auch, daß sie aufhört, das sozialistische Szenario zu beschwören. Die Lage in Vietnam und Kambodscha ist heute nicht weniger dramatisch als auf dem Höhepunkt der Einwirkung der amerikanischen Kriegsmaschinerie und ihres Bombenterrors. Die durch die Ausrottungspraxis der Roten Khmer bereits stark dezimierte Bevölkerung Kambodschas ist inzwischen durch eine drohende Hungerkatastrophe in ihrem Bestand gefährdet. Die Linke sollte deshalb alle Möglichkeiten nutzen, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, daß sie nicht nur den Flüchtlingen hilft, sondern endlich auch die versprochene Hilfe an Vietnam leistet. Darüber hinaus stünde es der Linken gut an, wenn sie sich ihrerseits zu einer breit angelegten materiellen Unterstützungsaktion aufraffen könnte. Schließlich verdankt sie dem Kampf der Völker Indochinas einen Gutteil ihrer eigenen politischen Identität. Auch dadurch steht sie in der Schuld der Menschen in Vietnam und Kambodscha.

HANS-WILLI WEIS

Jedenfalls stimmen wir darin überein, daß Genußsucht eine der größten Tugenden ist. Wo sie es schwer hat, oder gar verlästert wird, ist etwas faul.

(Brecht,, Flüchtlingsgespräche)

Seit dem 27.10.79 gibt es wieder einen Treffpunkt der hannoverschen Linken. Neben einem großen Weinangebot, einigen Fressalien, sollen vor allen Dingen polit-kulturelle Veranstaltungen, u.a. Musik- u. Filmvorführungen die Szene wieder beleben.

Näheres bei: **Club Voltaire, Bergmannstr. 7/Ecke Escherstr., 3000 Hannover 1, Tel. 0511/15173**

Vom Ostermarsch zum Trauermarsch

So lautete die provokative Fragestellung einer Podiumsdiskussion, die den Anti-Kriegs-Kongreß des Sozialistischen Büros vom 28.-30.9.1979 in Frankfurt/Main abschloß. 250 Antimilitaristen aus der ganzen Bundesrepublik waren zu diesem Arbeitskongreß zusammengekommen, um sich in den Arbeitsgruppen, die den Schwerpunkt des Kongresses bildeten, über den gegenwärtigen Diskussionsstand in der antimilitaristischen Theorie- und Strategiearbeit zu verständigen.

Im Mittelpunkt des Interesses standen die Arbeitsgruppen zum Verhältnis von Rüstung und Ökonomie, zu den sozialpsychologischen Ursachen für die Bereitschaft zu kriegerischen Auseinandersetzungen, zu der Frage der besonderen Gewaltförmigkeit preußisch-deutscher Geschichte und den antimilitaristischen Gegenstrategien, die von der sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegung zur Abwehr und Überwindung dieses preußisch-deutschen Militarismus entwickelt worden sind. Starkes Interesse fanden auch die Arbeitsgruppen, die sich mit dem Verhältnis von Sozialisten zur Kriegsproblematik und zur Militärfrage auseinandersetzte; (und dies nicht zuletzt durch die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den sich als sozialistisch bezeichnenden Staaten wie Vietnam, China und Kambodscha zu Beginn dieses Jahres), sowie die Arbeitsgruppe, die versuchte, nach den (unterschiedlichen) Erfahrungen in Vietnam, Chile, Portugal, Peru oder – um die nicht abschließende Aufzählung zu beenden – Iran eine allgemeinere Einschätzung des Verhältnisses von Militär und sozialer Bewegung zu finden.

Überholter Ökonomismus

Selbstverständlich ist es noch zu früh, ein Fazit der intensiven und anregenden Diskussionen des Kongresses zu ziehen. Dies wird Aufgabe der nächsten Wochen und Monate sein müssen. An dieser Stelle kann nur der Versuch unternommen werden, einige allgemeinere Stränge der Diskussion des Kongresses darzustellen, die Umorientierungsprozesse in der antimilitaristischen Bewegung anzudeuten scheinen. Zunächst einmal bleibt festzuhalten, daß der strenge Ökonomismus, der die antimilitaristische Bewegung (soweit sie sich als sozialistisch versteht) bisher weitgehend geprägt hat, überholt ist und in die Mottenkiste der Geschichte verwiesen werden kann. Die starke sozialpsychologische Orientierung des Kongresses entsprang nicht etwa individuellen Vorlieben der Veranstalter und Organisatoren des Kongresses, sondern der Erfahrung des Versagens bisheriger Erklärungsansätze von Militarismus und Krieg wie auch der antimilitaristischen "Agitation" in der Vergangenheit. Militarismus und Krieg sind nicht bruchlos aus der Kapitallogik oder aus den Interessen der monopolitischen Industriekreise zu erklären, denn Kriege werden nicht von "dem Kapitalismus" oder "dem Imperialismus" geführt, sondern von konkreten Menschen mit allen ihren Wünschen, Bedürfnissen und Leiden. In der ganz überwiegenden Mehrzahl haben diejenigen, die letztlich für die Interessen der jeweils Herrschenden auf den Schlachtfeldern geopfert werden, für diese oder jene Ideologie oder für den Fortschritt der Menschheit (Abermillionen von Toten als Trittsteine der Geschichte) keinerlei Interesse an der Führung von Kriegen. Und dennoch bleibt die Erfahrung, daß 1914 die europäische Arbeiterklasse begeistert in den Krieg gegen ihre Klassengenossen zog nach dem Motto: "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch im Frieden, fahrt Euch an die Gurgel im Krieg!". Auch steht fest, daß vor 40 Jahren beim Überfall der Truppen Hitler-Deutschlands auf Polen zwar kein Jubel mehr herrschte, daß aber doch Widerstand gegen die militärische Aggression Hitlers nicht zu finden war. Dies mit dem Verrat der Arbeiterklasse durch ihre sozialdemokratischen Führer erklären zu wollen, wie es innerhalb der KPs noch heute üblich ist, oder gar mit dem Niederkartätschen des Spartakusaufstandes durch den sozialdemokratischen "Bluthund" Noske im Januar 1919, wie es einige Kader der "Trotzkistischen Liga" den Teilnehmern des Kongresses als "Geschichtliche Wahrheit" einzubrüllen versuchten, greift offensichtlich zu kurz. Wundern muß man sich nur, daß bisher kaum eine Strömung (vielleicht mit Ausnahme der anarcho-syndikalistischen) der Arbeiterbewegung irgendeine Konsequenz aus dem Scheitern des proletarischen Antimilitarismus und Internationalismus gezogen hat; im Gegenteil lasten diese Konzepte, die so offensichtlich versagt haben, auch heute noch wie ein Alp auf den Gehirnen der antimilitaristischen Linken.

Zu erklären und zu verstehen bleibt also, aus welchen Gründen Menschen entgegen ihren objektiven Interessen voller Begeisterung in einen Krieg ziehen – welche Wünsche und Bedürfnisse sie – nicht nur als Ergebnis von Verrat und Manipulation seitens der Herrschenden – in perventierter Form im Krieg befriedigen, wie genau menschliche Sinnlichkeit in Familie, Schule und den anderen Instanzen bürgerlicher Sozialisation so verbogen wird, daß die Individuen ihre eigene Destruktion und die der anderen betreiben. Das Problem, das auch dieser Kongreß noch nicht klären konnte, liegt darin, die konkreten Vermittlungen zwischen objektiver gesellschaftlicher Struktur und deren Bewegungsgesetzen einerseits und individuellen psychischen Strukturen bzw. bestimmten Sozialcharakteren andererseits zu ermitteln. So ist zwar der bisherige krude Ökonomismus – auch als Ergebnis der Diskussion über Theweleits "Männerphantasien" – aufgegeben. An seine Stelle aber tritt häufig noch ein tendenziell ebenso unvermittelter Subjektivismus, der manchmal in Irrationalismus umschlagen kann.

Zur Kritik des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit

Die beschriebene Umorientierung der antimilitaristischen Bewegung wird aber auch dadurch erleichtert, daß neuere Untersuchungen über das Verhältnis von Rüstung und Ökonomie ergeben haben, daß Rüstung im Kapitalismus aus ökonomischen Gründen nicht schlechthin unverzichtbar ist. Ökonomische Äquivalente für Rüstung stehen bereits im Kapitalismus zur Verfügung. Rüstungsproduktion im Kapitalismus ist nur insofern unverzichtbar, als sie den bewaffneten Arm der Staatsgewalt mit Waffen für die Sicherung der herrschenden Verhältnisse nach innen und außen beliefert. Damit ergibt sich für die antimilitaristische Bewegung aber auch schon im Kapitalismus ein Spielraum für eine Abrüstungsforderung, wenn auch die totale Abrüstung im Kapitalismus (wie im ebenfalls herrschaftlich strukturierten Realsozialismus) aus Gründen der Herrschaftssicherung ein unrealisierbarer Traum bleiben muß.
Die Kritik an der gegenwärtigen Abrüstungsbewegung, wenigstens soweit sie sich an dem Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit orientiert, setzte denn auch vor allem an diesem Punkt an. Da es keine realistische Einschätzung der Chancen und Grenzen von Abrüstung hat, kann es im Grunde genommen keine Abrüstungsstrategie entwickeln und muß in Appellen an Staaten und Regierungen verbleiben, die in ihrer hohlen Phraseologie (scheinradikale Forderungen an Gott und vor allem an die Welt(regierungen), Pathos statt rationaler Analyse der bestehenden Schwierigkeiten und Möglichkeiten, fehlende

Sommerschulen des Sozialistischen Büros 1980

Nach dem erfolgreichen Verlauf der Sommerschule '79 "Anders arbeiten – Anders leben" (siehe "links" Nr. 112/113) sind für nächstes Jahr drei Sommerschulen in Planung (sowie die erste Winterschule – allerdings erst für Ende '80):
Drei Sommerschulen werden nach den jetzigen, noch sehr vorläufigen Planungen zu folgenden Themen stattfinden:
Sommerschule I (Ostern '80): Arbeiterbewegung und Alternativbewegung/Genossenschaften und Selbstverwaltung – einst und heute. Ein Vorbereitungstreffen findet statt am Wochenende 15./16. Dezember 1979 in Nürnberg.
Sommerschule II (Ostern '80): Erfahrungen, Erfolge und Probleme in alternativen Projekten – Am Beispiel von Alternativ-Pädagogik-Projekten. Ein Termin für ein Vorbereitungswochenende liegt noch nicht fest.
Sommerschule III (Pfingsten '80): Veränderungen von Politik und Kultur unter dem Einfluß der Alternativbewegung. Ein Vorbereitungstreffen findet statt am Wochenende 1./2. Dezember 1979 in Köln.
Ein allgemeines Vorbereitungstreffen für alle drei Sommerschulen haben wir für das Wochenende 19./20. Januar 1980 in der ASH Frankfurt angesetzt. Wer Informationen über die Sommerschul-Planungen '80 wünscht und auch selbst an der Vorbereitung aktiv teilnehmen möchte, wende sich an: Projekt Sommerschule, Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Tel.: 0611/82006. Dort gibt es auch für alle, die daran teilnehmen möchten, die genaueren Informationen über die geplanten Vorbereitungstreffen.

Handlungsperspektiven) immer mehr verkommen; nicht anders geht es übrigens den Gewerkschaften, die sich ebenfalls bei den diesjährigen Anti-Kriegstags-Veranstaltungen nach ihrer antimilitaristischen bzw. Abrüstungsstrategie vergeblich fragen lassen mußten. Der Bündnischarakter des Komitees auf der Basis politischer Programmatik statt auf der Basis der realen Bewegung, die Angst vor der offenen und öffentlichen Diskussion über verschiedene Vorstellungen und Strategien in dem Komitee, der Versuch, um des einheitlichen Auftretens der Demonstrations- und Kundgebungsteilnehmer willen Parolen und Aktionsformen ausschließlich von oben her vorzugeben und – wie teilweise geschehen – im Zweifelsfall auch mit Gewalt durchzusetzen, lassen – unabhängig von einer notwendigen Kritik der inhaltlichen Positionen des Komitees – dieses als politisches Relikt der 50er Jahre erscheinen. Die Bedeutungslosigkeit dieses Komitees wird in den nächsten Jahren noch deutlicher werden.
Es ist das gemeinsame Kennzeichen aller Anti-Kriegs-Bewegungen der letzten 20-30 Jahre, daß sie solange ihren Charakter als Massenbewegungen bewahren konnten, solange sie allen Strömungen ihr ihrer ganzen Vielfalt politischen Raum in der internen Diskussion wie im öffentlichen Auftreten gaben. Jeder Versuch aber, einer direkten Steuerung und einer Dominanz von oben (vor allem von Seiten der Sozialdemokratie, die ihre Unterstützung dieser Bewegungen immer dann aufgab, wenn sich diese aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem politischen System in einem Maße radikalisierte, daß über den politischen Rahmen hinausführte und von ihr nicht mehr kontrollierbar war), führte schließlich zum Zerfall dieser Bewegungen. Die sinkende Resonanz des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit ist unter dieser Perspektive kein Indiz für die zunehmende Bedeutungslosigkeit der antimilitaristischen Bewegung insgesamt, sondern nur die Folge eines Unvermögens der Organisatoren dieses Komitees, die politischen Erfahrungen der 60er Jahre aufzunehmen und politisch zu wenden.

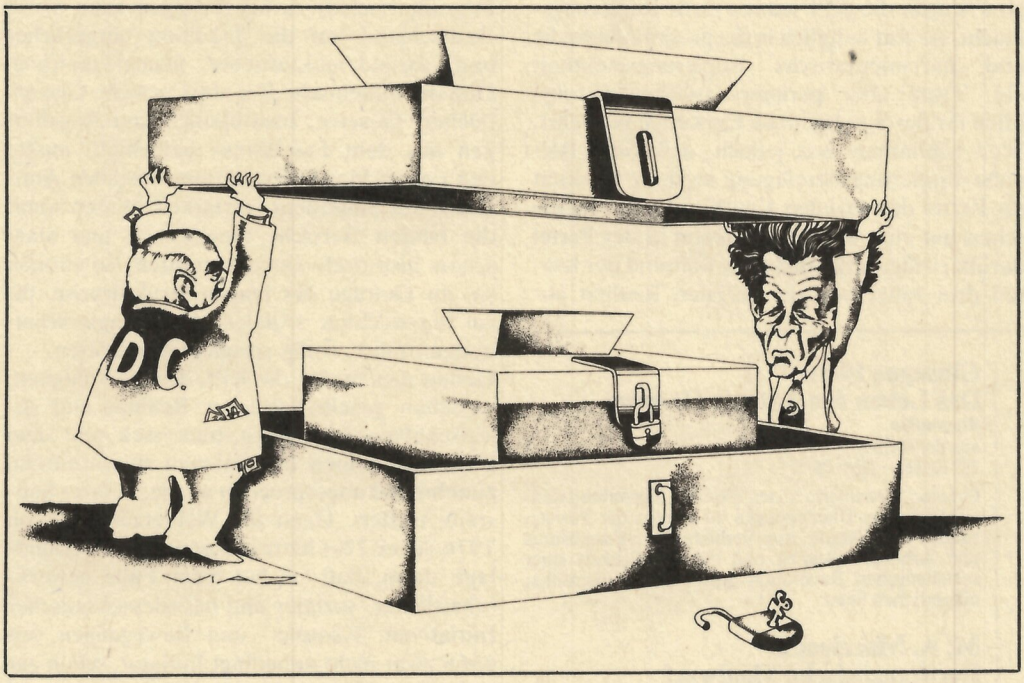
Betroffenheit, Selbstorganisation und Kooperation

Eine dieser Erfahrungen ist die Bedeutung der subjektiven Betroffenheit bzw. des materiellen Interessiertseins für das individuelle politische Engagement, das sich erst in der aktiven politischen Auseinandersetzung mit einem Gegenstand oder einer Situation (Atomkraftwerke, Truppenübungsplätze oder Munitionslager, der staatlich erzwungene Gesinnungs-TÜV der Kriegsdienstverweigerer) zu einem bewußteren, auf gesamtgesellschaftliche Änderungen abzielenden politischen Bewußtsein entwickelt. Eine weitere Erfahrung ist die Bedeutung der Selbstorganisation und der Möglichkeit, sich selbst als Person in die politische Arbeit und die politische Aktion einzubringen. Vor diesem Hintergrund ist die antimilitaristische Bewegung als reale Bewegung nicht (mehr) unbedingt in den entsprechenden Organisationen wie dem Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit oder der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner repräsentiert, sondern findet dort statt, wo Bürger beginnen, sich gegen Truppenübungsplätze und Munitionslager zu wehren; wo Rüstungsarbeiter anfangen über eine sinnvolle, am gesellschaftlichen Bedarf orientierte Produktion nachzudenken; wo Frauen beginnen, sich am Beispiel der Frage, ob Frauen um der rechtlichen Gleichstellung willen um den Zugang zur Bundeswehr zu kämpfen, mit der Frage der militärischen Gewalt sowie der Frage des alltäglichen Militarismus in der männlichen wie in der weiblichen Sozialisation in dieser Gesellschaft, die weit über den Bereich der direkten Sozialisation in der Bundesrepublik hinausreicht, auseinanderzusetzen; wo AKW-Gegner zu der Erkenntnis gelangen, daß nicht nur die atomaren Anlagen – Abteilung zivile Produktion – eine Gefahr darstellen, sondern auch die über 5000 in der Bundesrepublik gelagerten Kernwaffen (zum großem Teil vom Hiroshima-Kaliber und größer). Die Aufzählung ließe sich sicherlich noch erweitern.
Das Problem dieser Umorientierung besteht allerdings darin, daß diese Bereiche bisher weitgehend nebeneinander her arbeiten. Notwendig wäre ein Zusammenfließen der verschiedenen Ansätze in einer Bewegung, in der bei weitgehender Wahrung der Unabhängigkeit der verschiedenen Bereiche und ohne alle Dominanzbestrebungen diese Ansätze doch zu einer aktionsbezogenen Kooperation fänden. Ein weiteres Problem struktureller Art liegt darin, daß der produktive Ansatz einer antimilitaristischen Arbeit im gesellschaftlichen Nahbereich nicht dazu führen darf, daß der Bereich der "großen Politik" vollständig aus der Arbeit ausgeblendet bleibt.

Trotz aller berechtigten Kritik an dem SALT II-Abkommen, das im wesentlichen wie alle bisherigen Abkommen über Rüstungskontrollmaßnahmen lediglich die Richtung des weiteren Aufrüstens festschreibt, sind die verschiedenen Ansätze einer antimilitaristischen Basisbewegung in ihren Arbeitsmöglichkeiten und Erfolgschancen sehr wohl davon abhängig, ob z.B. durch das Scheitern des SALT II-Abkommens der Entspannungsprozeß in den nächsten Jahren wieder in einen Kalten Krieg abgleitet oder ob bei den MBFR-Verhandlungen zumindest ein Festschreiben der Zahl der in Europa stationierten Truppen stärker erreicht wird. Die Aufgabe politischer Organisationen dürfte vor allem darin bestehen, einerseits die Bereiche der Basisbewegung und der großen Politik miteinander zu vermitteln, andererseits Auffangpositionen zu bilden für die – bei unveränderten Herrschaftsverhältnissen – unvermeidlich prognostizierbaren Enttäuschungen. Abstrakter: Aus dem Scheitern der politischen Ziele der Ostermarschbewegung haben viele den Schluß gezogen, daß diese Ziele nur in einer umfassenden, auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen zielenden Bewegung erreicht werden könnten. Sie beginnen aber heute angesichts der erfahrenen relativen Stabilität des Systems auf der einen, zunehmenden Gefahr von Kriegen oder sogar der Vernichtung der gesamten Menschheit auf der anderen Seite, sich wieder mit dem besonderen Militarismus- und Kriegsproblem im Zusammenhang einer sozialistischen Bewegung zu befassen, sich also gewissermaßen auf einer höheren Stufe wieder um das Besondere im Allgemeinen zu kümmern; Entsprechend wird es auch bei der feststellbaren Umorientierung der antimilitaristischen Bewegung darauf ankommen, die Vermittlung zwischen dem Besonderen und dem Allgemeinen nicht zu verlieren.
Eine zweite Umorientierung der antimilitaristischen Bewegung wurde ebenso wie ein roter Faden in verschiedenen Zusammenhängen während des Kongresses deutlich. Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts, insbesondere aber die Erfahrungen eines militärischen Konfliktes zwischen sich selbst als sozialistisch betrachtenden Staaten wie China, Vietnam und Kampuchea, haben die Identifikationsmöglichkeiten der westdeutschen Linken mit einer der existierenden sozialistischen Staaten gründlich zerstört. Andererseits hat die Bahro-Diskussion gezeigt, daß bei allen Unterschieden in der gesellschaftlichen Struktur wie in den Erscheinungsformen sich in den realsozialistischen Staaten neue herrschaftliche Strukturen herausgebildet haben, die ihre eigenen Gewaltapparate und ihre eigene Gewaltförmigkeit herausgebildet haben. Die antimilitaristische Bewegung in den kapitalistischen Staaten kann deshalb nicht mehr davon ausgehen, daß sie in den Staaten des realen Sozialismus ihre natürlichen Bündnispartner hat. Ihr Bündnispartner ist vielmehr die sozialistische Opposition in den realsozialistischen Staaten, die auf den Abbau von Herrschaftsstrukturen hinarbeitet. Die antimilitaristische Bewegung muß deshalb – trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Strukturen und trotz unterschiedlicher Ursachen für die Herausbildung von Gewaltapparaten nach innen wie nach außen – eine systemübergreifende basisdemokratische Bewegung sein. Nur als solche hat sie eine Zukunft.

RÜDIGER PUSCH

Italien – Krise der Institutionen und Krise der Linken



Die Krise Italiens hält unvermindert an. Die KPI wechselte zu Anfang dieses Jahres nach knapp drei Jahren Regierungsunterstützung ohne Regierungsmacht wieder in die Opposition. Die anderen Parteien beweisen seither, daß sie unfähig sind zur Bildung einer stabilen Regierung, geschweige denn, die dringenden Reformen anzupacken. Daran haben weder die vorgezogenen Neuwahlen etwas geändert, noch die knapp vor den Ferien gebildete Regierung Cossiga. Dieses sogenannte Waffenstillstandskabinett hat vielmehr die Aufgabe, alle politischen Entscheidungen zu verschieben, bis der Parteikongreß der Christdemokraten die Politik der zutiefst zerstrittenen Partei festgelegt hat.
Der folgende Beitrag beschränkt sich darauf, die Krise der Institutionen und des institutionellen Politikmachens, zugleich eine Krise der traditionellen und Neuen Linken, zu beleuchten, zumal deren internationale Dimension uns direkt angeht. Ein späterer Artikel wird die gesellschaftlichen und politischen Aspekte unter der institutionellen Ebene stärker thematisieren.

Ende Januar 1979 entschloß sich die Parteiführung der KPI nach langem Zögern endlich, aus der "programmatischen Mehrheit" auszuscheiden, in der sie de facto Regierungspolitik mitgetragen hatte, ohne wirkliche Regierungsmacht auszuüben. Berlinguers Begründung für diesen Schritt, der sich seit Monaten abgezeichnet hatte, entbehrt nicht selbstkritischer Töne, auch wenn sie an die Adresse der bisherigen Partner gerichtet war: "Wir fragen uns heute, ob Sie nicht unseren Verantwortungssinn mit einem Versöhnungsgeist verwechselt haben; ob Sie nicht geglaubt haben, wir müßten um jeden Preis zur Mehrheit gehören, um eine Art demokratischer Legitimation zu erhalten; ob Sie nicht geglaubt haben, daß die Präsenz in der Mehrheit genüge, wie immer auch die Dinge sich entwickelten. Jene, die das glaubten, haben sich schwer getäuscht." (Le Monde, 28./29.1.1979). Er forderte ultimativ direkte Regierungsbeteiligung – oder die KPI werde in die Opposition zurückkehren. Trotz aller schrittweisen Erfolge auf höchster parlamentarischer Ebene waren ihr keine entscheidenden Durchbrüche zur Demokratisierung der Institutionen und zur spürbaren gesellschaftlichen Veränderung gelungen. Ist damit ihr Vorschlag vom "historischen Kompromiß" überholt?

Krise der Institutionen

Das in gut dreißig Jahren wetterfest gewordene christdemokratische Machtsystem im Staatsapparat – dessen Netz von Staatsbetrieben und -holdings ein wirtschaftlicher und politischer Faktor ersten Ranges ist – erwies sich als überaus resistent. Trotz einer Reihe neuer Gesetze und Erlasse folgte daraus in der Praxis wenig: Korruption, Klientelismus, Parasitismus und Schlendrian in den staatlichen Institutionen gingen munter weiter. Was das real bedeutet, läßt sich hierzulande kaum vorstellen, weshalb zwei durchaus nicht einmalige Beispiele angeführt seien: Die skandalöse Verschleppung des Prozesses gegen die Urheber des Bombenanschlags auf der Piazza Fontana in Mailand (Auftakt zur "Strategie der Spannung" im Jahre 1969, 17 Tote und 114 Verletzte), der nach zehn Jahren noch immer nicht beendet ist: zwar sind die faschistischen Attentäter inzwischen hinter Gitter, doch über ihre vom Gericht offiziell bestätigten Hintermänner im italienischen Geheimdienst herrscht interessiertes Dunkel. Das andere: Ende Juli wurden in Sapri südlich von Neapel Eisenbahnzüge blockiert: "Die Demonstranten protestierten für ihr Spital, dessen Grundstein vor 34 Jahren gelegt wurde, das seit vier Jahren fertiggebaut, aber trotz Anheuerung von Personal noch immer nicht in Betrieb ist." (NZZ, 31.7.1979)
Seit 1976 mußte die KPI sich zunehmend des Vorwurfs erwehren, bloße Teilhaberin und Mitverwalterin der Macht zu sein. Tatsächlich änderte sich durch ihre Unterstützung Andreottis an der gesellschaftlichen Alltagsrealität Italiens wenig: Arbeitslosigkeit, Elend im Süden, Misere in den Großstädten, überfüllte Universitäten waren damit noch lange nicht behoben. Kritik wurde laut an der "Machtaufteilung" und "Komplizenschaft" zwischen DC und KPI, die nach dem Vorbild des "Modell Deutschland" zu einem repressiven und autoritärstaatlichen "Regime" führe. Kam sie zunächst vereinzelt aus der kritischen und libertär-sozialistischen Intelligenz, so nahm sie bereits während der Studenten- und Jugendrevolte des Jahres 1977 Massencharakter an. Die KPI wurde mit ihrer Austerity-Politik erstmals massiv und frontal als Bestandteil des herrschenden Systems angegriffen oder gar vollends begriffslos als "faschistisch" gebrandmarkt (vgl. dazu symptomatisch: "Indianer und P 38. Italien, ein neues '68 mit neuen Waffen", München 1978).
Während der Moro-Entführung wurde die harte Haltung der KPI gegenüber dem Erpressungsversuch der Roten Brigaden als "Staatsfetischismus" denunziert, der das Erbe von stalinistischer Vergangenheit und die Aktualität des Gulag offenbare. An dieser Art Polemik fanden pikanterweise auch Craxis Sozialisten Gefallen.
Gewiß waren in dieser Kritik alte und neue antikommunistische Ressentiments im Spiel. Aber das geschmähte "Regime" war doch insofern kein bloßes demagogisches Schreckgespenst, als die KPI sich vom wachsenden Terrorismus in die Defensive drängen ließ. Nicht nur begannen ihr Kampf für die demokratischen Institutionen und für gesellschaftliche Transformation auseinanderzufallen, wobei jener als vordringlicher diesen in den Hintergrund zu rücken drohte, was man in Italien als "Politik der zwei Zeiten" kritisiert hat. Noch folgenschwerer war, daß die "tiefgreifenden Reformen zur institutionellen Erneuerung", zu denen sich die demokratischen Parteien im "programmatischen Abkommen" vom Sommer 1977 verpflichtet hatten, bloßer Buchstabe blieben, die KPI jedoch jene Neutralisierung und Abschwächung von verfassungsrechtlichen Normen und Garantien mittrug, zu denen der staatliche Kampf gegen den Terrorismus auch in Italien führte. Drastischer Ausdruck dafür war ihre Haltung zum sogenannten **legge Reale**: Dieses Gesetz zur Verschärfung des Strafrechts, das erhebliche Legalitätseinbußen vorsah, wurde 1975 gegen die Stimmen der KPI im Parlament verabschiedet; als es aber im Sommer 1978 zum Volksentscheid über dieses Gesetz kam, betrieb die

KPI eine breite Kampagne für seine Beibehaltung! Selbst wenn man wie Salvatore Senese, Vorsitzender des linken Richterbundes "magistratura democratica" und als Referent beim dritten Russell-Tribunal über die Verletzung der Menschenrechte in der BRD bekannt geworden, objektive Probleme in Rechnung stellt, mit denen die KPI dabei konfrontiert war, so enthebt das nicht von der Kritik, daß die KPI in ihrem Kampf gegen den Terrorismus streckenweise sich mit dem illiberalen und autoritären Staat identifizierte, dessen Demokratisierung doch wesentliches Moment ihrer Programmatik ist.

"Regierungspartei" und "Partei des Kampfes"

Noch gibt es keine Strategie zur sozialistischen Transformation spätkapitalistischer Gesellschaften, die ihre historische Nagelprobe bereits bestanden hätte. Man kann die Strategie des "historischen Kompromisses" kritisieren; aber die KPI hat bisher den am weitesten entwickelten Versuch gemacht, die Konsequenzen zu ziehen aus der objektiven Notwendigkeit, neue Wege gesellschaftlicher Veränderung zu beschreiten, für die weder die Rezepte der III. Internationale noch der bewaffnete antifaschistische Kampf handlungsanleitend sein können. Mit der Perspektive eines weder stalinistischen sondern demokratischen, noch sozialdemokratischen sondern sozialistischen Weges gelangte die KPI bei den Parlamentswahlen vom 20. Juni 1976 an die Schwelle der Macht. Sie wollte faktische Regierungspartei werden und mußte doch Partei des Kampfes bleiben, um als Partei zu überleben. Nicht zuletzt in der Notwendigkeit, beides zugleich zu sein, liegt einer der wesentlichen Unterschiede zur Sozialdemokratie, die eine Politik des sozialen Konflikts gar nicht mehr kennt.

Nun wurde die KPI jedoch nicht Regierungsmacht, sie trat lediglich in die programmatische und parlamentarische Regierungsmehrheit ein. Trotz aller parlamentarischen Erfolge blieb ihr der Sprung in die Exekutive verwehrt. Weit schlimmer war jedoch, daß diese Beinahe-Regierungsbeteiligung an ihrer Identität als Partei des sozialen Konflikts nagte. Inzwischen hat eine breite Diskussion in der Partei darüber eingesetzt, daß man während der letzten drei Jahre von der sozialen Realität abgehoben und kaum mehr zu vermittelnde Spitzenpolitik betrieben habe, womit die spezifische Differenz zwischen ihr und den anderen Parteien sich verwischte und der Gehalt des "historischen Kompromisses" zur bloßen Koalitionspolitik zu verflachen drohte. Dies wog um so schwerer, als die Kluft zwischen der Ebene offizieller institutioneller Politik einerseits und individueller wie gesellschaftlicher Interessenwahrnehmung andererseits – bei uns zumeist als Legitimationskrise des bürgerlichen Systems diskutiert – in Italien seit alters tiefer ist als in der BRD. Ein Unterschied mit realen historischen Ursachen, die man in Italien nicht minder bis auf die individualistisch-libertäre Kritik am Staat als Fremdherrschaft zurückverfolgen kann als in Deutschland auf die Tradition bürgerlicher und sozialdemokratischer Staatsvergottung. Daß die italienische Republik manche Gesetzbücher, Gesetze, Institutionen und Regelungen aus dem Faschismus beibehielt, mußte den tief im Massenbewußtsein sitzenden Anti-Etatismus außerdem verstärken. Waren somit die beiden Bereiche Gesellschaft und Staat schon historisch kaum vermittelt, so drohen sie im Gefolge der langen Strukturkrise, die zu regelrechten sozialen Auflösungserscheinungen führt, völlig auseinanderzudriften.

Genau dies mußte die KPI, der die Fähigkeit, zwischen gesellschaftlicher Realität und gesellschaftsverändernden Interessen und dem Staat und seinen Institutionen zu vermitteln, zunehmend abgesprochen wurde, in ihrer Substanz treffen. Denn ihr Wählerzuwachs von 1976 (über 7%) hatte seine materielle Grundlage darin, daß sie bei einer Fülle gewerkschaftlicher, sozialer und basisdemokratischer Initiativen, Kämpfe und Bewegungen seit 1968 zwar nicht unbedingt Initiator, schon gar nicht Avantgarde, aber doch präsent war und vor allem deren Minimalabsicherung auf institutionell-politischer Ebene übernahm. Dieser Vermittlungszusammenhang löste sich jedoch in dem Maße auf, wie die KPI sich seit 1976 mit aller Kraft auf den Bereich und die Mittel traditionellen Politikmachens konzentrierte – was zu Lasten ihres direkten Engagements und ihrer Verankerung in vielen unmittelbaren Konfliktfeldern ging. Verknüpft damit waren zwei folgenschwere Tendenzen: Zum einen litt ihr proklamiertes Ziel, die Einheit der gesamten Linken herzustellen, darunter, daß die KPI in einer Reihe von Kommunen, Provinzen und auch in einzelnen Regionen ein Kompromisseln zu forcieren begann, um ihre nationale Fähigkeit als verantwortungsbewußte "Regierungspartei" unter Beweis zu stellen. Während die Sozialisten Craxis 1978 nach anderswo erprobtem Muster eine scharf antikommunistische ideologische Kampagne gegen Leninismus, angebliche Sowjetabhängigkeit und Demokratiefeindlichkeit der KPI einleiteten, lieferte diese mit einer derartigen Politik der "nationalen Einheit" auf lokaler Ebene, wo ihr oft das Zusammengehen mit der christdemokratischen Partei wichtiger zu sein schien als die Verständigung mit den Sozialisten und Linken, ihren Beitrag dazu, daß die Einheit der Linken immer mehr zur bloßen Phrase verkam.

Zum anderen brachte es der Machtzuwachs auf der institutionellen Ebene mit sich, daß in den Basisorganisationen der Partei oft Verwaltungsexperten, strebsame Jungakademiker, Funktionäre, kurz: "Fachleute" den Ton anzugeben begannen – auf Kosten nicht nur

Krise des Marxismus?

Bernd Rabehl
Geschichte und Klassenkampf
Rotbuch 100
192 Seiten · DM 8 (Abo 7)

Rabehl versucht, im Rückgang auf die authentische Marxsche Theorie, die Probleme der Klassenkämpfe aufzubereiten, ohne die Leser zu indoktrinieren.

D. Rjazanov
Marx und Engels nicht nur für Anfänger
Rotbuch 105
192 Seiten · DM 7 (Abo 6)

Der Band enthält leicht verständliche, und doch unorthodoxe Vorträge, die der Revolutionär und Marxismusforscher Rjazanov in den frühen 20er Jahren für junge Arbeiter hielt.

Ulf Wolter
Grundlagen des Stalinismus
Rotbuch 137
144 Seiten · DM 8 (Abo 7)

Wolter erklärt, welche materiellen Ursachen die Verflachung des Marxismus hatte, welche soziale Funktion Ideologien erfüllen und warum Elitetheorien in der revolutionären Bewegung ihren Platz finden können.

Die Linke im Rechtsstaat II
Bedingungen und Perspektiven sozialistischer Politik von 1965 bis heute
Rotbuch 175 · DM 12 (Abo 11)

Die BRD als Modell einer nachliberalen Gesellschaft / Ende des Wirtschaftswunders / Die Linken im Betrieb / Krise des Linksradikalismus / Eurokommunismus und DKP / Krise des Marxismus – Krise der Linken u. a. Beiträge.

Giuseppe Fiori
Das Leben des Antonio Gramsci
Biographie
aus der Reihe
272 Seiten · DM 25

Gramsci formulierte in den 20er und 30er Jahren weitsichtige neue Überlegungen zu Fragen der Proletarischen Demokratie, zum Verhältnis von Faschismus und Arbeiterbewegung und zur Möglichkeit einer sozialistischen Revolution gegen den entwickelten bürgerlichen Staat.

M. A. Macciocchi
Der französische Maulwurf
Eine politische Reise
aus der Reihe
360 Seiten · DM 29

„Wo ist Frankreich seit 68 stehengeblieben? Wohin geht es? Eingetaucht in die französische Realität, habe ich meine Augen für ein ganz anderes Frankreich geöffnet, ein Frankreich voller Randzonen und Randgruppen."

Otto Ullrich
Weltniveau
In der Sackgasse des Industriesystems
Rotbuch 207
160 Seiten · DM 9 (Abo 8)

Marxist Ullrich wirft dem Marxismus das Versäumnis vor, über die Kritik der Produktionsverhältnisse keine Kritik an den kapitalistisch entwickelten Produktivkräften formuliert zu haben.

T. Nairn/E. Hobsbawm/R. Debray/M. Löwy
Nationalismus und Marxismus
Anstoß zu einer notwendigen Debatte
Rotbuch 199
128 Seiten · DM 8 (Abo 7)

Die Beiträge behandeln das Doppelgesicht des Nationalismus das in der marxistischen Diskussion noch längst nicht entschlüsselt worden ist.

Fernando Claudin
Zukunft des Eurokommunismus
Rotbuch 183
160 Seiten · DM 9 (Abo 8)

Claudins Verhältnis zu den Eurokommunisten ist durch kritische Solidarität gekennzeichnet, die auf eine strategische Einheit der europäischen Sozialisten und Kommunisten zielt.

Rotbuch Verlag

von kampferfahrenen Arbeiterkadern, sondern auch von in vielfältigen sozialen Bewegungen unmittelbar engagierten Genossen. Darunter mußte die Fähigkeit der KPI zur offensiven Mobilisierung, ihr Charakter als "Partei des Kampfes" leiden.

Wahlrückschlag für die KPI ohne Rechtsrutsch

Diese Entwicklungen führten dazu, daß vor allem in Süditalien, in den Elendsquartieren der Großstädte und unter den Jugendlichen die KPI in weit geringerem Maße als noch vor wenigen Jahren die Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen verkörpert. Wer nicht während vieler Jahre aus Tradition und Überzeugung mit der und für die KPI gekämpft hat, der will schon genau wissen – und vor allem erfahren – wofür und für wen er Opfer bringt, die ihm die Austerity-Politik abverlangt. Die Mitgliederzahlen der KPI stagnierten 1977 erstmals seit Jahren, 1978 gingen sie gar um über 20.000 zurück, von den wachsenden Schwierigkeiten des Jugendverbandes FGCI gar nicht zu reden, der 1978 über 10% seiner ohnehin nicht sehr zahlreichen Mitglieder verlor.
Das Unbehagen an Institutionen, an der Parteienwirtschaft und am offiziellen Politikmachen drückte sich bei den vorgezogenen Wahlen vom 3./4. Juni in einer extrem niedrigen Wahlbeteiligung (im Süden erreichten die Enthaltungen trotz Wahlpflicht 20%) aus sowie darin, daß die KPI ihren ersten Rückschlag seit der Befreiung hinnehmen mußte: Sie verlor 1,5 Millionen Stimmen, 4%. Die massivsten Einbrüche erlitt sie im Süden, in den Großstädten und bei den Jungwählern (1976 wählten noch 40% von ihnen KPI, jetzt nur noch 28%, weshalb man von einem "KPI-Waterloo bei der Jugend" gesprochen hat). Der ohnmächtige Stoßseufzer eines Unbekannten, der in Neapel unter ein Wahlplakat mit dem Slogan "Wähle KPI" gepinselt hatte: "Aber wir können doch nicht!", vermag die Unzufriedenheit der Ärmsten und Elendesten in Italien an der Politik dieser Partei seit 1976 vielleicht besser zu veranschaulichen als alle Zahlen.
Der von interessierter Seite prognostizierte Rechtsruck ist in Italien jedoch ausgeblieben. Die Christdemokratie gewann nichts dazu. Die MSI-Faschisten Almirantes sanken von 6,1 auf 5,3%, und die faschistische Splittergruppe "Democrazia nazionale" erreichte die Mindeststimmzahl für ein Mandat nicht. Daß die Stimmenzahlen der Faschisten seit 1972 (8,7%) zurückgehen, ist einer der realen Erfolge antifaschistischer Aufklärung und Mobilisierung der gesamten italienischen Linken. Man sollte ihn nicht zu gering veranschlagen, denn bei den letzten Parlamentswahlen hätten Frustration über die Linke, Protest gegen Parteienpolitik überhaupt und Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung angesichts der Welle von konterrevolutionären und pseudorevolutionären Terrorakten sich leicht in einem neuen Zulauf zu den Faschisten niederschlagen können.
Wer erhielt die von der KPI verlorenen Stimmen? Die Sozialisten ernteten für ihren Wahlkampf der Abgrenzung nach allen Seiten, in dem sie sich jede Aussage über ihre künftigen Koalitionspartner enthielten, ganze 0,2% Zuwachs und kamen auf 9,8% (bei der Europa-Wahl auf 11%). Die wetterwendige Politik des Sozialdemokraten Craxis pendelte zu opportunistisch zwischen der Perspektive einer "linken Alternative" und einer Koalitionsneuauflage mit der DC hin und her, als daß die PSI zur relevanten dritten politischen Kraft Italiens hätte werden können.

Krise der Neuen Linken

Die Listenverbindung "Vereinigte Neue Linke" (NSU) die das Erbe des Wahlbündnisses "Democrazia proletaria" (aus PDUP/Manifesto, Lotta continua und Avantguardia operaia) antrat, mit dem die Organisationen links von der KPI vor drei Jahren sechs Abgeordnetenmandate errungen hatte, verfehlte trotz der Wahlunterstützung zahlreicher, auch hierzulande bekannter Exponenten der Neuen Linken mit rund 300.000 Stimmen (0,8%) das Quorum, das Grundmandat. Damit büßte sie nicht nur ihre Parlamentssitze und die Abgeordnetendiäten ein, sondern auch die staatliche Parteienfinanzierung: Die Tageszeitung "Il quotidiano dai lavoratori" hat wenige Tage nach der Wahl Konkurs gemacht und ihr Erscheinen eingestellt. Auch die Tageszeitung "Lotta continua", die die Organisation gleichen Namens überlebt hat, soll in Geldnöten sein. Demgegenüber konnte die Partei der proletarischen Einheit PDUP sich leicht verbessern auf 1,4%. Anders als vor drei Jahren, als sie sich an den Einheitslisten beteiligt hatte, entschloß sie sich diesmal, allein zu kandidieren (und bei den Wahlen zum Senat KPI, Sozialisten und Unabhängige Linke zu unterstützen). Der NSU warf sie politische Uneindeutigkeit gegenüber dem "roten" Terror und sektiererische Negativabgrenzung von der KPI vor. Die PDUP stellt jetzt die sechs Abgeordneten allein, die "Democrazia proletaria" 1976 errang.
Es scheint, als seien die politischen Gruppen und Organisationen, die sich im Gefolge der Protestbewegung in den späten sechziger Jahren herausgebildet haben und die für Jahre Bezugspunkt oder gar Identifikationsobjekt von Teilen der Neuen Linken hierzulande waren, kaum weniger als die KPI von einer Identitätskrise betroffen. Zwar richtete sich die Studenten- und Jugendbewegung von 1977 frontal gegen die Politik der Regierungsunterstützung und Austerity der KPI, zugleich aber mußte erstaunen, wie wenig sich die neue Bewegung um die Organisationen der Neuen Linken scherte. Es sei hier dahingestellt, ob man dies aus veränderten ökonomischen Bedingungen ableiten kann oder daraus erklären muß, daß die Protestbewegung das Politikverständnis der traditionellen Linken in Italien anders als in der BRD nicht erschüttert, sondern bei aller maximalistischen Kritik eher gefestigt hat: Dazu sei auf die Beiträge in der PROKLA (v.a. Heft 32) und den Sammelband "Zwei Kulturen? Tunix, Mescalero und die Folgen" verwiesen. Hier geht es nur darum anzudeuten, daß es kein organisatorisches Problem ist, daß die Organisationen der radikalen Linken, die seit der Protestbewegung eine revolutionäre Alternative zur KPI zu organisieren suchten, nicht zum großen Erben der von der KPI verlorenen Stimmen wurden.

Wer sind die Radikalen?

Die Radikale Partei ist die einzige wirkliche Wahlgewinnerin vom 3. Juni: Sie verbesserte sich von 1,1 auf 3,7% und stellt jetzt 20 statt 4 Parlamentarier. Von dieser kleinen Partei, die mit kaum 3.000 Mitgliedern, 1,3 Millionen Stimmen erhielt, hatte zuvor außerhalb Italiens kaum jemand Notiz genommen. Wie erklärt sich ihr Erfolg?
Die Partei existiert als antiklerikale und antimilitaristische Gruppierung in liberaler Tradition, die im katholischen Italien allemal auch eine libertäre Dimension hat, seit den frühen sechziger Jahren. Die Radikalen orientieren sich an den Werten der bürgerlichen Revolution, denen sie unter veränderten historischen Umständen zum Durchbruch verhelfen wollen: im Mittelpunkt steht das Ziel der vollen Entfaltung des Individuums. Wenn sie auch über keine konkreten politischen Vorstellungen zur Erreichung dieses an sich emanzipatorischen Ziels verfügen, so sollte dieses selbst, hartnäckig verfochten, ihnen doch 1974 zu einem ersten großen Erfolg verhelfen: unbeirrt von päpstlichen Bannflüchen und übervorsichtiger Rücksicht der KPI auf das – wie sich bald herausstellen sollte – vermeintliche Massenbewußtsein engagierten sie sich für das Scheidungsreferendum, dem wider alle Erwartungen 65% zustimmten.
Seit die KPI Andreotti unterstützte, suchten sich die Radikalen als Partei des Dissenses schlechthin und der Bürgerrechte zu profilieren. Der verbreitete Mißmut über die praktische Folgenlosigkeit aller Parteipolitik und allen Parteiklüngels, worin jetzt auch die KPI aufzugehen schien, verhalfen ihrer Kritik der Politik als solcher breites Gehör. Soweit ist die Radikale Partei eine Protestpartei, durchaus mit dem Nachkriegs-Qualunquismo verwandt (dabei handelte es sich um eine "Jedermanns"-Protestbewegung, in der meridionale Staatsverdrossenheit und Ablehnung jedes politischen Engagements als Reaktion auf Faschismus und Antifaschismus in nicht eben fortschrittlicher populistischer Gestalt sich artikulierte; ihre Hauptforderung war, der Staat solle die Bürger mit seiner Politik in Ruhe lassen).
Hinzu kommt, daß die Radikalen sich bei einer Reihe von Bürgerinitiativen (Scheidung, Abtreibung, Atomkraftwerke, Hunger in der Welt, Legalisierung von Haschisch usw.) spektakulär in Szene zu setzen wußten. Ihr Führer Marco Pannella beherrscht die Kunst der Regelverletzung zum Zweck des Aufsehenerregens meisterhaft. Dabei scheut er auch vor billigen Provokationen nicht zurück, etwa wenn er – ganz in der Tradition des Qualunquismo, der die Widerstandsbewegung einst als "Rülpser des Nordens" verunglimpfte – die Resistenza abstrakt ahistorisch anpinkelt: "Was war denn so heldenhaft daran, junge Menschen zu töten, deren einziges Verbrechen es war, die falsche Uniform zu tragen?"
Die KPI reagierte auf diese Provokation, termingerecht zu ihrem XV. Parteitag vorgetragen, mit Recht verbittert. Aber ob es sonderlich klug war, ihren Wahlkampf, soweit er offensiv war, lange fast ausschließlich gegen die Radikalen zu führen, wobei sie kaum ein Schimpfwort ("Hanswurste", "zusammengewürfelter Haufen", "Feinde der republikanischen Institutionen", "Reaktionäre", ja: "Faschisten") ausließ, muß doch in Frage gestellt werden. Denn so wenig die Radikale Partei eine Partei der Gesellschaftsveränderung (sondern der Bürgerrechte) ist, so wenig läßt sie sich inzwischen mit dem politisch oft konfusen Pannella identifizieren. Vielmehr ist sie zunehmend trotz – oder gerade wegen

– ihres programmatischen Gemischtwarenladens zum politischen Bezugspunkt vieler emanzipatorischer Interessen geworden, die sich bei der KPI und bei den Organisationen der radikalen Linken nicht mehr aufgehoben fühlten: Antimilitaristen, Atomkraftgegner, Teile des Feminismus, Homosexuelle, Bürgerrechtler usw. Tatsache jedenfalls ist, daß viele Jungwähler (10%) die Radikalen als linksradikale Partei wählten, wozu sicher auch beigetragen hat, daß ehemalige Abgeordnete der KPI-Liste (der Schriftsteller Sciascia und Maria Antonietta Macciocchi), ehemalige Funktionäre von "Lotta continua" sowie bekannte Feministinnen für die Radikalen kandidierten.

Insofern war es nicht bloß ein taktischer Fehler der KPI, Pannellas Radikale als "Faschisten" zu brandmarken, sondern Ausdruck ihres eigenen Traditionalismus, der auf neue, ihrer Tradition fremde Interessen und Bedürfnisse mit denunziatorischer Abwehr reagiert, um dann in einem langwierigen Lernprozeß zu begreifen, daß sie sich diesen Emanzipationsinteressen öffnen muß. Daß es den Traditionalismus in der KPI gibt, ist eine Trivialität. Das Novum und der Unterschied zu anderen kommunistischen Parteien besteht eben in ihrer Fähigkeit zum Lernprozeß, neuen Emanzipationsbedürfnissen Rechnung zu tragen, wie ihre Haltung zur Studentenbewegung der sechziger Jahre, zur Frauenbewegung und mit Einschränkungen auch zur Ökologiebewegung bezeugt.

Manches deutet darauf hin, daß die KPI jetzt ihre Haltung zu den Radikalen zu differenzieren beginnt. So forderte Walter Vitali von der KPI-Jugendorganisation, man müsse die neue Generation mit ihrer eigenen, sich von derjenigen von '68 unterscheidenden Kultur verstehen lernen, der Rekurs auf den Antifaschismus und auf die Resistenza sage der Jugend zunehmend weniger, wenn er sich nicht in erfahrbare Inhalte transformiere. Und wenn sich die neue Generation nicht mehr primär mit der sozialen Revolution befasse, sondern vorab mit Themen wie Freiheit, Bürgerrechte, Umwelt, Nuklearenergie, Lebensqualität in den Städten und Individuum, so müsse das als ernste Herausforderung angenommen werden, statt nur gegen Pannellas politische Ambivalenzen zu schimpfen (L'Unità 15.6.79). Eine derart veränderte Politik der KPI würde die Radikalen selbst gewiß nicht unbeeinflußt lassen. Und daß es bei ihnen neben emanzipativen Bedürfnissen viel qualunquistischen, politisch konfusen, antikommunistischen, ja auch reaktionären Protest gegen politisches Engagement als solches gibt, ist evident. Nicht nur Franz Marek fiel es "nicht leicht, die Radikalen ohne weiteres als linke Gruppierung zu bezeichnen" (Wiener Tagebuch, Juli-Aug. 79).

Neue Einheit der Linken?

Je mehr sich die Krise der Linken zuspitzte, desto stärker wurde das Problem einer neuen Einheit diskutiert. Einer der wichtigsten Punkte in der von Selbstkritik geprägten ZK-Debatte der KPI nach den Wahlen besteht darin, daß die KPI neue Initiativen zur Herstellung der Einheit der Linken unternehmen will. Ohne sie müsse die Linie des "historischen Kompromisses" zwangsläufig zu ihrem Zerrbild einer bloßen Verständigung mit der DC-Spitze verflachen, wie viele Teilnehmer jener Debatte kritisierten. Wenn auch die Parteiführung an ihrer bisherigen Linie festhält und sie nicht, wie von einzelnen ZK-Mitgliedern gefordert, zugunsten einer Politik der "linken Alternative" preisgeben will, so erhält sie damit doch einen neuen Akzent.

Der PDUP, die schon in der Vergangenheit manche unitarische Initiative ergriffen hatte, fiel die Rolle auch diesmal zu: nach den Wahlen schlug sie den anderen Parteien der Linken ein "permanentes Konsultationsabkommen" vor, das zu einer Wiederannäherung und zur Suche nach Verständigung untereinander führen soll. Nachdem jetzt die Gipfelgespräche zwischen KPI und PSI von allen Beteiligten als Erfolg und neuer Anfang gefeiert wurden, scheint sich hier eine Veränderung anzubahnen. Die KPI scheint jedenfalls aus der Erfahrung der letzten drei Jahre, die gezeigt haben, wie schnell sie sich von einer sich verändernden gesellschaftlichen Realität, von der Jugend und den anderen linken Parteien entfremdet hat, lernen zu müssen – und zu wollen. Nicht nur im Hinblick auf die Kommunalwahlen von 1980, für die sie die breite Offensive einer "großen Linken" vorsieht (Cossutta in La Repubblica, 25.9.79), sondern auch in strategischer Hinsicht: das weitere Fortschreiten der KPI in der Perspektive eines qualitativ neuen Sozialismus steht und fällt mit ihrer Verankerung in der sozialen Realität, wo sie vorerst verlorenes Terrain wettmachen muß. **HEINRICH GRÜN**

Interview mit Theo Pinkus

3. Teil

Im letzten Teil des Interviews geht Pinkus auf die Alternativbewegung ein und diskutiert die Krise der Partei traditionellen Typs.

Halberstadt: *Wie hast Du, Mitglied eines traditionellen Verbandes und einer traditionellen Partei, Zugang zur alternativen Bewegung gefunden, wohingegen in der BRD die alten Kader der KP dieser Bewegung meist schroff ablehnend gegenüberstehen?*

Pinkus: Einmal ist es so, daß die Partei der Arbeit in der Schweiz trotz Versuchen 1968/1969, mich wegen meiner nonkonformen Haltung rauszuschmeißen – was von der Parteiführung verhindert wurde; die wollten mich auf keinen Fall noch einmal ausschließen –, einen sehr differenzierten und toleranten Standpunkt einnimmt. Das hat man bei der CSSR-Frage, bei den Prozessen usw. gesehen. Ich persönlich habe meine politische Heimat in der Partei, der Fortsetzung der alten KP. Da-

zu gehören auch Personen. Zur politischen Landschaft der Schweiz gehört die Partei der Arbeit, auch wenn sie schwach ist. Ich finde in ihr gerade neuerdings wieder eine Menge Genossen, die von der Uni oder anderswo herkommen und mit denen sich sehr gut zusammenarbeiten läßt. Sie unterstützen die Bibliothek oder sind in der Historischen Kommission der Partei, mit der ich sehr eng zusammenarbeite. Ich habe also keinen Grund, die Partei zu verlassen. Dazu kommt, daß ich sehr alte und enge Freundschaften bis in Spitzenfunktionen hinein habe – auch in der DDR – und diese Beziehungen gerne weiter pflege. Sie sind anregend und wichtig für mich, und dadurch, daß ich auch sonst in der Welt viele Beziehungen habe, ist es auch für sie nicht uninteressant, das eine oder andere von mir zu erfahren und quasi einen Teil dieser anderen Welt mitzubekommen, wenn sie mit mir diskutieren. Ich glaube überhaupt, daß Parteien ihre Funktion haben, allerdings eine sehr festgefügte im Rahmen der kapitalistischen bürgerlichen Demokratie, die kaum die Chance bietet, daß die Parteien selbst je imstande sein werden, die Gesellschaft wirklich zu verändern. Eine Partei ist wie eine Straßenbahn: man fährt in der Richtung, in die man will, man trifft Leute, man steigt um, wenn es notwendig ist – und wenn man angekommen ist, muß man schließlich sowieso laufen. Wer dann noch mitläuft, wird sich dann zeigen. Man kann die Partei nicht, wie ich es Jahre lang gemacht habe, als Über-Ich benutzen, als absolutes Identifikationsmodell. Man kann sich heute mit keiner politischen Partei mehr wirklich voll identifizieren, man kann ihr Programm weitgehend anerkennen und die Verwirklichung nach Möglichkeit mit fördern, aber dort die wirkliche Veränderung der Gesellschaft zu suchen, das scheint mir in unseren Breiten fast unmöglich.

Halberstadt: *Deine grundsätzliche Kritik legt den Schluß nahe, daß es dann die Partei der Arbeiterklasse erst recht nicht geben kann ...*

Pinkus: Parteien sind da, wie der bürgerliche Staat da ist und die Straßenbahn da ist. Sie sind nicht wegzudenken und es wäre lächerlich, sie zu negieren oder sich hinzustellen und dauernd nur darüber zu mosern, daß die SP eine Verräterpartei und die KP doktrinär ist und in den sozialistischen Ländern die Partei eine Diktatur ausübt und die Emanzipation verhindert. Damit ist nichts geholfen. In den Parteien ist sehr viel los, sind sehr viele Differenzierungen, sind Schwankungen und im-

mer wieder Auf-und-ab-Entwicklungen, die bis zur Unterstützung sehr positiver emanzipatorischer Bemühungen führen. Es ist auch keine Frage, daß auch die Gewerkschaften in unseren Breiten immer Gegenmacht gegen den Kapitalismus darstellen, auch wenn sie noch so korrumpiert, instrumentalisiert sind und noch so viele Konzessionen machen. Wenn wir sie nicht haben, dann haben wir eine Atomisierung der Arbeiter wie unter dem Faschismus. Deswegen halte ich es für falsch, aus den Organisationen und Parteien auszutreten oder gar Berührungsängste zu haben, wie das viele unserer Linken haben.

Halberstadt: *Siehst Du die Alternativbewegung in Verbindung mit den Parteien als eine Möglichkeit, künftige Entwicklungen schon ein Stück vorwegzunehmen, quasi neben den Parteien schon ein Stück Zukunft erstehen zu lassen?*

Pinkus: Ich bin da ein Anhänger der Blochschen Auffassung, daß die Realität schon immer ein Stück Utopie in sich trägt, das verwirklicht werden kann und muß. Ich glaube, daß die Alternativbewegung und insbesondere die Selbstverwaltungsbewegung vorläufig keine Massenbewegung sein kann und keine Gesamtlösung bringt, daß sie aber eine ganz wichtige, begleitende Aktion ist zur Emanzipation überhaupt. Es wirkt eben, wenn es funktioniert. Und manchmal funktioniert es ja auch. Die Schwierigkeit ist doch, daß wir die aus der bürgerlichen Welt heraus entstandenen juristischen und allgemeinen Voraussetzungen mit einführen müssen in die Alternativbewegung, ohne sie deswegen zu deformieren, wie das bei den Genossenschaften ja zum großen Teil passiert ist. Das ist das große Problem. Aber es ist falsch, die Ausnützung bürgerlicher Rechtsformen, die Neutralisierung von Kapital usw. ganz abzulehnen. Denn dann vermag man die Kontinuität nicht zu sichern, die nötig ist. Da wäre dann, wenn die Leute, die so etwas machen wie wir, nach einigen Jahren aufhören und das liegenlassen, alles zum Teufel. Wird die Kontinuität juristisch gesichert im Rahmen kapitalistischer Gesetze, Eigentumsrechten und ähnlichen Dingen, dann steht das für andere, die weitermachen wollen, zur Verfügung. Deshalb meine Sorge über die ungenügenden juristischen Grundlagen all dieser Einrichtungen und mein Bemühen, sie dazu zu gewinnen, in Form von Stiftungen und anderen Treuhänderschaften die Kontinuität über die Personen hinaus, die jetzt begeistert mitmachen, zu sichern.

Grün: *Das Bild mit der Partei als Straßenbahn ist zwar sehr hübsch. Dennoch möchte ich Deine Auffassung zu den Schwierigkeiten, zur Krise der traditionellen Parteien noch genauer wissen.*

Pinkus: Die erste Schwierigkeit, die keine heute bestehende Partei wirklich lösen kann, ist, eine eindeutige und klare Haltung zu entwickeln in der sogenannten Wachstumsfrage. Denn die Parteien können aus Rücksicht auf die Gewerkschaften und aus vielen anderen Gründen nicht offen gegenüber dem Wachstumsproblem und den damit verbundenen Verbesserungen der Lebensverhältnisse auftreten, weil sie sonst ihre Stimmen und Mitglieder verlieren würden oder dies doch riskieren. Sie können da nicht konsequent sein und infolgedessen gibt es nicht eine einzige Partei, die klar gegen die AKWs Stellung nimmt. Dabei geht es aber um eine Fehlentwicklung der Technik, die man bekämpfen muß. Das zweite, nach meiner Meinung das wichtigste Moment der Emanzipationsbewegung überhaupt, ist die Frauenbewegung. Alle Parteien vergessen, daß die Hälfte der Bevölkerung Frauen sind, auch wenn sie es immer wieder beteuern. Es gibt keine einzige Partei, in der auch nur annähernd paritätisch in den Führungsgremien und von unten bis oben diese Tatsache berücksichtigt ist. In der ganzen Welt, selbst in den sozialistischen Ländern, wo die Gesetzgebung auf diesem Gebiet – vor allem in der DDR – vielleicht die fortschrittlichste ist, die man sich denken kann, gelingt es nicht, diese Parität herzustellen. Das Problem ist nicht lösbar auf dem Weg der Partei, die von Männern regiert wird und die sich auf die Männer stützt. Ja, sie fallen sogar noch hinter Bebel zurück, der ja auch gewisse Grenzen in seinem epochemachenden Buch gezeigt hat. Die Frauenemanzipation und die autonome Frauenbewegung, scheint mir, ist heute eine der allerwesentlichsten Momente und Bewegungen nach 1968, die wirklich die Gesellschaft und das Bewußtsein verändern können. Ihr Fehlen in der Arbeiterbewegung vorher ist einer der Gründe für die Möglichkeit des Faschismus gewesen. Die Bedeutung der Frauenbewegung ist nicht genug zu betonen. Ich muß sogar dem SB in dieser Hinsicht einen Vorwurf machen: Ihr seid in dieser Hinsicht sehr schwach, wißt die wirkliche Bedeutung der Frauenbewegung nicht richtig einzuschätzen und zur Geltung zu bringen. Das dritte Moment schließlich ist, daß jede linke Partei wohl ein emanzipatorisches Programm und ein sozialistisches Ziel deklariert, das aber immer im Widerspruch steht zur Organisationsform und -weise, die die Partei selber praktiziert, um ihren Apparat aufrechtzuerhalten, Wahlen mitzumachen und ihr gesamtes gesellschaftliches und politisches Wirken zu sichern. Diesen Widerspruch kann sie nicht lösen, weil letzten Endes die Parteidisziplin schon im Widerspruch zur Emanzipation steht. Man kennt ja die Wege, die der demokratische Zentralismus entwickelt hat,

Wie immer die Bewertung der Rolle Stalins ausfallen mag, er gehört zweifellos zum Kreis derer, die man die „großen Männer" der Politik des 20. Jahrhunderts zu nennen pflegt. Es ist das Verdienst Isaac Deutschers, diese historische Dimension in seinem hier erstmals vollständig auf Deutsch vorliegenden Werk zum Ausdruck gebracht zu haben.

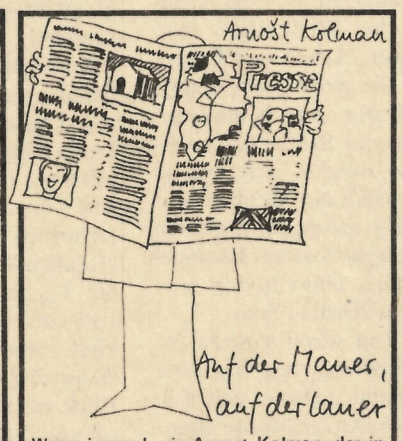
Der Autor schildert das Leben des Wissarion Iwanowitsch Dshugaschwili, seine Kindheit und Jugend, den Eintritt in die sozialistische Untergrundbewegung im zaristischen Rußland, seine Metamorphose zu Stalin, seine bescheidene Rolle in der Revolution von 1917, den allmählichen, unmerklichen und schließlich unaufhaltsamen Aufstieg des Josef S. nach der Revolution, seinen Machtkampf um die totale Herrschaft und deren Ausübung bis zu seinem Tode 1953.

Deutscher versteht es, die Entwicklung der Person nahtlos mit der gesellschaftlichen Entwicklung des vor- und nachrevolutionären Rußlands zu verknüpfen.

Damit ist diese Biographie, spannend wie ein Roman geschrieben, zugleich ein geschichtliches Werk von dauerndem Rang.

Isaac Deutscher: Josef Stalin -eine politische Biographie- 2 Bände, 728 Seiten, DM 39,–

Verlag Olle & Wolter



Wenn jemand wie Arnost Kolman, der in seinem bewegten und exemplarischen Leben in der Arbeiterbewegung die ganze Epoche des Stalinismus sowohl in leitenden Stellungen wie im Gefängnis durchlebt hat, vor seinem Tode alle Energie daran setzt, Satiren über den staatlich verordneten Verdacht zu schreiben und herauszugeben, dann sind das mehr als nur Geschichten. Es ist das literarische Vermächtnis eines Sozialisten, Gelehrten und Veteranen der Arbeiterbewegung.

Die Geschichten sind ein Plädoyer gegen die Machenschaften eines unwürdig und unmenschlich gewordenen Systems. Eines Systems, das sich politisch und moralisch nicht mehr rechtfertigen kann, deshalb das Mißtrauen gegen seine Staatsbürger organisiert. Der Spitzel erscheint dabei nicht als heroischer Agent, als Supermann, sondern in seiner realen Doppelfunktion als Exekutor und Opfer dieses widersinnigen Systems. In diesen fiktiven Satiren steckt sehr viel Realität, nicht nur auf den Osten, sondern auch auf den Westen bezogen.

Arnost Kolman: Auf der Mauer, auf der Lauer – Satiren über den staatlich verordneten Verdacht. 200 Seiten, DM 19,80

Verlag Olle & Wolter

Die klassische Chronik der Novemberrevolution, ihrer Vor- und Nachgeschichte, hat kein professioneller Historiker geschrieben, sondern jemand, der aktiv am Geschehen beteiligt war, als Vorsitzender der Revolutionären Obleute und später des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte.

Müller schildert mit dem Engagement und der Detailkenntnis, wie sie nur ein Beteiligter aufbringen kann, wie sich die Revolution während des Weltkrieges vorbereitete, wie sie ihren Verlauf nahm, wie sich die Parteien – SPD und KPD – der Revolution anschlossen, dort ihre Zwecke verfolgten, die Massen in ihr Fahrwasser drängten und so auch den Boden für den Vergeltungsschlag des Bürgertums im Frühjahr 1919 vorbereiteten.

Spannend wie ein Roman zu lesen, vermittelt dieses Werk grundlegende Erkenntnisse über den Prozeß der Geburt der Republik.

Richard Müller: Geschichte der Deutschen Revolution 3 Bände im Schuber, zusammen 800 Seiten, DM 39,–

Verlag Olle & Wolter

Michael Sallmann – einer der Autoren des in der gleichen Reihe erschienenen Buches *DDR-konkret* – legt seinen ersten Lieder- und Gedichtband vor. Die meisten Stücke sind noch in der DDR entstanden, bevor er verhaftet und abgeschoben wurde. Sie handeln von der Kalten Zeit, teilen mit, wie die Ohnmacht dem Apparat gegenüber erfahren wird, wie trotzdem Hoffnung aufkeimt. Hier mischt sich Deftiges mit Lyrischem, Gereimtes mit Ungereimtem, Politisches mit Poetischem, Östliches mit Westlichem. Vor dem Leser entfaltet sich eine ganze Palette von Empfindungen, Beobachtungen, Protestformen und Ausdrucksmöglichkeiten. Lieder & Gedichte zum Nachdenken, Mitsingen, Lachen und Trauern. Sie lassen ahnen, warum man drüben mit Leuten wie Sallmann nicht klarkommt und daß man auch hier mit ihnen seine Schwierigkeiten haben wird.

Michael Sallmann
Kalte Zeit Lieder&Gedichte
100 Seiten, DM 9,80

Verlag Olle & Wolter

um die Partei in die Lage zu versetzen, im richtigen Moment, wenn die Bourgeoisie, wie Lenin sagt, nicht mehr weiter kann, und die Arbeiterklasse nicht mehr will, die Führung zu übernehmen und die Revolution durchzuführen. Aber dieses Patent haut heute bei uns nicht mehr hin, denn weder ist eine solche Partei da, noch will die Arbeiterschaft alles anders – dazu hat sie zuviel errungen und durchgesetzt, was sie behalten und schützen will –, noch kann man der Bourgeoisie vorwerfen, daß sie nicht immer wieder einen Dreh findet, um aus der Affäre herauszukommen.

Grün: *Du hast vorhin angedeutet, daß Du zum SB noch einiges sagen möchtest ...*

Pinkus: Als erstes scheint mir, daß das SB in der Frauenfrage phantasiereicher werden muß, andere Wege finden muß, weil das wirklich entscheidend ist. Ich stelle mir vor – vielleicht etwas utopisch –, daß wir in einigen Jahren, vielleicht etwa 1988 oder auch 1989 wieder ein 68 erleben werden, von den Frauen, gegen das die Studentenbewegung gar nichts war. Denn wenn das, was sich jetzt in der echten Emanzipation der Frauen abspielt, was vorläufig noch klein und rudimentär und auf bestimmte Gruppen beschränkt ist, wenn das übergreift auf die jungen Arbeiterinnen und überhaupt auf die Massen der Frauen, dann haben wir Frauendemonstrationen auf der Straße, da sind die Männer vollkommen an die Wand gedrückt. Man kann das nur wünschen. Außerdem müßtet Ihr meiner Meinung nach bei Wahlen auftreten unter Ausnützung von bestehenden Wahlmodi, aber in Räteform. Man müßte anregen, daß, gestützt auf Bürgerinitiativen, aus Gemeinden Versammlungen einberufen werden, wo Leute als Kandidaten gewählt werden, die sich zugleich verpflichten, alle drei Monate regelmäßig zu berichten. Diese wären dann nicht von Parteien abhängig, sondern nur von der Bevölkerung, die zu den Versammlungen kommt und sich engagiert. Das könnten natürlich auch Parteileute sein, die sogar theoretisch noch auf einer anderen Liste figurieren. Wie das dann technisch geht, ist verschieden und abhängig von den Wahlgesetzen. Aber Tatsache ist, daß das Wahlgesetz bei Euch keine Parteien vorsieht. Man könnte das doch einmal diskutieren und versuchen durchzuführen, ohne zur Partei zu werden, wie es die Grünen sind. Das wichtigste dabei ist: a) die Abwählbarkeit eines jeden, Räteform, imperatives Mandat; (b) die Rechenschaftspflicht alle Vierteljahre und schließlich (c) die absolute Orientierung über alles, was er weiß, also keine Verbindlichkeit gegenüber irgendwelchen Instanzen im Parlament. Stellt Euch vor, wir würden in dieser Form zehn Abgeordnete ins Parlament oder in einen Landtag hineinbringen, das wäre schon spannend. Hier könnte das SB eine Vermittlungsfunktion von Räten und Parlamentarismus bilden. So etwas macht Ihr aber nicht, in diese Richtung diskutiert Ihr nicht einmal. Schade, denn das sind auf jeden Fall interessante Perspektiven. Auf keinen Fall aber sollte sich das SB in Richtung auf Parteiform entwickeln, dagegen war ich immer ...

★

Krise des Fortschritts

"Zur konkreten Utopie der gesellschaftlichen Arbeit" ist das Thema einer Arbeitstagung des SB am 24./25.11. in Tübingen. In Fortsetzung der Ernst-Bloch-Tage 1978 soll die Frage nach einem befreiten Verhältnis zur Natur insofern zugespitzt werden, als neuere technische Entwicklungen, aber auch im betrieblichen Kampf erzwungene neue Arbeitsformen zur Debatte stehen. Der vorliegende Artikel versucht, das politisch-strategische Umfeld einer "Alternativen Arbeit" abzustecken und Perspektiven zu begründen, wie Tendenzen in Gewerkschafts-, Ökologie- und Alternativbewegung zu einem "neuen revolutionären Subjekt" transformiert werden können.

Alternativen und die Krise der Linken

"... bei uns selbst anfangen" – die Trennungen überwinden, die Trennungen zwischen Mensch und Natur, Arbeit und Leben, Vernunft und Gefühl. Sie wollen den zerstörenden Eingriff in die Natur, auch in die innere, die des Körpers und der Seele zurücknehmen. Sie wollen sanfter werden, sich herausziehen aus der gesellschaftlichen Großen Maschinerie. Bei sich selbst anfangen, praktisch werden, leise aber unüberhörbar ein Exempel schaffen, fast als aus sich selbst heraus wirkendes "Vorbild" im christlichen Sinn.

Sie, die Alternativler, sind schon Vorbild geworden für eine tiefgreifend desorientierte Linke: Denn nichts scheint mehr zu gehen in dieser BRD 1979 außer Alternativem, draußen angesiedelt. Diese verspätete Republik scheint sich "normalisiert" zu haben nach dem knapp zehnjährigen Aufbruch in Richtung Reformen und Demokratie, den eine Neue Linke angestoßen hatte und weiterzutreiben versprach. Die "Normalisierung" einer Krisengesellschaft scheint gelungen, mit Atom, Austerity und Strauß vor der Tür.

Vorbei die Jahre des provozierenden "Wir wollen alles"; der Maximalismus stieß ins Leere einer gettoisierten "Autonomie" oder an repressive Grenzen. Realpolitik scheint jetzt gefordert, der lange Marsch in die – Anpassung. Zwar hat sich auch in anderer Hinsicht etwas "normalisiert": Die Arbeiterbewegung hat Anschluß ans westeuropäische Klassenkampfniveau gefunden und geht nun eben ihren vorsichtig-reformistischen Gang, offensichtlich fern jeder "Autonomie".

Die traditionalistisch-heimliche Hoffnung, daß die Krise alles in Bewegung bringen und die postfaschistische, sozialpartnerschaftliche Blockierung zersetzen könnte, wurde enttäuscht!

"Wir wollens anders" heißt nun die bescheidenere, sich zu Enklaven am gesellschaftlichen Rand bescheidende Alternative.

Denn "im Großen" scheint alles von der Macht infiziert, unentrinnbar im Bann der Totalität von Gewalt: "Das Ganze ist das Unwahre" (Adorno) gilt erneut nach Mißlungenem ... Gefallen sind die letzten Heimat-Länder, und die Theorie der Befreiung hat sich als terroristische Industrialisierungsreligion demaskiert. Seit dem Krieg China-Vietnam spätestens sind wir endgültig Verwaiste. Und der Blick nach Innen hat die Spuren der Gewalt in uns freigelegt: "Faschismus in uns", die innere Möglichkeit von Auschwitz, die sich im Neofaschismus lediglich auf der gesellschaftlichen Gegenseite vergegenständlicht hat, droht jede Bewegung zu lähmen ... Bestenfalls kann die ängstliche Linke mitmachen, untertauchen in der unerwarteten Opposition vom Lande, der Ökologiebewegung, ganz ohne "Interventionismus".

Ansonsten bleibt nur das Aussteigen aus der repressiv-vergesellschafteten Atomwelt in ein alternatives Leben jenseits des Sogs der gewaltsamen Integration. Denn vom Blickpunkt der "Szene" her gesehen ist sich alles gleich geworden: Gesellschaft als aufgeblähte Szene im Stillstand.

Krise des Marxismus?

Nichts geht mehr, denn der Fortschritt ist zweifelhaft geworden. Die tödliche Kehrseite der

abendländischen Vernunft, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen um uns und in uns, liegt offen zutage. Unser Verhältnis zur Natur, das im Fortschritt der Produktivkräfte gerade Befreiung von Zwängen versprach, hat sich als zerstörerischer Amoklauf bewahrheitet und schlägt zurück mit der Gewalt des Verdrängten.

Damit ist aber auch der Kernbestand des traditionellen Marxismus ins Wanken geraten: Fortschritt der Produktivkräfte als Garant der Emanzipation. Mehr noch: die Produktivkraftentwicklung galt nicht nur als notwendige, zunehmende technologische Basis der befreiten Gesellschaft, sondern als Motor und objektivtreibende Tendenz in diese Richtung. Denn die Revolution sollte im krisenträchtigen Konflikt zwischen einer linearen Logik der Produktivkraftentfaltung und den Produktionsverhältnissen – (verkürzt) verstanden als Eigentums- und Verfügungsmacht – ihre materielle Fundierung und historische Zwangsläufigkeit verbrieft haben. Technischer Fortschritt erschien als Fortschritt "für uns", zu verteidigen gegen die Fesseln des Profits wie auch gegen Maschinenstürmer ländlich-utopistischer Herkunft. Das zivilisatorische Niveau der Gattung schien bedroht! Doch nicht nur die Kontinuität der Aufklärung im Marxismus, das emanzipiert-bürgerliche Selbstbewußtsein von der Machbarkeit der Welt und ein Naturverhältnis des Beherrschens führte zum Fetisch technischer Fortschritt. Es war auch die materielle Klassenerfahrung insbesondere der deutschen Arbeiterbewegung, am technischen Fortschritt und an der kapitalistischen Prosperität – vermittelt über reformistische Strategie und sozialstaatliche Intervention – teilhaben zu können. Doch strukturelle Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung und Intensivierung der Arbeit bis an die Grenze der Zerstörung aller sinnlichen Kräfte deuten einen Bruch mit dieser Fortschrittslinie an, der langsam und schmerzlich zu Bewußtsein kommt. Und er trifft zusammen mit der Erfahrung, daß als Krönung der technischen Machbarkeit die ökologische Katastrophe, der Selbstmord der Gattung (er)strahlt.

Damit ist aber die Krise des Fortschritts zur Krise der Vernunft, auch der marxistischen, geworden. Denn hat uns nicht diese Vernunft des Beherrschens an den Rand des Überlebens gebracht? Und diese Rationalität des zerstörerischen Zugriffs tilgt wie gefräßig alle qualitativen Erfahrungen mit Natur, Menschen und Dingen, schreitet buchstäblich über Leichen, mindestens Krüppel fort. Aufklärung und gewalttätig-technische Zurichtung scheinen identisch, Archipel Gulag und Digitaluhr bloße Ableitungen desselben. Es scheint nur der Bruch mit dieser Vernunft, dem terroristischen Denken "im Großen", möglich und Revolte, als ir-rationale Wiederaneignung des Ausgegrenzten, und der Rückzug in den psychischen Mikrokosmos – als Gegenwelt. Die Krise der aufklärerisch-marxistischen Vernunft ist nicht nur Sumpfblüte einer gettoisierten Intellektuellen-Linken, sondern reflektiert übersensibel eine neue Qualität gesellschaftlicher Krisenhaftigkeit, die gesellschaftliche Orientierungen jeder couleur zu erschüttern begonnen hat.

Die Krise der kapitalistischen Arbeit

Die Konservativen haben die Erschütterungen schon früh wahrgenommen und "Mut" zu den alten Tugenden: Leistung, Verzicht und Unterordnung gegen die verunsicherten Emanzipatoren gesetzt. Bewußtlos restaurativ, aber sensibel, haben sie eine Ahnung davon, daß die andauernde Krise weit über eine ökonomisch-zyklische hinausgeht. Denn zwei längerfristig "gereifte" Krisentendenzen treffen heute zusammen mit der nun fünfjährigen strukturellen Krise, deren Folgen: Arbeitslosigkeit, Deklassierung und "Bewältigung" in Form einer Rationalisierungswelle ungekannten Ausmaßes den Boden des sozial-partner-staatlichen Friedens für sich schon zersetzen.

Zum einen sind die Grenzen der kapitalistischen Naturaneignung in der bedrohlichen Zerstörung der Lebensbasis, der schleichenden ökologischen Katastrophe, sichtbar geworden. Und auch in der Beherrschung der inneren Natur ist durch die Rationalisierung von Arbeit und Beziehungen eine Grenze schon überschritten, vom Ausmaß des psychischen Leidens sprachlos bezeugt.

Zum zweiten hat die Tendenz der kapitalistischen Rationalität, sich alle Lebensbereiche zu subsumieren, die gesellschaftlichen Reservate qualitativer (Natur- und Sozial-)Erfahrung und nicht-tauschvermittelter Reproduktion zerstörerisch umklammert. In Bereichen wie Erziehung und Gesundheitswesen hat die Tendenz zur Effektivierung, Standardisierung und Verwissenschaftlichung zu Apparaten des Grauens geführt, die mehr an Elend selbst produzieren, als sie zu verwalten vermögen. Zunehmend bedroht also die Rationalisierung ihre lebendigen Träger, die nicht-warenförmig durchgeformte, wenn auch zu funktionalisierende menschliche Sinnlichkeit und die Sinn-Orientierung, Ziel- und Glücksbilder. Und die Sinn-Krise, die Erschütterung der "abendländischen" Werte ist nur die Spitze eines Eisbergs, der als Krise der Lebensform des Werts, als Krise der kapitalistischen Arbeit und Vergesellschaftung auf die moderne "TITANIC" mit dem beschwörenden Namen: Modell Deutschland zutreibt ...

Ein emanzipierter Marxismus!

Haben sie also doch recht, die, die sich einer hermetischen Totalität, einer Vergesellschaftung mittels Quelle-Katalog und Kontaktsperre gegenübersehen, die Emanzipation nur außerhalb, nur "Dissidenten" zuließe? Nein, denn von "Krise" war die Rede, von einer Krise gerade in der Folge des Fortschritts der "systemischen" Tendenzen, die sich in Widersprüchen verwickeln, neue, zu untersuchende Sprengkräfte hervorbringen. Deshalb kann die Theorie der Emanzipation nicht eine System- oder Struktur-Theorie sein, sondern sie hat die Kernstruktur der "systemischen" Logik, deren krisenhafte Durchsetzung, aber auch deren Grenzen zu begreifen. Und dies ist mit Marx gegen den traditionellen Marxismus möglich, genauer: mit der Marxschen Kritik der Form kapitalistischer Arbeit.

Denn trotz geschichtsdeterministischer Reste kann Marx die radikalste Kritik des technischen Fortschritts formulieren, indem er analysiert, wie die Subsumtion des Arbeitsprozesses unters Kapital die konkrete Stofflichkeit nach der Logik eines Abstrakten zurichtet: der Verwertung des Werts. Denn die Produktivkräfte selbst in Form der Technologie (also Arbeitsorganisation, Teilung und Rhythmus) sind kapitalistisch: Vergegenständlichungen "abstrakter Arbeit", instrumentalistisch-gewaltförmig und "hart" ohne Rücksicht, nicht erst "verdorben" in kapitalistischer Anwendung. Nebenbei: diese Formbestimmung der kapitalistischen Arbeit ist auch nicht durch den Verweis nach "drüben" zu einer Zivilisationskritik zu verwässern, da mittlerweile nachgewiesen werden kann, daß in den Gesellschaften des "realen Sozialismus" kapitalistische Arbeitsform vorherrscht, wenn auch anders vergesellschaftet als in bürgerlichen Gesellschaften.

Zum zweiten kann auf der Basis der Formbestimmung kapitalistischer Arbeit die Tendenz zur Subsumtion aller gesellschaftlichen Bereiche näher bestimmt werden: Die Logik der Quantifizierung und Ver-War(e)ung greift in gesellschaftliche Gebiete ganz anderer Beziehungsformen (z.B. Familie) über. Sie zwängt diese funktionalisierend in den Käfig kapitalistischer Anforderungen und reduziert sie zur bloßen "Reproduktion" der kapitalistischen Verwertung.

Deshalb muß auf der Ebene der Theorie die Kritik an dieser gewaltsamen Formierung dazu führen, daß die Theorie selbst weniger subsumierend wird: Marxistisch lassen sich nur jene Strukturen erklären, "ableiten", die real

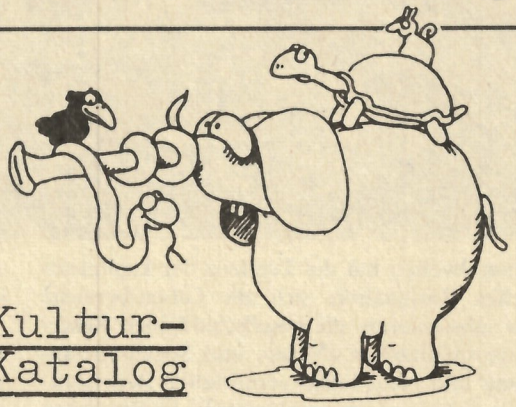
unter die abstrakte Logik subsumiert sind! Ein emanzipierter Marxismus wäre also die Theorie und Kritik in einem dieser Real-Logik (und deren Widersprüche), deren Kompetenz dort enden muß, wo innerhalb der rationalisierenden Umklammerung und sicherlich deformiert eine qualitativ andere Logik sich behauptet. So ist eine Grenze gegen gewaltsam-paranoides Systemdenken gezogen.
Drittens muß sich ein emanzipierter Marxismus bewußt bleiben, daß er Objektivität "auf Widerruf" zu erklären versucht, daß alle Dialektiken, "Gesetze" und "Widerspruchspotentiale" sich nur so lange der Analyse fügen, solange sich die Produzenten des gesellschaftlichen Zusammenhangs nicht klar darüber sind, was sie tun. Theoretische Ableitung verliert durch reale Emanzipation ihren Gegenstand; Geschichte beginnt dort, wo alle Prognosen und Tendenzanalysen praktisch widerlegt werden können! Wenn auch die Narben der Gewaltlogik noch lange spürbar schmerzen werden ...

Die Dialektik der Krise: Narziß und Elektronik

Wo liegen nun aber die Sprengkräfte, ja Übergänge in der Krise, welche die Hermetik eines totalisierten Systems aufgesprengt halten? Beide "Kampffronten" der bürgerlich-rationalisierenden Naturbeherrschung: Aneignung der äußeren durch Arbeit, Technologie, und Formierung der inneren Natur in der Sozialisation, haben sich in ein "Handgemenge" von Zerstörung, aber auch von Übergängen zu "weicheren" Beziehungen als solchen der rücksichtslosen Beherrschung verstrickt: Zum ersten deutet sich im Unterschied zum traditionsmarxistischen Dogma der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen eine **Dialektik der kapitalistischen Produktivkräfte** selbst an: Die abstrakte Logik der Verwertung gerät nämlich zunehmend an die Grenzen der Subsumierbarkeit von Natur und Arbeitskraft, indem die Intensivierung der Arbeit, die Zerstörung und Verschwendung natürlicher Grundlagen, hochkonzentrierte und -rationalisierte Technikkomplexe ab einem bestimmten Punkt selbst einzelkapitalistisch irrational werden. Aber auch die sich organisierende gesellschaftliche Verteidigung – vermittelt über gewerkschaftliche Kämpfe und staatliche Auflagen – wird zur Schranke. Ausschußproduktion, hoher Krankenstand und Bewegungen, die sich gegen die vielfältige Vergiftung wehren, werden zum ökonomischen "Faktor" im kapitalistischen Profitkalkül! Freilich ist damit nicht der "Todeskampf" eingeläutet; der Kapitalismus war bisher immer zäher und anpassungsfähiger, als Marxisten in ihren zu frühen Nachrufen zu wissen glaubten. Denn es deutet sich an, daß der Kapitalismus die Produktivkräfte auch "weicher" entwickeln kann: Neue Formen der Arbeitsorganisation, Gruppenarbeit, Rotation usw. geben Kompetenz an die Produzenten zurück, sollen zugleich aber Herrschaft verinnerlicht durchsetzen und profitables Engagement wecken. Verbilligte Microprozessoren deuten eine Perspektive dezentraler Steuerung von Produktionsabläufen an, meinen jedoch vor allem Flexibilität innerhalb der enteignenden Systemlogik des kapitalistischen Betriebs. Tendenzen zur Automatisierung sind Reaktionen auf die Krise des "subjektiven Faktors" der Produktion, entlasten zwar von auslaugender Teil-Arbeit und geben potentiell Verfügung zurück, machen jedoch ebenso den Produzenten zum – nun weißbekittelten, intellektualisierten – Anhängsel der Maschinerie.
So sind widersprüchliche Möglichkeiten alternativer Produktion zwar entstanden; doch deren emanzipatorischer Umschlag ist erst in Kämpfen um eine bedürfnisgeleitete Arbeit, ein qualitativ anderes Naturverhältnis zu erzwingen!
Ähnlich ambivalent sind die Schlachten verlaufen, die auf der "Innenseite" der Naturbeherrschung geschlagen wurden – Verwirrendes hat die spätkapitalistische Formierung der psychisch-körperlichen Natur der Menschen hervorgebracht: Das alte bürgerliche Subjekt, der Zwangscharakter, gespalten in den sublimierten, öffentlichen Arbeitsbürger und das privat-bedürftige Gefühls- und Lustwesen, ist von der **spätkapitalistischen Kulturrevolution** krisenhaft erschüttert worden.
Der calvinistische Sozialcharakter ist von "repressiver Entsublimierung", der (produzierten) Süchtigkeit nach den glitzernden Warenoberflächen und technifizierter Lust überrollt worden: mit käuflichem Glücksversprechen muß zur Leistung gelockt und müssen Zeiten depressiver Leere übertönt werden. Und trotzdem soll der zwischen Faszination und Depression Treibende Arbeits-Maschine bleiben, etwas "innovativer" gewiß, aber fähig zur Leistungsabstraktion an sich selbst, selbstbeherrscht durch einen Lebenssinn, obwohl die materielle Basis des alten Ethos: "Lebenswerk" oder Aufstieg in einem tiefgreifenden Zersetzungsprozeß begriffen ist. So deutet sich eine krisenhafte Veränderung des Sozialcharakters in Richtung des mythenumwobenen

Politische Literatur

200 Seiten; DM 12,80



Kultur-Katalog

Alternative Kulturpraxis
Zusammengesammelt von Roland Günter und Rolf Joachim Rutzen
240 Seiten; Paperback;
DM 15,-

Ferenc Fehér
Agnes Heller

Diktatur über die Bedürfnisse

Gesamtverzeichnis anfordern!

Sozialistische Kritik osteuropäischer Gesellschaftsformationen
180 Seiten; Paperback; DM 18,-

Wir liefern Hintergrund-Analysen zu den von G. Wallraff aufgedeckten Ungeheuerlichkeiten.

Weitere Schwerpunkte:
- Thesen zur Politischen Ökologie
- Zum Tode von Nicos Poulantzas
- Talfahrt der Regierung Barre in Frankreich

Einzelheft: 9,-;Abo: 44,

Postfach 50 15 71
2000 Hamburg 50
VSA-Verlag, Hamburg

"Neuen Sozialisationstyps" an, die – auf dem Grat zwischen narzißtischer Wunsch-Verstrikkung und revoltehaftem Ausagieren – vielleicht das Ende der so sehr deutschen angstneurotischen Blockierung gegenüber den "roten Fluten" der revolutionären Ver-Öffentlichung, das Ende des gepanzerten Arbeits-Untertan zu bewirken vermag ... Die unausgestandene Dialektik der Krise der kapitalistischen Arbeit bis in die Menschen hinein ist bloßgelegt – doch wie und durch wen entsteht Bewegung daraus, in Richtung Befreiung?

Revolutionäres Subjekt?

Damit, daß die Krise als Krise der kapitalistischen Arbeit mit ihren Widersprüchen und Übergängen bestimmt werden kann, sind nun aber Perspektiven freigeworden, die alten klassenanalytischen Zuordnungen und Ausgrenzungen, aber auch modisch-beliebige Bedürfnissucherei zu überwinden: Das neue revolutionäre Subjekt kristallisiert sich um die praktische Kritik der kapitalistischen Arbeits- und Vergesellschaftsform und um praktische Ansätze der Überschreitung im Kampf!

Die **Arbeiterbewegung** erfährt im Zuge der Krise und der Rationalisierungswelle eine neue "Klassenzusammensetzung": Die **unteren** Qualifikationsstufen, aber auch weite Teile der traditionellen Facharbeiter werden von Arbeitslosigkeit, Entwertung ihrer Qualifikation, Abgruppierung in solchem Maße bedroht, daß die Gewerkschaften schon mittelfristig gezwungen sein werden, von einer noch sozialpartnerschaftlich-defensiven Politik gegen die Folgen der Rationalisierung (z.B. Schutzabkommen) zu einer Strategie gegen die zerstörerische Profit-Rationalität selbst zu gelangen, soll nicht die soziale Basis der deutschen Arbeiterbewegung und des "Modell Deutschland" marginalisiert werden.

Sicher erst langsam werden neue Rationalisierungswellen den Spielraum verkleinern, innerhalb dessen um Arbeitsplätze um jeden (Atom) Preis geschachert werden kann. Und unter dem Druck von Deklassierung und Intensivierung werden die Fragen nach dem "wofür" und "wie" der Arbeit aufgenommen werden müssen. Alternative Arbeit wird praktischer Bezugspunkt der Rationalisierungsabwehr werden – bei Strafe einer korporativ-repressiven Krisenlösung.

Die **"intellektualisierten" Produzenten** am anderen Ende des polarisierten Gesamtarbeiters werden ebenfalls von Rationalisierungen durch elektronische Steuerung und Medien betroffen. Ihre bisher noch bisweilen kreative und disponierende Tätigkeit wird "tayloriisiert", denn sie steht nur scheinbar über dem nun elektronisch gesteuerten und teilautomatisierten Prozeß.

Der Schock, nichts anderes als ein – eben geistiges – Lohnarbeiter-Anhängsel der Maschinerie zu sein, wird sicherlich vom wissenschaftlichen Selbstbestätigungsversuch, trotzdem "Experte" zu bleiben, überlagert werden. Doch die vielfältigen Erfahrungen, daß eben durch diese wissenschaftliche Rationalität Natur und Menschen zerstört werden, dringt auch hier langsam ein und erschüttert den Mythos unbeschränkt technologischer Machbarkeit. Durch die Erfahrung, immer mehr Rädchen im Getriebe einer tödlichen Maschine zu werden, wird die Frage nach alternativer Arbeit immer weniger verdrängt werden können.

Alternative Arbeit wird aber auch langsam und widersprüchlich zum Bezugspunkt der **Ökologiebewegung**: Durch Erfahrungen hat sich der Horizont dahin erweitert, daß im Kampf gegen das Atomprogramm und den durchsetzenden Staat die Rationalität der rücksichtslosen Profitproduktion selbst ins Zentrum geraten mußte. Denn die Linien von Vergiftung, radioaktiver Bedrohung, amoklaufendem Verkehr, die unser Leben und Überleben gefährden, laufen in der kapitalistischen Logik zusammen. Sicher gerät das Zentrum, die Form der Arbeit, erst langsam in den Blick einer Bewegung, die aufgrund ihrer sozialen Zusammensetzung, ihres gesellschaftlichen Erfahrungsbereichs und einer Grundströmung konservativer Veränderungsfurcht eher zivilisationskritischem "Maßhalten" und Lebensstil-Alternativen zuneigt. Doch in den Konflikterfahrungen wird deutlich werden, daß es um die Qualität der Reproduktion in Natur- und sozialen Beziehungen geht, daß schließlich die gesellschaftlich weit ausgreifende Qualität der Arbeit das Objekt des Konflikts werden muß, wenn der Widerstand nicht zu missionarischem Idealismus und privatistischer Lebensreform verkommen soll.

Doch Lernprozesse und folgenreiches Begreifen von Erfahrungen sind nichts Zwangsläufiges. Vielmehr ist mehr denn je die **Initiativfunktion der politischen Linken** der Springpunkt: Die partikularen Erfahrungen auf den Punkt zuzuspitzen, an dem die Qualität der Arbeit und Rationalität zur Debatte steht, Erfahrungen zu organisieren, daß alternative Arbeit in den Blick gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Perspektiven gerät, begriffen und sinnlich greifbar, ist Aufgabe der Linken. Sie muß nicht gegen Erfahrungen agitieren, sondern kann Aufgebrochenes weitertreiben, in die noch so staatsfromm-reformistische Arbeiterbewegung "Buntes", kulturrevolutionären Überschuß und emanzipiert-marxistisches Wissen einbringen, wie in der Ökologiebewegung das harmlose Grün nach Rot hin schärfen.

Noch ist das neue revolutionäre Subjekt traditionsverzerrt zerrissen – erst aufgeschreckt von der tiefgreifenden Krise bewegt es sich in alle Richtungen. Doch es besteht die historische Möglichkeit, Subjekt zu werden aus Erfahrungen und eingreifender Praxis.

aus: "stern"

Die Gesellschaftlichkeit der Alternative

Doch wie und wo wird die Alternative praktisch, materiell greifbar? Sicher ist die argumentative Kritik wichtig, die Auflösung der existierenden Spaltung in reformistische Arbeiterbewegung und grünlich-lebensreformerische Ökologiebewegung und die **inhaltliche** Vereinheitlichung um die Perspektive alternativer Arbeit (was sich unter den gegenwärtigen Bedingungen **auch** in einer nationalen Bunten Liste vergegenständlichen, artikulieren sollte!).

Doch greifbar als alternative Arbeit ist im Moment erst die Alternativbewegung, eine Vielzahl von Projekten und Initiativen. Angesiedelt im Bereich handwerklicher, kunsthandwerklicher Produktion, in Marktlücken und Nischen, die sich durch den zunehmenden Überdruß an kapitalistischer Normalbefriedigung à la Hertie geöffnet haben oder die in Zonen zugespitzter sozialstaatlicher Ratlosigkeit (Drogen, alte Menschen) experimentieren dürfen, sind sie noch kaum eine **gesellschaftliche** Alternative. Und Gesellschaftlichkeit wird kaum dadurch entstehen können, daß sich die Phantasie etwas naiv die rapide Vermehrung der Projekte und die Durchsetzung "vernetzter", in sich immer noch exotischer Initiativen ausmalt.

Denn solange von "alternativer" Seite das Dogma: "small is beautiful" gepflegt wird, industrielle Produktion und Vergesellschaftung bloße Angstbegriffe bleiben, ist der Übergang zur gesellschaftlichen Alternative schwer denkbar.

Dezentralisierte Organisation, handwerkliche Arbeit werden wichtige Teilmomente in einer befreiten Gesellschaft sein; doch warum soll es ein für allemal ausgemacht sein, daß es immer Herrschaft bedeutet, wenn Produktion im großen Maßstab, gesamtgesellschaftliche Arbeitsplanung, Bedürfnisinterpretation und -befriedigung unter Bedingungen vernünftiger Abwägung möglich werden? Die Predigt vom notwendigen Verzicht, der Selbstbeschränkung zum Überleben, kann sich offensichtlich nicht vorstellen, daß die Produktivität der Arbeit und damit in weiten Bereichen großtechnisch-industrielle Produktion gesellschaftliches Problem bleiben, angesichts des existierenden Mangels und der Notwendigkeit weitreichender "Umbauten" der bestehenden Technik. Doch sie wird **Problem** sein, Problem der demokratischen Abwägung zwischen Arbeitsleid, ökologischer Belastung, Arbeitszeit, Problem, zwischen alternativen Prioritätenvorschlägen zu entscheiden und nicht mehr bestimmt vom blindwütigen "Gesetz" der Profitkonkurrenz. Und eine gesellschaftliche Alternative wird so Utopie eines neuen Verhältnisses zur Natur in Gestalt der vergesellschafteten Kombination verschiedener Formen der Arbeit sein können: "weicher" industrieller, von einer neuen Naturwissenschaft der Koexistenz getragen, und handwerklich-ästhetischer Produktion. Näher daran, die Grenzen der Produktivitätsnotwendigkeit, Grenzen zwischen Arbeit und Beziehungen, Zweck und Spiel, Neugier verschwimmen lassen zu können ...

Es bedarf solcher angstfreier gesellschaftlicher Utopien, wenn der Schritt aus dem Getto, auch aus der "alternativen" Selbstgettoisierung heraus, gelingen soll, wenn die Melodie die Verhältnisse und Bewegungen erreichen soll, die zu tanzen angefangen haben.

SZ TÜBINGEN

★

10 Jahre "plakat"

Vor 10 Jahren – im Sommer 1969 – erschien zum ersten Mal "plakat", die Betriebszeitung der "plakat"-Gruppe bei Daimler-Benz in Untertürkheim. Über die Geschichte der Gruppe ist viel geschrieben worden. Zuletzt wurde sie in einem Buch dokumentiert (1). Es geht hier nicht darum, sie noch einmal nachzuzeichnen. Einige Probleme ihrer Arbeit werden dargestellt und diskutiert. Der Beitrag entstand nach einem Gespräch mit einem Mitglied der Gruppe.

Die "plakat"-Gruppe ist eine der wenigen Betriebsgruppen in der BRD, die mit großer Kontinuität, über einen Zeitraum von 10 Jahren hinaus versucht hat, betriebliche Öffentlichkeit herzustellen und Interessen im Betrieb zu vertreten, ohne Sozialpartnerschaft verinnerlicht zu haben, und die außerhalb der IG-Metall, aus der sie ausgeschlossen wurde. Bemerkenswert ist, daß die Gruppe bei Betriebsratswahlen immer gut abgeschnitten und zuletzt einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte. Das Vertrauen der Arbeitskollegen, das sich darin ausdrückt, zeigt wie weit offizielle Gewerkschaftspolitik manchmal hinter den Möglichkeiten zurückbleibt.

Die Bedingungen bei Daimler-Benz sind in einer Hinsicht Durchschnitt. Keine klassenkämpferischen Traditionen wirken hier besonders kräftig nach. Ganz alltäglich aber sind sie nicht. Die Arbeit der "plakat"-Gruppe ist Betriebsarbeit unter quasi hochkonjunkturellen Bedingungen. Keine dramatischen Massenentlassungen drohen. Die Geschäftsleitung kann es sich leisten, die Gesetze und innerbetrieblichen Vereinbarungen im großen Ganzen einzuhalten. Zugleich aber fehlt damit ein Stachel für die Belegschaft, sich zur Wehr zu setzen:

Am Daimler-Konzern sind die Krisen der Automobilindustrie in den letzten Jahren im wesentlichen vorbeigegangen. Als 1974/75 in beinahe allen deutschen Automobilfirmen die Produktion drastisch zurückging, wurde sie bei Daimler gesteigert. Der Konzern hat auf Kosten anderer Automobilhersteller seinen Marktanteil in den letzten Jahren erhöht. Erst kürzlich hieß es im Handelsblatt: "Fast vorweihnachtliche Stimmung könnte der Aktionärsbrief der Daimler-Benz AG für die Monate Januar bis September 1979 sowohl bei den 140.000 Anteilseignern als auch bei den ebenfalls vom Erfolg des Unternehmens abhängigen 180.700 Mitarbeitern wecken. Die Fahrt der Untertürkheimer Nobel-Automobilbauer geht ungebremst voran."

Die abgeschwächte Inlandsnachfrage nach PKWs wurde durch Auslandsbestellungen wettgemacht, der Auftragseingang steigerte sich insgesamt und bildete ein Polster für ca. 2 Jahre. Bei Nutzfahrzeugen wiederum hält der Inlandboom an, verstärkte sich das Auslandsinteresse. Den großen Profit verspricht sich die Geschäftsleitung auch vom künftig produzierten Spar-Mercedes W 200.

Die ungebrochene Konjunktur bei Daimler darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Konzern von der Krise anderer nicht nur durch die Eroberung von Marktanteilen profitiert hätte. Sie begründeten den Einstellungsstopp, durch den die Arbeit intensiviert wurde, es kam zu durchgreifenden Rationalisierungsprozessen.

Keine politische Avantgarde

Die "plakat"-Gruppe hatte es in den letzten Jahren vor allem damit zu tun. Es ging um Abgruppierung, Dequalifizierung und Arbeitsintensivierung, die für die Betroffenen allerdings selten Absturz in eine soziale Notlage bedeuteten. Manchmal war Rationalisierung Abschaffung menschenunwürdiger Arbeit (etwa in der Spritzlackiererei). Die Arbeit der "plakat"-Gruppe ist Kleinarbeit um die Gestaltung von Arbeitsplätzen und Lohnfragen mit Niederlagen und Kompromissesn. Über ihre Form wird in der Gruppe selbst diskutiert. Soll man z.B. juristisch vorgehen, obwohl damit Probleme individualisiert werden; soll man selbst eingreifen oder Selbsttätigkeit der Betroffenen abwarten (2). Im Alltag ist sie bisweilen eher Sozialarbeit oder Dienstleistungsservice als kämpferische Interessenvertretung: Ein ausländischer Kollege braucht Wohnung und Arbeitserlaubnis, die Temperatur in irgendeiner Halle ist zu niedrig, das Band läuft zu schnell, die Spätschicht fordert warmes Essen usw. Spektakulärer waren die Konflikte um den Wahlbetrug zu Ungunsten der Gruppe und die Persönlichkeitswahl anläßlich der letzten Betriebsratswahlen.

Die Gruppe besteht in ihrem Kern aus ehemaligen KPD-Mitgliedern, SBlern und linken Sozialdemokraten. Das Kriterium, von dem sie in ihrer Betriebsarbeit ausgeht, ist verblüffend einfach, wenn auch um so schwerer jeweils konkret zu vermitteln:

Das für die Zukunft einer nichtkapitalistischen Gesellschaft Wünschenswerte soll heute ein Stück weit vorweggenommen werden. Wesentlich für die Bestimmung dieses Wünschenswerten ist für die Mitglieder der Gruppe die Kritik am "real existierenden Sozialismus", die Aufarbeitung der Erfahrungen, die einige mit traditionellen Arbeiterorganisationen gemacht haben. Daraus ergibt sich z.B. die Forderung nach Öffentlichkeit im Betrieb und außerhalb, nach Demokratie in der Gewerkschaft, die Ablehnung einer Technologie, die den Arbeitenden total in sich einspannt, die Ablehnung einer Technologie, die den Arbeitenden total in sich einspannt, die Ablehnung eines totalen Kontrollsystems zur Überwachung der Belegschaft, wie es ISA darstellt (s. dazu Kasten) usw. Trotz aller politischen Erfahrungen, die in der Gruppe versammelt sind, versteht sie sich, anders als manch andere Betriebsgruppe, nicht als politische Avantgarde.

Sie knüpft in ihrer Betriebsarbeit an den Interessen der Lohnabhängigen an, so – wie sie sie vorfindet, hat ihre Gesundheit im Auge, ihr Bedürfnis nach angemessener Entschädigung, geht von ihrem Gerechtigkeitssinn und Begriff vom Würde aus und versucht zugleich, sich nicht über Ängste einfach hinwegzusetzen.

Aus der Sichtweite des Gewerkschaftsapparates ist es konsequent, daß die Gruppe aus der IG Metall ausgeschlosen bleibt – so die jüngste Entscheidung, nachdem sie Wiederaufnahme beantragt hatte. Die Furcht einer sozialpartnerschaftlich längst in den Kapitalismus eingebundenen Gewerkschaftsbürokratie, die Interessen der Lohnabhängigen, könnten sie sich offen artikulieren, würden vielleicht doch über die bestehenden Verhältnisse hinausweisen, ist groß. Die Gruppe bleibt draußen, weil sie Öffentlichkeit für die Voraussetzung hält, damit das Interesse der Lohnabhängigen überhaupt sichtbar werden kann, weil sie Gruppenbildung in der Gewerkschaft für eine schiere demokratische Selbstverständlichkeit hält. Sie bliebt draußen, weil die Grup-

Wie wird die neue Motorenmontage aussehen?

Wo heute noch das alte Motorenprüffeld ist, soll in 3 Jahren die neue Motorenmontage sein. Am 8. Mai hat die Werkleitung den Betriebsrat darüber informiert, wie die neue Motorenmontage aussehen soll. Die Kollegen an den Fließbändern werden fragen: Was hat die Firma vor, wird es für uns besser oder schlechter werden?

Die Antwort ist:

1. Die Werkleitung will, daß die Arbeiter auch in der neuen Motorenmontage am Fließband arbeiten.
2. Die Fließbänder in der neuen Motorenmontage sollen so aussehen, wie heute schon das Band VII aussieht, wo die Motoren mit 8 Zylindern montiert werden.
3. In der neuen Motorenmontage soll es 8 Fließbänder geben. Sie sollen jeweils 45 Meter länger sein als die alten.

Weil die Fließbänder in der neuen Motorenmontage länger sein werden, als sie heute sind, wird es für die Arbeiter am Anfang etwas besser sein. Aber wenn die Stückzahlen weiter steigen und wieder mehr Leute an die Bänder gestellt werden, dann wird es bald wieder so aussehen, wie es jetzt in der Motorenmontage aussieht.

Wir fordern, daß die starren Fließbänder abgeschafft werden. Man kann jedes Fließband in kurze Stücke aufteilen. Aus einem langen Band z.B. 10 kurze Bänder machen. An so einem kurzen Fließband sollten 6 oder 7 Arbeiter in einer Gruppe zusammenarbeiten. Der jeweils auf einen Einzelabschnitt des Bandes folgende Puffer wird so groß gewählt, daß darin die Arbeit der Gruppe von einer Stunde zwischengelagert werden kann. Erst danach kommt wieder ein Bandabschnitt, dann wieder ein Puffer usw.

Welchen Vorteil hat diese Methode?

1. Jede Gruppe kann das Tempo ihres Abschnittes unabhängig vom Tempo der vorherigen oder nachfolgenden Gruppe bestimmen, im Rahmen einer vorgegebenen Tagesleistung.
2. Die Arbeiter innerhalb einer Gruppe werden an allen Tätigkeiten ihres Abschnittes ausgebildet. Als Entlohnungsform wird die Bereichsbewertung gewählt. Dadurch haben alle Arbeiter innerhalb einer Gruppe den gleichen Lohn. Ein Arbeiter in jeder Gruppe kann zum Gruppenleiter gewählt werden.
3. Das herkömmliche Springersystem wird abgeschafft. Jede Gruppe organisiert ihre Arbeit so, daß die einzelnen Gruppenmitglieder ihre Bedürfnispausen in gegenseitiger Abstimmung nehmen können.

Es ist klar, warum die Firma starre Fließbänder will und keine Gruppenarbeit. Starre Fließbänder sind billiger. Deshalb wird es entscheidend von den Aktivitäten der Kollegen abhängen, inwieweit die Firma ihre Planung verwirklichen kann.

pe zeigt, was die IG Metall und ihre Arbeit heute nicht ist.

Betriebsarbeit im Automobilkonzern und Ökologie

Aber ist das alles? Müßte sie nicht noch mehr tun? Geht sie in ihrer Arbeit nicht von einem – wenn auch maßvoll – traditionalistischen Verständnis umwälzender Praxis aus, das revisionsbedürftig wäre? Einige aus der Gruppe haben sich auf der Eberle-Liste in den Stuttgarter Kommunalwahlkampf eingeschaltet. Eine Beteiligung an einer Grünen Liste für die nächste Bundestagswahl wird zumindest von Willi Hoss erwogen (s. Interview in der taz). Wird hier nicht gewerkschaftliche Arbeit und Politik klassisch getrennt aufeinanderbezogen?

Und weiter: die Automobilindustrie steht heute neben der Rüstungsindustrie geradezu symbolisch für den Umschlag der Produktivkräfte in Destruktivkräfte. Sie hat in einer menschenwürdigen Gesellschaft kaum eine Zukunft. Müßte die Gruppe also in ihrer Betriebsarbeit nicht das Produkt selbst kritisch zum Thema machen?

Kampfplakate der Arbeiterbewegung

"Kampfplakate der Arbeiterbewegung – Kalender 1980" ist lieferbar. Der Kalender enthält 12 großformatige Blätter (40 x 60 = DIN A 2), teilweise zwei- und vierfarbig, aus der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und ist über die "Studiengruppe zur Geschichte der Arbeiterbewegung" zubeziehen. Der Kalender kostet DM 17,80 (zuzüglich Porto). Bestellungen (mit Scheck, Bargeld, Briefmarken) an Studiengruppe, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1.

Solche Fragen sind sicher berechtigt, aber auch abstrakt gegenüber dem betrieblichen Alltag der Gruppe; jedenfalls zur Zeit noch. Sicher hat ISA gezeigt, daß die Entfaltung der Produktivkraft in erschreckender Weise Ausweitung des "Großen Bruders" bedeutet. Und doch, eine zentrale Frage unserer Gesellschaft, das Ökologieproblem ist eines, das bisher nur außerhalb der Produktion breit aufgegriffen wurde, in ihr aber vom Arbeitsplatzproblem meist zurückgedrängt wird.

Jenseits des Problems, welche Bedeutung es für Basisarbeit im Betrieb hat, wenn man sich auf das Spiel etablierter politischer Institutionen einläßt, ist es so nicht ohne Logik, wenn einzelne aus der "plakat"-Gruppe den Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt außerhalb des Betriebs aufnehmen; zumindest drückt sich darin nicht bloß schierer Traditionalismus aus, sondern Anerkennung des Vorgefundenen. Es ist allerdings absehbar, wann das Ölologieproblem auch zum Problem der gewerkschaftlichen Arbeit bei Daimler wird. Gegen den Plan einer Teststrecke der Daimler-Benz AG inmitten eines fruchtbaren Bauernlandes hat sich die Bürgerinitiative "Bundschuh" gebildet. Nach Meinung der Daimler-Geschäftsführung geht es in diesem Konflikt sicher wieder einmal um die Arbeitsplätze der Zukunft. Der Betriebsrat und in ihm die Mitglieder der "plakat"-Gruppe werden sich dazu verhalten müssen. Es wird darum gehen, ob kurzfristig auseinandergehende Interessen innerhalb der Opposition gegen die hier herrschenden Verhältnisse wieder einmal zur Mobilisierung gegeneinander ausgenutzt werden können. Der Konflikt könnte somit exemplarische Bedeutung bekommen – als Gegenbeispiel zum "Atomfilz".

JENS HUHN

10 Jahre "plakat"

(1) Rotbuch Verlag, Berlin

(2) So kam es jüngst über ISA zu einem Kompromiß, der darauf zielt, daß seine Anwendung auf solche Personen eingeschränkt bleibt, bei denen aus Alters- oder Gesundheitsgründen ein Arbeitsplatzwechsel notwendig erscheint

Macht der Computer – Ohnmacht der Menschen

Direktor Hirschbrunn (kaufmännische Werkleitung) hat es diesmal dem Betriebsrat gleich schriftlich gegeben: Bei ISA gibt es keine Mitbestimmung. Auf der gleichen Wellenlänge äußerte sich Direktor Gentz (Personalverwaltung) gegenüber einem Reporter der Stuttgarter Nachrichten: Eine Betriebsvereinbarung zu diesem Thema wird von der Firma abgelehnt!

ISA ist ein sogenanntes Personalinformationssystem. Damit wollen die Herren in der zentralen Personalverwaltung erreichen, was heutzutage eigentlich nur noch dem Kleinunternehmer möglich ist, der 20 Leute beschäftigt: Sie wollen jeden einzelnen unter den 120.000 Daimler-Beschäftigten, über die sie regieren, genau kennen. Sie wollen wissen, was seine besonderen Kennzeichen sind, seine körperlichen Gebrechen und beruflichen Fähigkeiten, ob er bereit ist sich unterzuordnen und wozu man ihn verwenden kann. Genau genommen wollen sie noch mehr wissen, als der Kleinunternehmer. 250 Daten zur Person sollen über jeden Einzelnen im Computer gespeichert werden, und das ist erst der Anfang ... Die verschiedenen Personalabteilungen in den Daimler-Benz-Werken haben auch bisher schon Daten über die einzelnen Arbeitnehmer gesammelt. Mit ISA geschieht jedoch etwas völlig Neues: Erstens wird die Zahl der Daten gleich am Anfang verfünffacht und kann in Zukunft beliebig vermehrt werden. Zweitens werden diese Daten in eine systematische Ordnung gebracht, und drittens werden die Personaldaten aller Daimler-Beschäftigten in einem zentralen Computer zusammengefaßt.

Verglichen mit diesem elektronischen Datenspeicher sind die zerstreuten Handakten, wie sie bisher in den Personalabteilungen geführt werden, die reinste Spielerei. Der Computer kann Millionen Daten in kürzester Zeit nach verschiedensten Programmen auswerten. Eine solche Auswertung ist auf der Grundlage von Handakten praktisch unmöglich, selbst wenn man die Zahl der Angestellten in den Personalabteilungen verhundertfachen würde.

Aber ... aber ..., betont Direktor Hirschbrunn, »wir wollen damit doch nur geeignete Arbeitsplätze für unsere altersgesicherten Mitarbeiter finden«. In der Tat, es steht zu befürchten, daß er solche Arbeitsplätze bald mit der Laterne am hellichten Tag suchen muß. Wenn die Geschäftsleitung mit ISA nur Arbeitsplätze suchen würde, die sie vorher selbst im Namen der Wirtschaftlichkeit unermüdlich wegrationalisiert hat, dann wäre der ganze Aufwand kaum ein müdes Lächeln wert.

Die Erfinder der Datenbanken sind an diesem Punkt ehrlicher als ihre Anwender – gezwungenermaßen, denn sie müssen ihre Erfahrung ja an den Mann bringen, während Direktor Hirschbrunn sich einfach weigert, mit dem Betriebsrat darüber zu verhandeln. In einer Untersuchung im Auftrag der Bundesregierung machten Wissenschaftler des Forschungsinstituts für Rationalisierung an der Technischen Hochschule in Aachen eindeutige Aussagen: Personalinformationssysteme werden notwendig, weil durch extreme Arbeitsteilung in der Großindustrie immer mehr Arbeitsplätze entstehen, die total einseitige Anforderungen an den Menschen stellen, und weil es immer schwieriger wird, für solche Arbeitsplätze geeignete Arbeitskräfte zu finden.

Rotbuch

plakat

10 Jahre Betriebsarbeit bei Daimler-Benz
Hg. P. Grohmann/H. Sackstetter
Rotbuch 213
136 Seiten DM 8 (Abo 7)

Die plakat-Gruppe beschreibt Ergebnisse und Schwierigkeiten ihrer betrieblichen Initiativen, Erfolge und Widersprüche ihrer Opposition gegen die offizielle Gewerkschaftspolitik und ihre Versuche, über den eigenen Betrieb hinauszuwirken.

Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1979/80

Arbeitskampf um Arbeitszeit

Hg. O. Jacobi/W. Müller-Jentsch/ E. Schmidt
Rotbuch 1980
224 Seiten DM 9 (Abo 8)

Aus dem Inhalt: Krise und Gegenwehr in der Stahlindustrie / Arbeitszeitverkürzung und Belastungsprobleme / Arbeiteröffentlichkeit: Betriebs- und Gewerkschaftszeitungen / Frauenstreik im Hunsrück / Wohin geht die IG Chemie? Analyse einer Einzelgewerkschaft / Chronik / Dokumente u. a. Beiträge

Roter Kalender 1980

gegen den grauen Alltag

192 Seiten für nur 4 Mark 50, im Plastikeinband und mit ner Fadenheftung, damits hält

"Rock gegen Rechts"

Für alle, die dabei waren am 16./17.6. dieses Jahres in Frankfurt und für alle, die nicht dabei sein konnten, ist jetzt ein live-Mitschnitt als Platte erschienen.

Die LP enthält über 50 Minuten gute Musik der aufgetretenen Gruppen und ist zu einem akzeptablen Preis (DM 17,90) in linken Buchläden und anderswo zu kaufen.

Der Erlös dient der Deckung des Defizits, das den Veranstaltern bei der Organisation der Veranstaltung entstanden ist. **N.S.**

Leserbriefe

Militarismus!

Bei dem Artikel von Norbert Gentemann in "links" Nr. 114 ist mir – als einem, der sich vom Soldaten zum Antimilitaristen entwickelt hat – einiges unangenehm aufgestoßen. Es wird u.a. dargelegt, daß antimilitaristische Soldatenarbeit vorhanden ist und diese noch weiter auszubauen sei. Dies ist ein frommer Wunsch, doch leider sieht die Realität etwas anders aus. Ich bin Ende März dieses Jahres aus der Institution Bundeswehr entlassen worden und kann dazu nur sagen, daß ich in meiner Zeit als Wehrdienstleistender keine antimilitaristische Soldatenarbeit erlebt habe. Das einzige, was ich in der Zeit erlebt habe: Einmal wurden am Sonntagabend vor der Wache in Oldenburg Flugblätter der DKP verteilt und drei oder viermal wollten KBW-Leite ihre Volkszeitung vermarkten. So sieht z.Zt. konkret die Soldatenarbeit in der zweitgrößten Garnisonsstadt der BRD aus. Innerhalb der Kaserne ist eine Soldatenarbeit, die nicht im Sinne der Bundeswehr ist, ohnehin nicht möglich. Auf der einen Seite steht der Disziplinierungsapparat der Vorgesetzten, auf der anderen Seite das Desinteresse der Soldaten. Es sieht dann meistens so aus, daß sich Soldaten individuell und in unpolitischer Form gegen den Militärapparat zur Wehr setzen. In der Grundausbildung, wo man den ganzen Tag gescheucht und angebrüllt wird, denken die Rekruten sowieso nur ans Wochenende. Nach der Grundausbildung, wenn der Druck etwas nachläßt (z.B. nicht mehr Abends um 22 Uhr im Bett liegen müssen, drei mal am Tag zum Essen geführt werden usw.), verdrückt sich jeder so gut er kann. Ein Teil flüchtet sich dann in Drogenkonsum, die Mehrzahl versucht aber mit Hilfe von Alkohol die Bundeswehrzeit durchzustehen. So durchlaufen jedes Jahr ca. 150.000 Wehrpflichtige die "Schule der Nation". Nach dreijähriger Ausbildungszeit im Betrieb erhalten die jungen Leute in dieser Schule der Nation den letzten Schliff und sind somit ein guter, unkritischer Nachwuchs für dieses Wirtschaftssystem. Wenn es gelingen könnte, bundesweit unter den wehrpflichtigen Soldaten in der Bundeswehr eine Organisation aufzubauen (ähnlich wie die holländische VVDM), welche die Belange der Soldaten vertreten würde, so wäre dies eine begrüßenswerte Sache. Jedoch ist dies ohne die Zustimmung der Bundeswehr nicht möglich. Für die Bundeswehr existiert als Vertretungsorgan der Soldaten nur der Bundeswehr-Verband. Dieser vertritt aber fast nur die Interessen der Berufs- und Zeitsoldaten. Um aus diesem ganzen Dilemma rauszukommen, hätte ich einen ganz anderen Vorschlag zu machen. Warum könnte man in der BRD nicht auch eine reine Berufsarmee einführen. In den NATO-Staaten Großbritannien, Kanada und USA wird dieses seit längerer Zeit praktiziert. Es würden dann nicht mehr Menschen in eine Armee hineingepreßt, die dort dann im wahrsten Sinne des Wortes kaputtgehen. Zum anderen würde sich das ganze KDV-Problem mit all seinen Ungerechtigkeiten nicht mehr stellen.
An das revolutionäre Potential unter den Wehrpflichtigen vermag ich ohnehin nicht mehr zu glauben. Ein Teil der bundesdeutschen Linken ist hier vielleicht noch anderer Meinung.
Die Einführung einer Berufsarmee wäre für micht eine wirkliche Alternative zur jetzigen Situation, wobei natürlich das langfristige Ziel, die Abschaffung des Militärs überhaupt sein muß.

FRANZ JUNG
(Osnabrück)

Die Aufhebung der Kritik im Himmel der Moral

Es ist gut, daß Dany Diner den Finger auf die merkwürdige Allianz in der "Flüchtlingsfrage" von der FAZ bis zur TAZ, deren Achse die Verdrängung der neueren vietnamesischen Geschichte ist, legt. Aber er tut es leider nur halbherzig. Offenbar reichen die furchtbaren Verwüstungen, die der imperialistische Krieg angerichtet hat, als Urteilsgrundlage nicht aus. Dany Diner führt eine zusätzliche an: "Mangel an revolutionärer Moral internationalistischer Politik". Das klingt nun wirklich sehr revolutionär. Aber um wessen Moral soll es sich da handeln? Welche Gedanken hat man wohl im Kopf, wenn man vom sozialen, chemischen und psychischen Gift des Krieges verheert und vom Hungertod bedroht ist (die heutige Reisration beträgt ein Sechstel ihrer früheren Höhe), wenn zu alledem noch der Konflikt mit dem übermächtigen Nachbarn im Norden kommt? Was für Dany Diner auf ethnische Minoritätenprobleme oder "diese oder jene gesellschaftliche Funktion" (?) der Flüchtlinge zusammenschnurrt, stellt sich für die Masse des Volkes wohl eher als Kriegsgewinnlertum und klassenmäßige Privilegiertheit dar. Wie schwer dagegen anzugehen ist, zeigt der behutsame Bericht von Erich Wulff aus Vietnam. Dany Diner stellt sich solche Fragen nicht. Seine Antwort kann daher auch nur darin bestehen, zu einer "Politik im Sinne einer Korrektur am Vorgefundenen und Gewordenen" aufzufordern. So genau hat es nun wirklich keiner wissen wollen! Daß es schließlich gar nicht um Vietnam geht, sondern um die moralische Reputation der Linken hier, reduziert die Eingangsbemerkungen des Artikels zu bloßen Floskeln. Dany Diner ist enttäuscht, daß ein um sein Überleben kämpfendes sozialistisches Volk keine so unbefleckte Visitenkarte vorweisen kann, wie er das gerne hätte. Und deswegen gibt er der Realität und der Notwendigkeit historisch-materialistischer Analyse der Vorgänge in Vietnam gegen das bürgerliche und linksmoralische Kesseltreiben vollends den Laufpaß. Es sei gar "nicht unsere Aufgabe, uns direkt in die Lage der Handelnden zu versetzen". Vielmehr geht es um die heikle linke Identität, diese geschundene Prinzessin auf der Erbse, die nicht wahrhaben will, daß Revolutionen kein Spaziergang sind. Wer deren Fehler kritisiert, muß das aus ihren Bedingungen heraus tun und nicht vom Himmel der Moral her.

GERHARD ARMANSKI
Berlin

Kleinanzeigen

(11/1) **Kinder machen selber Lieder** – Ein Unterrichtsversuch im Deutsch- und Musikunterricht der Grundschule. Beiträge zu einer did. Theorie und U.bspe. Zum Kopieren kriegt man die Arbeit bei: Christoph Haas, Gärtringer Str. 36, 7031 Rohrau

(11/2) **"Verpackt"** – ein subjektives Bilder- und Lesebuch gegen die Warengesellschaft BRD; zus. v.e. Autorenkollektiv, DM 9,–. "Straße Frei" – Gedichte von Oskar Kanehl mit Zeichnungen von George Grosz, DM 6,–. TROTZDEM-VERLAG, Obere Weibermarktstr. 3, 7410 Reutlingen

(11/3) **Nürnberger Volksschule** – Das neue Programm der Nürnberger "Volksschule" ist da! Wer Interesse an den einzelnen Veranstaltungen und der Konzeption dieses alternativen Schulprojektes hat, wende sich bitte an den Verein für politische und kulturelle Bildung e.V. ("Volksschule"), z. Hd. von Michael Beck, Dallingerstr. 16, Rückgebäude, 85 Nürnberg. Bitte Briefmarken im Wert von DM 1,80 für Rückporto beilegen.

(11/4) **Gesucht:** Wer kann mir möglichst billig die **päd-extra**-Ausgaben von 1973 (ganzer Jahrgang) und von 1974 (1-12) abgeben? (evtl. auch noch einzelne andere Ausgaben von pädex und pädexsozialarbeit). Detlev Neumann, Mallinckrodtstr. 136, 46 Dortmund 1, Tel. 0231/815948

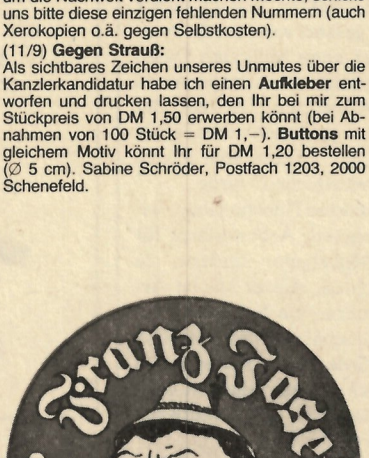
(11/5) **Antimilitarismus:**
Über ALTERNATIVEN ZUR MILITÄRISCHEN VERTEIDIGUNG hat der Arbeitskreis Friedensforschung der Katholischen Studentengemeinde eine kleine Broschüre herausgegeben. Auf 15 Seiten, aufgelockert durch Karikaturen, wird über Abrüstungsbemühungen, ein militärisches Gegenmodell zur herkömmlichen Verteidigung (Afheldt) und Soziale Verteidigung informiert. Der Text ist gedacht als erste Einführung, z.B. für Schüler und Jugendliche; Lehrer und Gruppenleiter können sie (hoffentlich) verwenden, sollten sich aber selbst noch mehr informieren, z.B. mit Hilfe der angegebenen Literatur.
Vertrieb: Katholische Studentengemeinde, Beethovenstr. 28, 6000 Frankfurt 1, gegen Voreinsendung von DM 0,50 pro Exemplar (+ Porto) in Briefmarken. Ab 20 Exemplare auch Lieferung mit Rechnung.

(11/6) **EULENSPIEGEL**, Stadtteilzeitung für die Obdachlosensiedlung Eulenkopf/Heyerweg in Gießen. Je Heft 20 Seiten. DIN A 4. Bisher sind 4 Nummern erschienen. Je Ausgabe 50 Pfg. + 80 Pfg. Porto. Bezug über: H.-J. Wirth, Wartweg 3, 63 Gießen.

(11/7) **MOTIVE SOZIALEN ENGAGEMENTS.**
Über Selbstbild, Einstellung und Arbeitsweise sozialpolitisch handelnder Gruppen am Beispiel der Initiativgruppe Eulenkopf, Gießen. Von H.-J. Wirth. Vorwort von H.E. Richter. 214 S./DM 18,–. Portofreier Bezug über: H.-J. Wirth, Warthweg 3, 6300 Gießen.

(11/8) **Gesucht:** Das **Schweizerische Sozialarchiv**, CH-8001 Zürich, Neumarkt 28, sucht noch immer die **Nr. 1 und Nr. 4 von "links"**. Wer sich um die Nachwelt verdient machen möchte, schicke uns bitte diese einzigen fehlenden Nummern (auch Xerokopien o.ä. gegen Selbstkosten).

(11/9) **Gegen Strauß:**
Als Kanzlerkandidatur habe ich einen **Aufkleber** entworfen und drucken lassen, den Ihr bei mir zum Stückpreis von DM 1,50 erwerben könnt (bei Abnahmen von 100 Stück = DM 1,–). **Buttons** mit gleichem Motiv könnt Ihr für DM 1,20 bestellen (Ø 5 cm). Sabine Schröder, Postfach 1203, 2000 Schenefeld.



(11/15) **Die Agrarreform in Peru:** keine Verbesserungen für die Bauern. An die Stelle des Kampfes der Bauern gegen die Großgrundbesitzer trat der Konflikt zwischen Campesinos und Staat. Diplomarbeit, Nürnberg, 1979. Gegen DM 3,50 in Briefmarken zu bestellen bei Eckhard Finsterer, Avenariusstr. 35/5340, 8500 Nürnberg

(11/16) In gebundener Form verkaufe ich ein Großpaket mit den nahezu vollständigen **Nummern der "links"** zwischen 1972 und 1978 (77 verschiedene Hefte) für mindestens 30,-- DM. Franz-Josef Arens, Schulenburger Landstr. 45, 3000 Hannover 1

(11/17) Die **Initiative "Der Kinder wegen ..."** hat ein Heft herausgegeben mit Beiträgen über Pflegeeltern, Kindergartenstreik, Alternative, Wahlbeteiligung, sanfte Geburt und vieles mehr. Für DM 2,-- zu beziehen über: Christine Tigges, Friedrich-Wilhelm-Str. 5, 28 Bremen (Tel. 0421/505846)

(11/18) Ich arbeite in einer Obdachlosensiedlung und suche für meine Arbeit nach **Erfahrungsberichten mit Männergesprächsgruppen**. Klaus Kiesheyer, Ob der Kolunke 5, 46 Do-Schüren

(11/19) **Elsalvador:** Die "Koordinationsgruppe El Salvador" von amnesty international hat eine 80seitige Broschüre herausgebracht mit dem Titel "Verfolgung der Kirche in El Salvador". Untertitel: Diene deinem Vaterland, töte einen Priester. Sie ist zum Preise von DM 2,20 erhältlich bei amnesty international, Postfach 1124, 74 Tübingen

(11/20) **Frauen in Chile:** ein Bildband, im Eigenverlag. Zu beziehen über Brigitte Krause, Poelchaukamp 24, 2 Hamburg 60

(11/21) **Berufsverbot:** Dokumentation über den Fall des Lehrers Hans Wedel. "Wir haben Informationen über sie". Zu beziehen über: Hans Wedel, Isenburgring 7, 6050 Offenbach

WOHN-/ARBEITS-/ FREIZEITKONTAKTE

(11/10) Suche **Zimmer in WG** in Bremen zum 1.1.80. Bin 26 Jahre alt und bereite mich auf die Z-Prüfung im Fach Pädagogik an der Uni-Bremen vor. Werner Horter, Eupener Str. 7, 29 Oldenburg

(11/11) **Hannover:** 2 Mitbewohner für kleine Wohngemeinschaft (Innenstadt) gesucht. Zimmer je 20 qm, warm DM 200,–. Tel. 0511/12443

(11/12) **SOAK, Druckerei, Verlag, Stadtzeitung und Pablo Neruda Haus.**
Wir suchen dringend Kolleginnen oder Kollegen, die in unserem sozialistischen Projekt andere Formen von Leben und Arbeiten versuchen wollen. Besonders suchen wir jemanden für den Offsetdruckbereich, für Repro und Montage sowie für den Fotosatz. Es gibt nicht viele Projekte, die sich über ihr 10jähriges Funktionieren freuen können und wir haben auch nicht vor, vor den politischen Entwicklungen den Kopf in den Sand zu stecken. Ruft mal an, schreibt uns oder kommt vorbei. Wohnungen oder Zimmer sind vorhanden. Christa, Hubert, Karl, Patty und Uwe. SOAK, Am Taubenfelde 30, 3 Hannover 1, Tel. 0511/17618

(11/13) Suche zum Februar nächsten Jahres Zimmer in **WG** in **Hannover**: Jürgen Kaestner, Alter Kirchhainer Weg 54, 3550 Marburg, Tel. 06421/22813

(11/14) Für Neugründung einer (Kinder)-WG in vorhandener 5 Zi-Whng. in **Berlin 15** suche ich eine Frau um 30 mit Kind 2-4. Bin 30 mit Sohn 2 und (noch) mit Dipl.-Arbeit f. Soziologie beschäftigt. Tel. 030/8835919

(11/22) **Suche Frauen,** die
- mit ausländischen Frauen in der BRD arbeiten;
- über ausländische Frauen in der BRD arbeiten;
- mit Frauen arbeiten, die mit ausländischen Frauen arbeiten;

um Informationen auszutauschen und wenn möglich, zusammenzuarbeiten. Christine Huth, Gräfstr. 43, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/771516

(11/23) Da in den USA lebend, biete ich Hilfe bei der Beschaffung von **Materialien zu Nordamerika** an, auch Hilfe bei **Übersetzungen**. David Burkhart, 1112 N.E. 11 Avenue, Fort Lauderdale, Florida, 33304, USA

(11/24) Genosse sucht **Brieffreund(in)**, welche(r) an einem Gespräch über Politik und Literatur, hauptsächlich jedoch Philosophie (Dt. Idealismus, Bloch ...) interessiert ist. Axel Wüstehube, Frankenallee 97, 6000 Frankfurt/M.

(11/25) Suchen liebe Leute oder Anschluß an Gruppe, die mit uns (25 m, 20 w) auf dem Lande längerfristig leben, arbeiten und wohnen wollen. Wir denken auch an eine Handwerkerkooperative. Bernd Garbe, Gertherstr. 26, 4620 Castrop-Rauxel (Merklinde)

(11/26) In unserer **brüh-warmen WG** (3 Zimmer, Hannover) wird ab 1.11. ein Zimmer frei (20 qm, incl. 200,--) Tel. 0511/12443

(11/27) Raum Reutlingen/Tübingen: 2 (arbeitslose?) Lehrerinnen, 25/26, mit WG-Erfahrung, **suchen Zimmer** im WG oder 3-4 Zimmerwohnung. Tel. 07159/42469

STELLENANGEBOTE

Die Mitarbeiter der **PRO FAMILIE Fulda** suchen **Sozialarbeiter(in)** für eine Halbtagsstelle und eine Ganztagsstelle, Bezahlung BAT IV b.
Schwerpunkte: Beratungsgespräche, Gruppenarbeit, Buchhalterkenntnisse (erwünscht für eine Stelle). Erwartungen von uns: längerfristige Ambitionen, Wohnsitz im Raum Fulda, Berufserfahrung. PRO FAMILIA, Marktstr. 21, 64 Fulda

(11/29) Der Jugendhausförderverein e.V. in Schramberg/Schwarzwald stellt zum 1.1.1980 eine(n) **Sozialarbeiter(in)/Sozialpädagoge(i)n** für sein Jugendhaus in Selbstverwaltung ein. Wir erwarten: Engagement bei der Unterstützung Jugendlicher in ihrem Versuch, einen ihrer Lebensbereiche selbstverantwortlich zu gestalten. Wir bieten: Anstellung und Vergütung nach BAT IV b, alle sozialen Leistungen des Öffentlichen Dienstes. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an: Wolfgang Teichmann, Tierstein 4, 7230 Schramberg, Tel. 07422/3441

edition suhrkamp

Gunnar Heinsohn, Rolf Knieper, Otto Steiger
Menschenproduktion
Allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit
es 914. ca. DM 11,-

Ernest Labrousse, Georges Lefebvre, Albert Soboul u.a.
Geburt der bürgerlichen Gesellschaft: 1789
Herausgegeben von I.A. Hartig
es 937. DM 11,-

Alexander von Brünneck
Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968
Vorwort von Erhard Denninger
es 944. DM 14,-

D. Puls, E.P. Thompson u.a.
Wahrnehmungsformen und Protestverhalten
Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert
es 948. DM 13,-

Bettelheim, Mészarós, Rossanda u.a.
Zurückforderung der Zukunft
Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften
es 962. DM 11,-

Jiří Kosta
Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945-1977
es 974. DM 9,-

Kapitalistische Weltökonomie
Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik. Herausgegeben von Dieter Senghaas
es 980. DM 15,-

Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹
Herausgegeben von Jürgen Habermas
es 1000. 2 Bde. zus. DM 20,-

In allen Buchhandlungen.
Prospekte durch Suhrkamp Verlag, Suhrkamp Haus, 6 Frankfurt 1.

Roter Terminkalender

11. Überregionales Treffen von Berufsschullehrern
Zeit: 21.-24.12.1979
Ort: Begegnungsstätte Alte Schule Ulmbach-Steinau, Schulstr. 18
Thema: Schwierigkeiten mit dem Lehrerdasein, aufgearbeitet an den Erfahrungen einzelner Kolleg(inn)en in Gruppen unter Anleitung eines Trainers.
Teilnahmemöglichkeit für 30 Personen.
Zusagen nach Reihenfolge der Anmeldung.
Anmeldung durch Verrechnungsscheck bzw. Überweisung von DM 40,– an G. Thamm, Eislebenerstr. 6, 4630 Bochum, Sparkasse Bochum, Kto-Nr. 108044744 (BLZ 43050001)
Kennwort: "Berufsschule" bis zum 10.12.79

Geschichte und Erfahrung in der Jugendarbeit
20.-25.11. in Quelle/b. Bielefeld
Anmeldung und nähere Informationen bei: Arbeitsfeld Bildungsarbeit im SB, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Fest der Kölner Frauengruppen
24.11.1979 in Köln
Informationen über: Frauenbuchladen, Tel. 0221/523120

Die neue Herbstreise der Schmetterlinge
12.11. Augsburg ● 13.11. München ● 16.11. Stuttgart ● 20.11. Saarbrücken ● 26.11. Hamburg ● 28.11. Nürnberg ● 29.11. Regensburg

Biermanns Wintermärchen
Seit dem 15.10. ist Wolf Biermann mit einem großen, von Liedern unterbrochenen Gedich "Deutschland, ein Wintermärchen" auf Tournee. Im November tritt er noch auf in: 5.11. Gelsenkirchen ● 6. u. 7.11. Münster ● 9. u. 10.11. Freiburg ● 11.11. Saarbrücken ● 12.11. Karlsruhe ● 13. u. 14.11. Heidelberg ● 15.11. Tübingen ● 16.11. Nürnberg ● 7. u. 8.12. Frankfurt ● 10.12. Bielefeld ● 11.12. Bremen

Kamerun-Seminar
17.11., 10.30 Uhr in Frankfurt 90, Funckstr. 14
(Gemeindehaus der Dreifaltigkeitsgemeinde, Nähe Messegelände/Batelleinstitut). Über die chile-ähnlichen Zustände im westafrikanischen Kamerun.

Bundesweite Frauendemonstration
10.11., 14.00 Uhr in Mainz
Gegen die kirchlichen Stellungnahmen zur sozialen Notlagen-Indikation und insbesondere gegen die Gleichsetzung von Massenmord im Faschismus mit Abtreibung.

Aufruf an alle § 218-Gruppen zu einem bundesweiten Treffen vom 9.11.-11.11.79 in Frankfurt/Main

In den letzten Monaten ist die öffentliche Diskussion um den § 218 erneut entflammt, ausgelöst durch die Polemik konservativer Vertreter der Ärztekammer, der katholischen Kirche und der Parteien, so z.B. Holzgartner (Internist und Vorsitzender des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU): "Das, was in unserem Volk passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz." "Zwischen Abtreibungen und dem staatlichen Massenmord der NS-Zeit besteht praktisch kein Unterschied." Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer bezweifelt, ob eine tatsächliche Notlage bestehe, wenn die 'soziale Indikation' gestellt werde.
Derartige Äußerungen führen u.a. zu Verunsicherungen der Ärzteschaft, Kliniken und Beratungsstellen bezüglich der Indikationsstellung und des Schwangerschaftsabbruches. Es läßt sich absehen, daß die Ärzte noch weniger soziale Indikationen stellen und die Krankenhäuser weniger Schwangerschaftsabbrüche machen werden. Diese Situation, die auch vor dem Hintergrund des kommenden Wahlkampfes zu sehen ist, läuft auf eine verstärkte Mißachtung unserer Interessen als Frauen hinaus. Deshalb rufen wir alle § 218-Gruppen zu einem Erfahrungsaustausch auf. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam ein Konzept der zukünftigen politischen Arbeit der § 218-Gruppen entwickeln.
Wir schicken Euch hier einen Fragebogen, um einen Überblick über die gegenwärtige Handhabung des § 218 in den einzelnen Städten zu bekommen. Bitte schickt den Fragebogen und/oder die Anmeldung für das Treffen an das Frauenzentrum Bockenheim Landgrafenstr. 13, 6 Frankfurt/M.
Telefonische Auskunft: Dienstag ab 20.00 Uhr Frauenzentrum Frankfurt/Bockenheim, Tel. 0611/778288 Mittwoch 17-20 Uhr Frauenzentrum/Eckenheimer Landstr., Tel.: 0611/596218

Vorschlag zum Ablauf des Treffens

Freitag: Anreise. Treffpunkt: Frauengesundheitszentrum zwischen 19 und 22 Uhr, Hamburger Allee 45/bzw. abends Eingang Emser Str. 29 in Frankfurt, Tel. 0611/701218
Samstag: Beginn: 9.30 Uhr Erfahrungsaustausch der Beratungsgruppen, Diskussion in Arbeitsgruppen

Vorschläge für Diskussionsthemen

(weitere Vorschläge natürlich erwünscht)
1. Erfahrungen seit der Reform des § 218 (Situation in den einzelnen Bundesländern, Städten; evtl. Auswertung des Fragebogens);
2. Wie stehen wir zu Familienplanungszentren (wie Pro familie Bremen)?
3. Zusammenarbeit mit anderen Institutionen
4. Verhütungsmittel/Verhütungsberatung
5. Wie erleben wir als Frauen die Beratungssituation? (evtl. Austausch in Selbsterfahrungsrunde)
6. Politische Perspektiven der Beratungsarbeit
14 Uhr Demonstration in Mainz
Abends: Fest!!!!
Sonntag: Beginn: 10 Uhr: Plenum
– Berichte aus den Arbeitsgruppen
– Diskussion über: weitere Arbeit, Aktionen, Presseerklärung
– weitere Treffen .....!?

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006 ● Redaktion "links" (ISSN 0024-404 X) zur Zeit: Helmut Burgwinkel, Roland Roth, Hanfried Scherer, Jürgen Schmidt (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Gudrun Witte ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006. Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt ● Druck: hbo-druck, Einhausen ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; "links"-Extrablatt; Prospekt "Broschüren des SB – Winter 1979/80"; Prospekt "Der kleine Basar – Nr. 22"; Spendenaufruf der ASH Frankfurt.

Zur konkreten Utopie der gesellschaftlichen Arbeit

Anknüpfend an die Diskussionen auf den 1. Ernst-Bloch-Tagen vom Herbst '78 soll die Thematik 'Marxismus und Naturbeherrschung' auf das Problem der Entwicklung einer konkreten Utopie der gesellschaftlichen und das heißt auch der industriellen Arbeit konzentriert werden.

Nachdem in der Tradition der Linken bisher ein unkritisch positiver Bezug auf die Entwicklung der Produktivkräfte vorgeherrscht hat, die auf bloße Entwicklung der Technik reduziert worden sind, droht nun, ausgehend von der Ökologie- und Alternativbewegung, eine ebenso undifferenzierte Ablehnung der gesamten Industrie sich durchzusetzen. Dagegen kommt es darauf an, konkrete technische Utopien zu entwickeln. Industrielle Technik kann umgebaut werden in eine Mensch und Natur nicht zerstörende, "weiche" Industrie. Der in Fabriken und Gewerkschaften aufflakkernde Widerstand gegen Rationalisierung und Betriebsschließungen, die ersten Schritte zur Veränderung der Arbeitsorganisation können als Vor-Schein einer anderen Industrie gelten. Ebenso enthalten die im landwirtschaftlichen und handwerklichen Bereich angesiedelten Versuche einer alternativen, genossenschaftlichen Produktion wichtige Momente der Utopie einer anderen Arbeit, wenn auch begrenzt verallgemeinerbar für eine gesamtgesellschaftliche Perspektive.

Immer mehr Lebensbereiche werden der Logik des Kapitals unterworfen. Alternativen zu dieser herrschaftlichen Form der Vergesellschaftung sind notwendig. Eine radikale Veränderung der Gesellschaft kann sich nicht mehr ausschließlich auf die Industriearbeiterschaft als revolutionäres Subjekt stützen. Es kommt darauf an, die utopischen Momente in der Ökologie- und Alternativbewegung mit den Tendenzen in der Industrie zu vermitteln, die aus der Dynamik des kapitalistischen Produktionsprozesses stammen und zugleich über ihn hinausweisen.

Arbeitsgruppe 1:
Handwerkliche Arbeit als Utopie. Zur Kritik vorkapitalistischer Produktionsweisen

Die handwerkliche Arbeit im ausgehenden Mittelalter und der frühen Neuzeit ist ein Form der Arbeit, die einerseits schon die Emanzipation von der vollständigen Eingebundenheit in die Natur beinhaltet, die sich aber andererseits auch schon am Markt orientieren muß und somit dem Wertgesetz unterliegt. An ihr läßt sich wohl am besten die Logik eines Arbeitsprozesses herausarbeiten, in dem der Mensch al Subjekt sich an der Formung des Gegenstands abarbeitet und sich dadurch gleichzeitig selbst formt bzw. gebildet wird. Diese Form von Arbeit, die der Logik des Kapitalismus folgend, durch die Maschinerie zerstört wurde, hatten Hegel, Marx und Engels wohl im Auge, als die die 'bildende' Funktion der Arbeit und ihren großen Stellenwert bei der Menschwerdung, allerdings unter Abstration von Monotonie und Mühsal, herausstellten.

Arbeitstagung im Anschluß an die ersten Ernst-Bloch-Tage

Tübingen 23./24. November 1979

Programm

Freitag, 23.11., 20.00 Uhr
Eröffnungsveranstaltung (Reden mit anschließender Diskussion) – Audi Max –
Samstag, 24.11.
10.00 - 13.00 und 15.00 - 18.00 Uhr
Diskussion in Arbeitsgruppen
Samstag, 24.11., 20.00 Uhr
Abschlußveranstaltung mit Kulturprogramm und Fest.

Arbeitsgruppe 2:
Einsatzbedingungen und Auswirkungen von Computertechnologie auf Arbeitsbedingungen und Herrschaftsverhältnisse im Betrieb – Alternative Möglichkeiten ihres Einsatzes.

Die EDV-Technologie stößt zunehmend auf Kritik. In den nächsten zehn Jahren sollen vor allem durch den Einsatz der Datenverarbeitung und automatischen Steuerung ca. 10,5 Millionen Arbeitplätze verlorengehen. Die Überwachungsmöglichkeiten durch Staat und Betriebsleitung sind durch die plötzliche Verbilligung der Speicherkapazitäten (Mirkoprozessoren) ins Unermeßliche gestiegen. Die Arbeitsplätze an den Textverarbeitungsanlagen sind katastrophal. Nach der Zerstückelung der Handarbeit in den Fließbandanlagen wird jetzt massiv die Zerstückelung der Kopfarbeit in den Büros und Entwicklungsabteilungen betrieben. Trotzdem ist die Frage zu stellen, ob nicht die kaum Energie verbrauchende, flexible Regelkreistechnik auch eine Grundlage für eine zentralisierte, angepaßte 'weiche' Technik sein kann.

Arbeitsgruppe 3:
Erfahrungen mit den Kämpfen um eine andere Arbeit

In dieser Arbeitsgruppe soll versucht werden, verschiedene betriebliche Ansätze einander gegenüberzustellen und anhand dessen die Möglichkeiten der Veränderung der Arbeitsorganisation, der Entwicklung von alternativen Produkten und der Selbstverwaltung zu diskutieren. Ferner muß ausgehend von den einzelnen Ansätzen darüber gesprochen werden, inwiefern die "Bewegung für eine andere Arbeit" die Basis einer neuen gewerkschaftlichen und politischen Strategie sein kann. Eingeladen sind Vertreter von Daimler-Benz, Lucas Aerospace, LIP, ASH Krebsmühle, CFDT (frz.), CGIL (ital.).

Arbeitsgruppe 4:
Schafft eins, zwei ... viele revolutionäre Subjekte?! Wie verhält sich unsere Praxis zu kapitalistischer Vergesellschaftung

Trotz anhaltender kapitalistischer Krise blieb die von den Linken erwartete Radikalisierung der Arbeiterklasse aus. Dagegen entstanden bedeutende, die Loyalität breiter Bevölkerungsteile gegenüber Staat und staatstragender Parteien zersetzende Bewegungen in anderen Konfliktherden – der Anti-Atom- und Ökologiebewegung. In dieser Situation ist zu diskutieren, ob die traditionellen marxistischen Vorstellungen von einer revolutionären Umwälzung und insbesondere von ihrem Subjekt, dem Industrieproletariat, hinfällig geworden sind, und falls ja, was von uns daraus zu lernen ist. Im Mittelpunkt einer solchen Diskussion muß die Auseinandersetzung um den marxistischen Vergesellschaftungs- und Arbeitsbegriff stehen.

Anmeldung und Bezug von Vorbereitungsmaterialien (DM 3,– + Porto) beim SZ Tübingen, 74 Tübungen, Münzgasse 13

★

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1.1.1979 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1979 DM 28,-- (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresende gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift